

Stand: 28.12.2025 00:41:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21101

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz - BayJAVollzG)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21101 vom 06.03.2018
2. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 22.03.2018
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22680 des VF vom 17.05.2018
4. Beschluss des Plenums 17/22748 vom 14.06.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 134 vom 14.06.2018
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 29.06.2018



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz – BayJAVollzG)

A) Problem

Eine gesetzliche Regelung des Jugendarrestvollzugs ist erforderlich, da dieser in die Grundrechte der Jugendlichen eingreift und somit unter Gesetzesvorbehalt steht. Bislang finden sich nur im Jugendgerichtsgesetz (JGG) und im Strafvollzugsgesetz einige Einzelbestimmungen, die den Vollzug des Jugendarrestes betreffen. Im Übrigen erfolgt der Vollzug in Bayern bislang auf Grundlage der Jugendarrestvollzugsordnung (JAVollzO) aus dem Jahr 1976, die im Range einer Rechtsverordnung des Bundes steht. Diese Regelungen werden ergänzt durch die Jugendarrestgeschäftsordnung (JAGO) vom 18.06.1979. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 31.05.2006 – 2 BvR 1673/04 und 2 BvR 2402/04 (BVerfG NJW 2006, 2093 f.) für den Jugendstrafvollzug klar zum Ausdruck gebracht, dass eine ausreichende gesetzliche Grundlage für Grundrechtseingriffe erforderlich ist. Für den Vollzug des Jugendarrestes kann im Ergebnis nichts anderes gelten.

Der Gesetzentwurf ist zudem Folge der im Rahmen der Föderalismusreform I durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28.08.2006 (BGBl. I S. 2034) auf die Länder übertragenen Kompetenzen. Die Gesetzgebungskompetenz für den Jugendarrestvollzug liegt seither bei den Ländern, da in der Folge der in Art. 70 Abs. 1 des Grundgesetzes enthaltene Kompetenztitel „Strafvollzug“, der sich nicht nur auf den Vollzug von Strafen im engeren Sinne bezog, sondern vielmehr alle freiheitsentziehenden Sanktionen des Strafrechts erfasste, weggefallen ist.

Eine gesetzliche Regelung des Jugendarrestvollzugs entspricht im Übrigen auch einem Wunsch des Landesbeauftragten für den Datenschutz, vgl. dessen 27. Tätigkeitsberichtsbericht vom 31.01.2017, Ziffer 5.4.

Außerdem hat sich im Bayerischen Strafvollzugsgesetz (BayStVollzG) und im Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz (BaySvVollzG) an einigen Punkten Handlungsbedarf ergeben.

Das betrifft v. a.:

- Der Opferschutz im Justizvollzug ist bisher an verschiedenen Stellen im BayStVollzG geregelt. Durch eine Zusammenfassung in einem Artikel in den Grundsätzen zum Vollzug der Freiheitsstrafe soll künftig dessen hoher Stellenwert noch deutlicher zum Ausdruck kommen.
- Es hat sich gezeigt, dass der Kreis von Stellen, mit denen Gefangene und Sicherungsverwahrte unüberwachten Schriftverkehr ausüben dürfen (vgl. Art. 27 BaySvVollzG und Art. 32 BayStVollzG), angemessen ausgeweitet werden kann.

- Die Auslegung von Art. 98 BayStVollzG in einer neueren obergerichtlichen Entscheidung stellt die Möglichkeit infrage, Gefangene bei Bedarf gleichzeitig an Händen und Füßen zu fesseln. Eine solche Interpretation der Vorschrift stellt die Vollzugspraxis v. a. bei hochgradig gefährlichen Gefangenen, bei denen in besonderem Maße Fluchtgefahr besteht, vor Schwierigkeiten. Insoweit besteht Bedarf zur Klarstellung.
- Die Rechtsgrundlage für Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge (Art. 108 BayStVollzG) sollte insgesamt modernisiert werden.

B) Lösung

Der Jugendarrestvollzug in Bayern wird durch den Entwurf erstmals auf eine umfassende gesetzliche Grundlage gestellt. Gleichzeitig wird damit der vorläufige Schlussstein der Vollzugsgesetzgebung nach der Föderalismusreform I gesetzt, nachdem das Bayerische Strafvollzugsgesetz, das Bayerische Untersuchungshaftvollzugsgesetz, das Bayerische Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz sowie das Bayerische Maßregelvollzugsgesetz bereits in den vergangenen Jahren in Kraft treten konnten.

Die bislang in der Jugendarrestvollzugsordnung und der Jugendarrestgeschäftssordnung enthaltenen Regelungen für den Jugendarrestvollzug haben sich in der Praxis grundsätzlich bewährt. Allerdings werden die dort normierten Standards mit dem vorliegenden Gesetzentwurf im notwendigen Umfang durch eine gezielte, punktuelle Weiterentwicklung an die neueren vollzuglichen Entwicklungen und Erfahrungen angepasst. Dies betrifft insbesondere die erzieherische Gestaltung des Vollzugs.

Außerdem adressiert der Gesetzentwurf die oben identifizierten weiteren Regelungsbedarfe im Bayerischen Strafvollzugsgesetz und im Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz. Bei dieser Gelegenheit werden die genannten Gesetze und das Bayerische Untersuchungshaftvollzugsgesetz auch redaktionell überarbeitet und gestrafft.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat

Soweit die wesentlichen Grundsätze des schon in der Vergangenheit in Bayern praktizierten Jugendarrestvollzugs beibehalten werden, führt der Entwurf nicht zu Mehrausgaben.

Allerdings ist u. a. zu berücksichtigen, dass durch die Betonung der erzieherischen Gestaltung des Vollzugs, der Notwendigkeit zur Schaffung von ausreichenden Betreuungs-, Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugendlichen sowie durch erweiterte Informations- und Dokumentationspflichten Personal im Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Sozialdienstes und des psychologischen Dienstes gebunden wird.

Auch im Bereich der Gerichte (Vollzugsleitung und im Hinblick auf die Neuregelung des Art. 108 BayStVollzG) wird ein überschaubarer, derzeit noch nicht näher zu beziffernder personeller Bedarf entstehen.

Sachmittel werden in überschaubarem Umfang benötigt, um beispielsweise im Einzelfall Betreuungs- oder Beratungsmaßnahmen externer Anbieter nutzen zu können, wenn diese von den Bediensteten nicht selbst durchgeführt werden können. Ebenfalls werden möglicherweise in sehr begrenztem, derzeit noch nicht bezifferbaren Umfang bauliche Maßnahmen erforderlich, um den Vorgaben dieses Gesetzes Rechnung zu tragen.

Einsparungen, die mit den neuen Regelungen verbunden sind, lassen sich derzeit nicht abschätzen.

2. *Kommunen und sonstige Träger der mittelbaren Staatsverwaltung*

Für die Kommunen und sonstige Träger der mittelbaren Staatsverwaltung ergeben sich durch den Entwurf keine Kostenbelastungen.

3. *Wirtschaft*

Für die Wirtschaft ergeben sich aus dem Entwurf keine Kostenauswirkungen.

4. *Bürger*

Für die Bürger ergeben sich aus dem Entwurf keine Kostenauswirkungen.

Gesetzentwurf

über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz – BayJAVollzG)

Inhaltsübersicht

Teil 1 Allgemeines

Art. 1 Begriffsbestimmungen

Teil 2 Vollzug des Jugendarrestes

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 2 Vollzugsziel, Vollzugsgestaltung
Art. 3 Leitlinien der erzieherischen Vollzugsgestaltung
Art. 4 Stellung der Jugendlichen, Mitwirkung
Art. 5 Zusammenarbeit

Kapitel 2 Aufnahme, Planung

Art. 6 Aufnahmeverfahren
Art. 7 Ermittlung des Förderbedarfs, Erziehungsplan

Kapitel 3 Unterbringung, Versorgung

Art. 8 Unterbringung während der Ruhezeiten, Trennungsgebot
Art. 9 Verlegung, Überstellung
Art. 10 Aufenthalt außerhalb der Ruhezeiten
Art. 11 Eingebraachte Sachen, persönlicher Gewahrsam
Art. 12 Kleidung
Art. 13 Anstaltsverpflegung
Art. 14 Gesundheitsfürsorge

Kapitel 4 Beschäftigung, Freizeit und Sport

Art. 15 Beschäftigung
Art. 16 Freizeit
Art. 17 Sport

Kapitel 5 Außenkontakte

Art. 18 Schriftwechsel, Pakete
Art. 19 Besuche, Telefongespräche
Art. 20 Aufenthalte außerhalb der Anstalt

Kapitel 6 Religionsausübung

Art. 21 Religionsausübung

Kapitel 7 Sicherheit und Ordnung

Art. 22 Grundsätze, entsprechende Anwendung
Art. 23 Verfehlungen

Kapitel 8 Entlassung, Schlussbericht

Art. 24 Vorbereitung der Entlassung, Entlassung
Art. 25 Schlussbericht, Entlassungsgespräch

Kapitel 9 Beschwerde

Art. 26 Beschwerde

Teil 3 Aufbau und Organisation der Anstalten, Aufsicht und Beiräte

Art. 27 Anstalten
Art. 28 Leitung der Anstalt und des Vollzugs
Art. 29 Bedienstete
Art. 30 Hausordnung
Art. 31 Aufsichtsbehörde, Vollstreckungsplan
Art. 32 Beiräte

Teil 4**Kriminologische Forschung, Akten und Datenschutz**

- Art. 33 Kriminologische Forschung
Art. 34 Akten und Datenschutz

Teil 5**Freizeit- und Kurzarrest, Nichtbefolgungsarrest,
Jugendarrest neben Jugendstrafe**

- Art. 35 Freizeit- und Kurzarrest
Art. 36 Nichtbefolgungsarrest
Art. 37 Jugendarrest neben Jugendstrafe

Teil 6**Schlussvorschriften**

- Art. 37a Änderung weiterer Rechtsvorschriften
Art. 38 Einschränkung von Grundrechten
Art. 39 Inkrafttreten

Teil 1**Allgemeines****Art. 1****Begriffsbestimmungen**

(1) Dieses Gesetz regelt den Vollzug des Jugendarrestes (Vollzug) in einer Jugendarrestanstalt (Anstalt).

(2) Jugendliche im Sinne dieses Gesetzes sind auch Heranwachsende und Erwachsene, gegen die eine auf Jugendarrest erkennende Entscheidung vollstreckt wird.

Teil 2**Vollzug des Jugendarrestes****Kapitel 1****Allgemeine Bestimmungen****Art. 2****Vollzugsziel, Vollzugsgestaltung**

(1) Der Vollzug dient dem Ziel, die Jugendlichen zu befähigen, künftig eigenverantwortlich und ohne Straftaten zu leben.

(2) ¹Der Vollzug ist erzieherisch zu gestalten und auf die Erreichung des Vollzugsziels auszurichten. ²Schädlichen Folgen des Vollzugs ist entgegenzuwirken. ³Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Jugendlichen, insbesondere im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Herkunft, sind bei der Vollzugsgestaltung zu berücksichtigen.

Art. 3**Leitlinien der erzieherischen Vollzugsgestaltung**

(1) ¹Den Jugendlichen ist in geeigneter Weise zu vermitteln, dass sie Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen und die notwendigen Folgerungen aus ihren Verfehlungen für ihr künftiges Leben ziehen müssen. ²Der Vollzug soll dabei helfen, die Schwierigkeiten zu bewältigen, die zu den vorangegangenen Verfehlungen beigetragen haben.

(2) ¹Die erzieherische Vollzugsgestaltung erfolgt insbesondere durch Einzel- und Gruppenmaßnahmen zur Entwicklung und Stärkung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Jugendlichen im Hinblick auf ein künftiges Leben ohne Straftaten. ²Zudem sind den Jugendlichen sozial angemessene Verhaltensweisen unter Achtung der Rechte anderer und ein an den verfassungsrechtlichen Grundsätzen ausgerichtetes Werteverständnis zu vermitteln. ³Die Jugendlichen sind an einen geregelten Tagesablauf heranzuführen. ⁴Sie werden darin unterstützt, ihre persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu beheben und ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. ⁵Art. 5a Abs. 2 des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes (BayStVollzG) gilt entsprechend.

Art. 4**Stellung der Jugendlichen, Mitwirkung**

(1) Art. 125 BayStVollzG gilt entsprechend.

(2) ¹Die Jugendlichen sind verpflichtet, an Maßnahmen, die der Erreichung des Vollzugsziels dienen, mitzuwirken. ²Ihre Bereitschaft hierzu ist zu wecken und zu fördern.

Art. 5**Zusammenarbeit**

¹Alle im Vollzug Tätigen arbeiten zusammen und wirken daran mit, das Vollzugsziel zu erreichen. ²Die Anstalten arbeiten mit Behörden, Verbänden der freien Wohlfahrtspflege sowie geeigneten Organisationen und Personen eng zusammen, um das Vollzugsziel zu erreichen und auf eine Durchführung der für erforderlich erachteten Maßnahmen nach der Entlassung hinzuwirken.

Kapitel 2**Aufnahme, Planung****Art. 6****Aufnahmeverfahren**

(1) ¹Mit den Jugendlichen ist im Rahmen der Aufnahme ein Gespräch zu führen, in dem ihre Lebenssituation erörtert wird. ²Die Jugendlichen werden über ihre Rechte und Pflichten in einer für sie verständlichen Form unterrichtet. ³Ihnen wird die Hausordnung ausgehändigt und erläutert. ⁴Auf Verlangen werden ihnen die gesetzlichen Bestimmungen über den Voll-

zug des Jugendarrestes zugänglich gemacht. ⁵Art. 7 Abs. 3 BayStVollzG gilt entsprechend.

(2) ¹Die Personensorgeberechtigten, das zuständige Jugendamt und, wenn Jugendliche unter Bewährungsaufsicht stehen, die Bewährungshilfe sind von der Aufnahme zu unterrichten. ²Die Unterrichtung kann unterbleiben, wenn die jeweilige Stelle zuvor über die Ladung informiert wurde und die Aufnahme nicht wesentlich später als zu dem in der Ladung angegebenen Termin erfolgt.

(3) ¹Werden der Anstalt bei der Aufnahme oder während des Vollzugs Tatsachen bekannt, die ein Absehen von der Vollstreckung oder deren Unterbrechung rechtfertigen können, unterrichtet sie unverzüglich die Vollstreckungsleitung. ²Weibliche Jugendliche dürfen während der Schwangerschaft nach Vollendung der 20. Schwangerschaftswoche, während der gesetzlichen Schutzfrist nach der Entbindung und während sie stillen, nicht aufgenommen werden.

Art. 7

Ermittlung des Förderbedarfs, Erziehungsplan

¹Die Anstalt stellt den Förderbedarf fest und bestimmt die erforderlichen Fördermaßnahmen. ²Diese werden mit den Jugendlichen besprochen; dabei werden deren Anregungen und Vorschläge angemessen einbezogen, soweit sie dem Vollzugsziel dienen. ³Sofern Dauerarrest vollstreckt wird, soll ein Erziehungsplan schriftlich niedergelegt und den Jugendlichen ausgehändigt werden. ⁴Auf Verlangen wird der Erziehungsplan den Personensorgeberechtigten übermittelt, falls dadurch nicht erhebliche erzieherische Nachteile drohen.

Kapitel 3

Unterbringung, Versorgung

Art. 8

Unterbringung während der Ruhezeiten, Trennungsgebot

¹Weibliche und männliche Jugendliche werden getrennt untergebracht. ²Im Übrigen gilt Art. 20 Abs. 1 und 2 BayStVollzG mit der Maßgabe entsprechend, dass der gemeinsamen Unterbringung nach Art. 20 Abs. 1 Satz 2 BayStVollzG keine erzieherischen Gründe entgegenstehen dürfen.

Art. 9

Verlegung, Überstellung

(1) ¹Art. 10 BayStVollzG gilt entsprechend. ²Eine Verlegung zur Förderung der Eingliederung nach der Entlassung findet nicht statt.

(2) Jugendliche dürfen aus medizinischem oder anderem wichtigen Grund in eine andere Jugendanrrestanstalt, eine Jugendstrafvollzugsanstalt oder eine

für den Vollzug der Freiheitsstrafe zuständige Anstalt überstellt werden.

(3) Art. 131 Abs. 4 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 10

Aufenthalt außerhalb der Ruhezeiten

(1) ¹Außerhalb der Ruhezeiten halten sich die Jugendlichen grundsätzlich in Gemeinschaft auf. ²Dies gilt nicht für die Zeit unmittelbar nach der Aufnahme, die insbesondere der inneren Reflexion dienen kann.

(2) Der gemeinschaftliche Aufenthalt kann eingeschränkt werden, wenn es die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erfordert oder eine schädliche Beeinflussung der Jugendlichen zu befürchten ist.

Art. 11

Eingebrachte Sachen, persönlicher Gewahrsam

¹Die Jugendlichen dürfen nur Sachen in Gewahrsam haben oder annehmen, die ihnen von der Anstalt oder mit deren Zustimmung überlassen werden. ²Ohne Zustimmung der Anstalt dürfen die Jugendlichen keine Sachen an andere Jugendliche oder Dritte abgeben. ³Die Anstalt kann die Zustimmung verweigern oder widerrufen, wenn die Gegenstände geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder die Erreichung des Vollzugsziels zu gefährden. ⁴Sachen, die die Jugendlichen nicht in Gewahrsam haben dürfen, sind für sie aufzubewahren, sofern dies nach Art und Umfang möglich ist.

Art. 12

Kleidung

(1) ¹Die Jugendlichen dürfen eigene Kleidung tragen. ²Dieses Recht kann eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, soweit es die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erfordert.

(2) Bei Bedarf stellt die Anstalt den Jugendlichen Anstaltskleidung zur Verfügung.

Art. 13

Anstaltsverpflegung

¹Die Jugendlichen erhalten Verpflegung durch die Anstalt. ²Art. 143 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 14

Gesundheitsfürsorge

(1) ¹Die Anstalt unterstützt die Jugendlichen bei der Erhaltung ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit. ²Das Rauchen ist den Jugendlichen untersagt. ³Die Jugendlichen haben die notwendigen Anordnungen zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene zu befolgen.

(2) Die Jugendlichen haben sich täglich mindestens eine Stunde im Freien aufzuhalten, wenn die Witterung dies zu den festgesetzten Zeiten zulässt.

(3) ¹Jugendliche, die nicht krankenversichert sind, haben einen Anspruch auf notwendige medizinische Leistungen, die grundsätzlich nach dem Behandlungsanspruch nach der gesetzlichen Krankenversicherung zu bemessen sind. ²Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit sowie die Dauer des Vollzugs sind dabei zu berücksichtigen. ³Jugendlichen, die krankenversichert sind, können Leistungen nach Satz 1 gewährt werden, wenn dies aus vollzuglichen Gründen erforderlich ist.

Kapitel 4 Beschäftigung, Freizeit und Sport

Art. 15 Beschäftigung

¹Den Jugendlichen sind Maßnahmen zur lebenspraktischen, schulischen und beruflichen Entwicklung anzubieten. ²Im Rahmen dieser Maßnahmen können ihnen Aufgaben innerhalb der Anstalt und sonstige gemeinnützige Tätigkeiten übertragen werden.

Art. 16 Freizeit

(1) ¹Die Ausgestaltung der Freizeit orientiert sich am Vollzugsziel. ²Die Anstalt hat Angebote zur sinnvollen und angeleiteten Freizeitgestaltung vorzuhalten. ³Sie stellt insbesondere Angebote zur kulturellen Betätigung und eine angemessen ausgestattete Bibliothek zur Verfügung. ⁴Die Jugendlichen sind zur Teilnahme und Mitwirkung an Maßnahmen der Freizeitgestaltung zu motivieren und anzuleiten.

(2) ¹Die Jugendlichen erhalten Zugang zum Rundfunk. ²Eigene Hörfunk- oder Fernsehgeräte und sonstige eigene Geräte der Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungselektronik sind nicht zugelassen.

Art. 17 Sport

¹Die Anstalt fördert die Bereitschaft der Jugendlichen, sich sportlich zu betätigen. ²Art. 153 Abs. 1 BayStVollzG gilt entsprechend.

Kapitel 5 Außenkontakte

Art. 18 Schriftwechsel, Pakete

(1) ¹Die Anstalt fördert die schriftliche Kommunikation der Jugendlichen. ²Die Art. 31 bis 34 und 144 Abs. 6 und 7 BayStVollzG gelten entsprechend; an die Stelle der Anstaltsleitung tritt die Vollzugsleitung.

³Werden ausgehende Schreiben angehalten, soll eine erzieherische Aufarbeitung erfolgen.

(2) ¹Den Jugendlichen kann in begründeten Ausnahmefällen gestattet werden, Pakete zu empfangen. ²Gegenstände, die geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt zu gefährden, sowie Nahrungs- und Genussmittel dürfen nicht empfangen werden. ³Art. 36 Abs. 2 BayStVollzG gilt entsprechend. ⁴Der Versand von Paketen ist nicht zulässig.

Art. 19 Besuche, Telefongespräche

(1) Den Jugendlichen kann in dringenden Fällen gestattet werden, Besuch zu empfangen oder unter Vermittlung der Anstalt Telefongespräche zu führen, wenn dies dem Vollzugsziel dient und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt hierdurch nicht gefährdet werden.

(2) ¹Besuche dürfen abgebrochen werden, wenn das Vollzugsziel oder die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet sind oder von der besuchenden Person ein schädlicher Einfluss auf die Jugendlichen ausgeübt wird. ²Art. 27 Abs. 3, Art. 30 Abs. 1 bis 3 und 6, Art. 35 Abs. 1 Satz 2 bis 4 und Abs. 2 BayStVollzG gelten entsprechend. ³Bei der Durchsuchung von Besuchern sind die Vorgaben des Art. 91 Abs. 1 Satz 2 und 3 BayStVollzG einzuhalten.

(3) ¹Besuche von

1. Verteidigern,
2. Beiständen nach § 69 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG),
3. Betreuungshelfern nach § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 JGG,
4. Angehörigen der Gerichts- und der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe und der Aufsichtsstellen für die Führungsaufsicht,
5. bevollmächtigten Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälten und Notarinnen oder Notaren in einer die Jugendlichen betreffenden Rechtssache und
6. den in Art. 32 Abs. 2 Satz 2 BayStVollzG genannten Stellen

sind zu gestatten und werden nicht überwacht. ²Satz 1 gilt entsprechend für Telefongespräche. ³Art. 29 Satz 2 und 3 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 20 Aufenthalte außerhalb der Anstalt

(1) Aufenthalte außerhalb der Anstalt können Jugendlichen gestattet werden, wenn dies zur Erreichung des Vollzugsziels erforderlich ist.

(2) Aufenthalte außerhalb der Anstalt können darüber hinaus aus wichtigem Grund gestattet werden, insbesondere zur Teilnahme an gerichtlichen Terminen, zur medizinischen Behandlung sowie bei einer gegenwärtig lebensgefährlichen Erkrankung oder dem Tod naher Angehöriger.

(3) ¹Aufenthalte außerhalb der Anstalt dürfen nur gestattet werden, wenn nicht zu befürchten ist, dass die Jugendlichen diese nutzen, um sich dem Vollzug zu entziehen, oder den Aufenthalt außerhalb der Anstalt zu Straftaten missbrauchen werden. ²Den Jugendlichen können Weisungen zur Ausgestaltung der Aufenthalte außerhalb der Anstalt erteilt werden. ³So weit erforderlich, werden sie durch von der Anstalt zugelassene Personen begleitet oder von Vollzugsbediensteten beaufsichtigt.

Kapitel 6 Religionsausübung

Art. 21 Religionsausübung

Die Art. 55 bis 57 BayStVollzG gelten entsprechend.

Kapitel 7 Sicherheit und Ordnung

Art. 22 Grundsätze, entsprechende Anwendung

(1) ¹Sicherheit und Ordnung der Einrichtung bilden die Grundlage des auf die Erreichung des Vollzugsziels ausgerichteten Anstaltslebens und tragen dazu bei, dass in der Anstalt ein gewaltfreies Klima herrscht. ²Die Jugendlichen sind für das geordnete Zusammenleben in der Anstalt mitverantwortlich und müssen mit ihrem Verhalten dazu beitragen. ³Ihr Bewusstsein hierfür ist zu wecken und zu fördern.

(2) Art. 87 Abs. 2, Art. 88, 91, 93, 94, 96, 98 bis 106 und 107 Abs. 2 BayStVollzG gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend:

1. An die Stelle der Anstaltsleitung tritt die Vollzugsleitung.
2. In den Fällen des Art. 96 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 BayStVollzG sind die Jugendlichen in besonderem Maße zu betreuen.
3. Der Gebrauch von Schusswaffen gegen die Jugendlichen ist ausgeschlossen.

Art. 23 Verfehlungen

(1) Schuldhaft Verstöße der Jugendlichen gegen Pflichten, die ihnen durch oder auf Grund dieses Gesetzes auferlegt sind, sind alsbald in einem erzieherischen Gespräch zu erörtern und möglichst aufzuarbeiten.

(2) ¹Soweit ein erzieherisches Gespräch nicht ausreicht, um den Jugendlichen ihr Fehlverhalten bewusst zu machen, können darüber hinaus erzieherische Maßnahmen angeordnet werden, insbesondere

1. die Erteilung von Weisungen und Auflagen,

2. die Beschränkung der Nutzung oder der Entzug einzelner Gegenstände für die Freizeitbeschäftigung,
3. der Ausschluss von Freizeitveranstaltungen oder Gruppenangeboten bis zu drei Tagen und
4. der Verbleib im Arrestraum mit Ausnahme des Aufenthalts im Freien bis zu drei Tagen.

²Erzieherische Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 4 sollen nur wegen schwerer oder mehrfach wiederholter Verfehlungen verhängt werden. ³Auf einen möglichst engen zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang zwischen Verfehlung und erzieherischer Maßnahme ist zu achten.

(3) ¹Die Vollzugsleitung legt fest, welche Bedienstete befugt sind, erzieherische Maßnahmen anzuordnen. ²Die Jugendlichen sind vor der Anordnung anzuhören. ³Die Entscheidung ist schriftlich zu dokumentieren.

(4) ¹In geeigneten Fällen können im Wege einvernehmlicher Streitbeilegung Vereinbarungen mit den Jugendlichen getroffen werden. ²Insbesondere kommen die Wiedergutmachung des Schadens, die Entschuldigung bei Geschädigten oder die Erbringung von Leistungen für die Gemeinschaft in Betracht. ³Erfüllen die Jugendlichen die Vereinbarung, so ist von Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 abzusehen.

Kapitel 8 Entlassung, Schlussbericht

Art. 24 Vorbereitung der Entlassung, Entlassung

(1) Die Anstalt unterstützt und berät insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, freien Trägern sowie bei unter Bewährungsaufsicht stehenden Jugendlichen der Bewährungshilfe die Jugendlichen bei der Einleitung von nachsorgenden Maßnahmen.

(2) Die Entlassung kann vorzeitig am Tag vor Ablauf der Arrestzeit erfolgen, wenn die Jugendlichen aus schulischen oder beruflichen Gründen hierauf angewiesen sind oder die Verhältnisse dies erfordern.

(3) Bedürftigen Jugendlichen kann eine Entlassungsbeihilfe in Form eines Reisekostenzuschusses oder einer sonstigen Unterstützung gewährt werden.

Art. 25 Schlussbericht, Entlassungsgespräch

(1) Zum Ende des Vollzugs wird ein Schlussbericht erstellt, der insbesondere folgende Angaben enthält:

1. die Übersicht über den Vollzugsverlauf, insbesondere über die durchgeführten Maßnahmen,

2. Aussagen zur Persönlichkeit und zu den gegenwärtigen Lebensumständen der Jugendlichen sowie zu ihrer Mitwirkung an der Erreichung des Vollzugsziels,
3. die Darlegung des Hilfebedarfs der Jugendlichen sowie die Empfehlung von weiteren externen Hilfsangeboten,
4. Vorschläge zu Auflagen und Weisungen bei unter Bewährungsaufsicht stehenden Jugendlichen.

(2) Der Inhalt des Schlussberichts wird den Jugendlichen in einem Entlassungsgespräch erläutert.

(3) ¹Der Schlussbericht ist zu den Vollzugsakten zu nehmen. ²Je eine Ausfertigung des Berichts wird der Vollstreckungsleitung, der Jugendgerichtshilfe und bei unter Bewährungsaufsicht stehenden Jugendlichen der Bewährungshilfe übermittelt. ³Auf Verlangen wird den Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten eine Ausfertigung des Berichts übermittelt, falls dadurch nicht erhebliche erzieherische Nachteile drohen.

Kapitel 9 Beschwerde

Art. 26 Beschwerde

Art. 115 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und 3 BayStVollzG gilt – auch für die Vollzugsleitung – entsprechend.

Teil 3 Aufbau und Organisation der Anstalten, Aufsicht und Beiräte

Art. 27 Anstalten

(1) ¹Der Jugendarrest wird getrennt von Strafgefangenen oder Gefangenen anderer Haftarten vollzogen. ²Art. 9 Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Die Aufsichtsbehörde setzt die Belegungsfähigkeit der Anstalt so fest, dass eine angemessene Unterbringung gewährleistet ist.

(3) ¹Es sind bedarfsgerechte Räumlichkeiten für Gruppen- und Einzelmaßnahmen vorzusehen. ²Gleiches gilt für Besuche, Freizeit, Sport und Seelsorge.

Art. 28 Leitung der Anstalt und des Vollzugs

(1) Art. 177 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Abs. 2 BayStVollzG gilt mit folgenden Maßgaben entsprechend:

1. Die Anstaltsleitung kann auch einer Jugendrichterin oder einem Jugendrichter des für den Ort der Anstalt zuständigen Amtsgerichts übertragen werden.

2. Die Verantwortung der Anstaltsleitung wird durch Abs. 3 begrenzt; in diesem Rahmen vertritt sie die Anstalt nicht nach außen.

(2) ¹Die Aufsichtsbehörde bestellt eine Jugendrichterin oder einen Jugendrichter des für den Ort der Anstalt zuständigen Amtsgerichts zur Vollzugsleiterin oder zum Vollzugsleiter der Anstalt (Vollzugsleitung). ²Die Aufsichtsbehörde kann unter Beachtung der übrigen Vorgaben des Art. 177 Abs. 1 Satz 1 und 2 BayStVollzG auch eine Beamtin oder einen Beamten zur haupt- oder nebenamtlichen Vollzugsleitung bestellen. ³In den Fällen des Satzes 2 tritt, wer nach der Geschäftsverteilung des am Ort des Vollzugs zuständigen Amtsgerichts als Jugendrichterin oder Jugendrichter zuständig ist, für die Anwendung des § 85 Abs. 1 JGG an die Stelle der Jugendrichterin oder des Jugendrichters, die oder der als Vollzugsleitung zuständig ist.

(3) ¹Die Vollzugsleitung trägt die Verantwortung für die inhaltliche Vollzugsgestaltung nach den Art. 2 bis 25 und 35 bis 37 und vertritt die Anstalt insofern nach außen. ²Sie hat im Einzelfall wie im Allgemeinen auf das Erreichen des Vollzugsziels hinzuwirken.

(4) ¹Anstaltsleitung und Vollzugsleitung können einzelne Aufgabenbereiche und Befugnisse auf andere Bedienstete übertragen. ²Die Aufsichtsbehörde kann sich die Zustimmung zur Übertragung vorbehalten.

(5) Die Aufsichtsbehörde bestellt jeweils eine Stellvertretung für die Anstalts- und Vollzugsleitung.

Art. 29 Bedienstete

¹Die Bediensteten müssen für die erzieherische Gestaltung des Vollzugs geeignet und qualifiziert sein.

²Die Art. 176, 178 bis 182 BayStVollzG gelten entsprechend.

Art. 30 Hausordnung

¹Die Vollzugsleitung erlässt im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung eine Hausordnung zur Gestaltung und Organisation des Vollzugsalltags auf der Grundlage dieses Gesetzes. ²Darin sind insbesondere die Rechte und Pflichten der Jugendlichen und der Tagesablauf aufzunehmen. ³Die Hausordnung bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

Art. 31 Aufsichtsbehörde, Vollstreckungsplan

Art. 173 Abs. 1 und Art. 174 BayStVollzG gelten entsprechend.

Art. 32 Beiräte

(1) ¹Für jede Anstalt ist ein nach Art. 185 BayStVollzG gebildeter Beirat zuständig. ²Die Zuordnung erfolgt durch die Aufsichtsbehörde.

(2) Die Art. 186 bis 188 BayStVollzG gelten entsprechend.

Teil 4 Kriminologische Forschung, Akten und Datenschutz

Art. 33 Kriminologische Forschung

Art. 189 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 34 Akten und Datenschutz

Art. 195 BayStVollzG über die Akten sowie die Art. 196 bis 205 BayStVollzG über den Schutz personenbezogener Daten gelten mit den folgenden Maßgaben entsprechend:

1. Die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten entsprechend Art. 197 Abs. 2 Nr. 5 BayStVollzG ist auch zulässig, soweit dies für Maßnahmen der Vollstreckung des Jugendarrestes oder für Entscheidungen im Zusammenhang mit der Vollstreckung des Jugendarrestes erforderlich ist.
2. Eine Verarbeitung oder Nutzung für andere Zwecke liegt entsprechend Art. 197 Abs. 3 BayStVollzG auch nicht vor, soweit sie dem gerichtlichen Rechtsschutz nach § 92 JGG dient.
3. Neben den in Art. 197 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 1 BayStVollzG genannten Stellen dürfen Akten mit personenbezogenen Daten auch den für jugendarrestvollstreckungsrechtliche Entscheidungen zuständigen Stellen überlassen werden.
4. Art. 197 Abs. 8 BayStVollzG gilt auch für bei der Überwachung von Telefongesprächen bekannt gewordene personenbezogene Daten.

Teil 5 Freizeit- und Kurzarrest, Nichtbefolgungsarrest, Jugendarrest neben Jugendstrafe

Art. 35 Freizeit- und Kurzarrest

(1) ¹Für den Freizeit- und Kurzarrest nach § 16 Abs. 2 und 3 JGG gelten die Vorschriften der Teile 2 und 3, soweit es die kurze Arrestdauer zulässt. ²Maßnahmen zur erzieherischen Vollzugsgestaltung sollen angeboten werden, wenn das mit Blick auf die kurze Arrestdauer sinnvoll und möglich ist.

(2) ¹Eine ärztliche Untersuchung erfolgt nur, wenn Anhaltspunkte für eine Arrestuntauglichkeit oder für behandlungsbedürftige Erkrankungen vorliegen. ²Die Art. 7 und 24 Abs. 1 finden keine Anwendung. ³Ein Schlussbericht nach Art. 25 wird nur erstellt, wenn dies aus besonderen Gründen erforderlich ist.

Art. 36 Nichtbefolgungsarrest

(1) ¹Im Vollzug des Arrestes nach § 11 Abs. 3, § 15 Abs. 3 Satz 2, § 23 Abs. 1 Satz 4, § 29 Satz 2, § 88 Abs. 6 Satz 1 JGG und § 98 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (Nichtbefolgungsarrest) sind mit den Jugendlichen die Gründe für die Nichterfüllung der auferlegten Pflichten zu erörtern. ²Sie sollen dazu angehalten und motiviert werden, die ihnen erteilten Weisungen oder Anordnungen zu befolgen und ihre Auflagen zu erfüllen.

(2) Der Schlussbericht nach Art. 25 Abs. 1 enthält zudem Angaben über die Befolgung von Weisungen oder Anordnungen sowie die Erfüllung von Auflagen während des Vollzugs.

(3) Für den Vollzug des Nichtbefolgungsarrestes in Form eines Freizeit- oder Kurzarrestes gilt zusätzlich Art. 35.

Art. 37 Jugendarrest neben Jugendstrafe

(1) Bei der Gestaltung des Vollzugs des Jugendarrestes neben Jugendstrafe nach § 16a JGG sind insbesondere bei den Einzel- und Gruppenmaßnahmen nach Art. 3 Abs. 3 die in § 16a Abs. 1 Nr. 1 bis 3 JGG genannten Anordnungsgründe zu berücksichtigen.

(2) ¹Für den Vollzug des Jugendarrestes neben Jugendstrafe in Form eines Freizeit- oder Kurzarrestes gilt zusätzlich Art. 35. ²Ein Schlussbericht nach Art. 25 Abs. 1 soll erstellt werden.

Teil 6 Schlussvorschriften

Art. 37a Änderung weiterer Rechtsvorschriften

(1) Das **Bayerische Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz** (BaySvVollzG) vom 22. Mai 2013 (GVBl. S. 275, BayRS 312-0-J), das zuletzt durch Art. 17a Abs. 9 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird gestrichen.
2. Art. 27 wird wie folgt gefasst:

„Art. 27 Überwachung des Schriftwechsels

¹Der Schriftwechsel von Sicherungsverwahrten darf ohne ihre Anwesenheit überwacht wer-

den, soweit es aus Gründen der Behandlung oder der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erforderlich ist. ²Art. 32 Abs. 2 BayStVollzG gilt entsprechend. ³Art. 32 Abs. 4 bleibt unberührt.“

3. In Art. 29 Abs. 4 wird die Angabe „Art. 27 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 4“ durch die Wörter „den Art. 27 und 32 Abs. 4“ ersetzt.
4. Art. 39 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„²§ 1 Abs. 1 und 2, §§ 2, 4 Abs. 1 bis 3 und 5 der Bayerischen Strafvollzugsvergütungsverordnung gelten entsprechend.“
5. Der bisherige Art. 105 wird Art. 104.

(2) Das **Bayerische Untersuchungshaftvollzugsgesetz** (BayUVollzG) vom 20. Dezember 2011 (GVBl. S. 678, BayRS 312-1-J), das zuletzt durch Art. 17a Abs. 10 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird gestrichen.
2. In Art. 8 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 4 wird jeweils die Angabe „Art. 42 Abs. 1“ durch die Angabe „Art. 37 Abs. 1“ ersetzt.
3. In Art. 12 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter „Verordnung über die Vergütungsstufen des Arbeitsentgelts und der Ausbildungsbeihilfe nach dem Bayerischen Strafvollzugsgesetz (Bayerische Strafvollzugsvergütungsverordnung – BayStVollzVergV) vom 15. Januar 2008 (GVBl. S. 25, BayRS 312-2-3-J) in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Wörter „Bayerischen Strafvollzugsvergütungsverordnung“ ersetzt.
4. Art. 35 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Art. 35
Weitere Bestimmungen“.
 - b) Der Wortlaut wird Abs. 1.
 - c) Es werden die folgenden Abs. 2 und 3 angefügt:
„(2) Bei Einzelhaft von mehr als drei Monaten in einem Jahr ist der Arzt oder die Ärztin regelmäßig zu hören.
(3) Es gelten entsprechend:
 1. Art. 151 BayStVollzG betreffend die Gesundheitsfürsorge,
 2. Art. 152 Abs. 1 und 2 Satz 2 und 3 sowie Art. 153 BayStVollzG betreffend die Freizeitgestaltung,
 3. Art. 158 BayStVollzG betreffend die Gefangenenvvertretung und
 4. die Art. 155 und 156 BayStVollzG betreffend erzieherische und Disziplinarmaßnahmen.“

5. Die Art. 36 bis 40 werden aufgehoben.
6. Der bisherige Art. 41 wird Art. 36 und in Nr. 3 wird die Angabe „Art. 42 Satz 1“ durch die Angabe „Art. 37 Satz 1“ ersetzt.
7. Der bisherige Art. 42 wird Art. 37 und in Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „108“ durch die Angabe „107“ ersetzt.
8. Die bisherigen Art. 43 bis 45 werden die Art. 38 bis 40.

(3) Das **Bayerische Strafvollzugsgesetz** (BayStVollzG) vom 10. Dezember 2007 (GVBl. S. 866, BayRS 312-2-1-J), das zuletzt durch Art. 17a Abs. 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird gestrichen.
2. Nach Art. 5 wird folgender Art. 5a eingefügt:

„Art. 5a

Opferbezogene Vollzugsgestaltung

(1) ¹Die Belange der Opfer sind bei der Gestaltung des Vollzugs, insbesondere bei vollzugsöffnenden Maßnahmen sowie bei der Eingliederung und Entlassung der Gefangenen, zu berücksichtigen. ²Dem Schutzinteresse gefährdeter Dritter ist Rechnung zu tragen.

(2) ¹Die Einsicht der Gefangenen in ihre Verantwortung für die Tat, insbesondere für die beim Opfer verschuldeten Tatfolgen, soll geweckt werden. ²Die Gefangenen sind anzuhalten, den durch die Straftat verursachten Schaden wiedergutmachen. ³Die Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs ist in geeigneten Fällen anzustreben.“

3. In der Überschrift zu Art. 8 werden die Wörter „ , Beteiligung der Gefangenen“ gestrichen.
4. Der Überschrift zu Art. 9 werden die Wörter „ , Beteiligung der Gefangenen“ angefügt.
5. Art. 32 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Nicht überwacht werden Schreiben der Gefangenen an

1. Volksvertretungen des Bundes und der Länder und ihre Mitglieder,
2. die Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes,
3. das Europäische Parlament und seine Mitglieder,
4. den Europäischen Gerichtshof,
5. den Europäischen Datenschutzbeauftragten,
6. den Europäischen Bürgerbeauftragten,
7. die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte,

8. die Parlamentarische Versammlung des Europarates,
9. den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte,
10. den Europäischen Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe,
11. die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz,
12. den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen,
13. die Ausschüsse der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung und für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau,
14. den Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter und den zugehörigen Unterausschuss zur Verhütung der Folter und
15. die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter,

soweit die Schreiben an die Anschrift der jeweiligen Stelle gerichtet sind und den Absender zutreffend angeben. ²Eingehende Schreiben, die an Gefangene gerichtet sind, werden nur dann nicht überwacht, sofern zweifelsfrei eine der in Satz 1 genannten Stellen Absender ist.“

- b) In Abs. 3 werden nach dem Wort „darf“ die Wörter „ohne Anwesenheit der Gefangenen“ eingefügt.
6. In Art. 49 Abs. 2 Satz 1 wird nach der Angabe „§ 17 Abs. 1“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.
7. Art. 78 wird wie folgt gefasst:

„Art. 78
Hilfe während des Vollzugs

Die Gefangenen werden in dem Bemühen unterstützt, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen, insbesondere das Wahlrecht auszuüben, sowie für Unterhaltsberechtigte zu sorgen.“

8. Art. 98 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„¹Fesseln dürfen nur an den Händen oder an den Füßen, im Ausnahmefall auch an Händen und Füßen angelegt werden.“
9. Art. 108 wird wie folgt gefasst:

„Art. 108
Zwangsmaßnahmen
auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge

(1) Medizinische Untersuchung und Behandlung sowie Ernährung sind auch gegen den natürlichen Willen der Gefangenen zulässig, um

1. eine konkrete Gefahr für das Leben oder eine konkrete schwerwiegende Gefahr für die Gesundheit der betroffenen Gefangenen oder

2. eine konkrete Gefahr für das Leben oder die Gesundheit einer dritten Person abzuwenden.

(2) Maßnahmen nach Abs. 1 dürfen nur angeordnet werden, wenn

1. ärztlich über Art, Dauer, Erfolgsaussichten und Risiken der beabsichtigten Maßnahmen aufgeklärt wurde,
2. zuvor frühzeitig, ernsthaft und ohne Druck auszuüben versucht wurde, die Zustimmung der Gefangenen zu erhalten,
3. die Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr geeignet sind,
4. mildere Mittel keinen Erfolg versprechen,
5. der zu erwartende Nutzen die zu erwartenden Beeinträchtigungen deutlich überwiegt,
6. Art und Dauer auf das zwingend erforderliche Maß beschränkt werden und
7. in den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 zusätzlich
 - a) die betroffenen Gefangenen krankheitsbedingt nicht zur Einsicht in die Notwendigkeit der Maßnahme oder zum Handeln gemäß dieser Einsicht fähig sind und
 - b) der nach § 1901a des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu beachtende Wille der Gefangenen nicht entgegensteht.

(3) ¹Die Maßnahmen dürfen nur auf Anordnung und unter Leitung eines Arztes oder einer Ärztin durchgeführt werden. ²Die Anordnung bedarf der Zustimmung des Anstaltsleiters oder der Anstaltsleiterin. ³Sie gilt höchstens für die Dauer von zwölf Wochen und kann wiederholt getroffen werden. ⁴Das Recht zur Leistung erster Hilfe für den Fall, dass ein Arzt oder eine Ärztin nicht rechtzeitig erreichbar und mit dem Aufschub Lebensgefahr verbunden ist, bleibt unbeschadet. ⁵Die Maßnahmen sind zu dokumentieren; dabei werden festgehalten:

1. die Gründe für ihre Anordnung,
2. ihr Zwangscharakter,
3. die Art und Weise ihrer Durchführung,
4. die vorgenommenen Kontrollen,
5. die ärztliche Überwachung der Wirksamkeit und
6. die Aufklärung nach Abs. 2 Nr. 1 und der Versuch, die Zustimmung des Gefangenen zu erhalten, nach Abs. 2 Nr. 2,
7. Erklärungen des oder der Gefangenen, die im Zusammenhang mit Zwangsmaßnahmen von Bedeutung sein können.

(4) ¹Die Anordnung der Maßnahme ist vor ihrer Durchführung schriftlich bekannt zu geben

1. dem oder der Gefangenen und
2. einem Betreuer oder einem Bevollmächtigten im Sinn des § 1896 Abs. 2 Satz 2 BGB; soweit

eine solche Person nicht bekannt ist, regt die Justizvollzugsanstalt unverzüglich die Bestellung eines Betreuers bei Gericht an.

²Die Bekanntgabe ist mit der Belehrung zu verbinden, dass gegen die Anordnung bei Gericht um einstweiligen Rechtsschutz nachgesucht und Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt werden kann. ³Die Maßnahme darf erst dann vollzogen werden, wenn der oder die Gefangene und eine Person nach Satz 1 Nr. 2 die Gelegenheit hatten, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

(5) ¹Bei Gefahr in Verzug kann von den Vorgaben gemäß Abs. 2 Nr. 1, 2, Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 abgewichen werden. ²Unterbliebene Mitteilungen nach Abs. 2 Nr. 1 sowie Abs. 4 Satz 1 sind unverzüglich nachzuholen.

(6) Die zwangsweise körperliche Untersuchung zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene ist über die Abs. 1 bis 5 hinaus zulässig, wenn sie nicht mit einem körperlichen Eingriff verbunden ist.“

10. Art. 154 wird wie folgt geändert:

- a) Der Überschrift werden die Wörter „; unmittelbarer Zwang“ angefügt.
- b) Der Wortlaut wird Abs. 1.
- c) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) ¹Art. 108 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass bei minderjährigen Gefangenen die Personensorgeberechtigten an die Stelle der Personen nach Art. 108 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 treten. ²Der Durchführung von Maßnahmen nach Art. 108 Abs. 1 Nr. 1 müssen sie zustimmen. ³Bei Gefahr in Verzug kann von Satz 2 abgewichen werden.“

11. Der bisherige Art. 210 wird Art. 209 und wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „; Übergangsvorschriften“ gestrichen.
- b) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
- c) Abs. 2 wird aufgehoben.

Art. 38

Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes können die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Grundgesetzes, Art. 102 Abs. 1, Art. 109 der Verfassung) und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetzes, Art. 112 Abs. 1 der Verfassung) eingeschränkt werden.

Art. 39

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Begründung:

A. Allgemeines

1. Ausgangslage

Bislang wird der Jugendarrest in Bayern auf Grundlage einiger weniger Einzelbestimmungen im Jugendgerichtsgesetz (JGG) und im Strafvollzugsgesetz sowie im Übrigen auf Grundlage der Jugendarrestvollzugsordnung (JAVollZO), ergänzt durch die Jugendarrestgeschäftsbefugnisverordnung (JAGOBefV), vollzogen. Nachdem der Vollzug des Jugendarrestes für die Betroffenen mit nicht unerheblichen Grundrechtseinschränkungen verbunden ist, bedarf es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts jedoch einer umfassenden gesetzlichen Grundlage. Diese muss auf der Landesebene geschaffen werden, nachdem die Gesetzgebungskompetenz für den Komplex Strafvollzug im weiteren Sinne im Rahmen der Föderalismusreform I vom Bund auf die Länder übertragen wurde. Seither ist der Bund nur für diejenigen Regelungen zuständig, die das „Ob“ der Anordnung eines Jugendarrestes betreffen. Die Art und Weise (das „Wie“) des Jugendarrestvollzugs zu normieren, liegt dagegen jetzt nach Art. 70 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) in der Kompetenz der Länder.

2. Zielsetzung und Inhalt des Entwurfs

Durch den Entwurf wird eine umfassende landesgesetzliche Regelung für die Ausgestaltung des Vollzugs des Jugendarrestes geschaffen, soweit die Gesetzgebungskompetenz der Länder reicht.

Nach der Übergangsregelung des Art. 125a Abs. 1 Satz 1 GG gilt Recht, das als Bundesrecht erlassen worden ist, aber wegen der Änderung des Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG nicht mehr als Bundesrecht erlassen werden könnte, als Bundesrecht fort, kann aber durch Landesrecht ersetzt werden. Infolgedessen hat der Landesgesetzgeber hinsichtlich der fortgeltenden Vorschriften des Bundes zum Vollzug des Jugendarrestes (§ 90 JGG) eine Ersetzungsbefugnis, soweit der Bund Regelungen dieses Gesetzes wegen der Streichung der Materie „Strafvollzug“ aus dem Katalog des Art. 74 Abs. 1 GG nicht mehr erlassen könnte.

Ersetzt werden durch das vorliegende Gesetz im Freistaat Bayern § 90 JGG, der bislang ausschließlich Regelungen zum Vollzug des Jugendarrestes beinhaltete, sowie die JAVollZO, soweit sie vollzugliche Bestimmungen trifft. Die JAVollZO beinhaltet jedoch auch vollstreckungsrechtliche Regelungen, für deren Ersatz dem Landesgesetzgeber keine Kompetenz zukommt. Insoweit gelten § 4 (zügige Vollstreckung), § 17 Abs. 4 (Unterbrechung des Arrestes) und § 25 Abs. 1 (Berechnung von Arrestzeiten) JAVollZO fort.

Der Entwurf orientiert sich dabei an folgenden Grundpositionen:

a) Regelungsinhalt:

- Mit dem BayJAVollzG wird eine den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht werdende, moderne sowie konsequente Ausgestaltung des Jugendarrestvollzugs in Bayern gewährleistet. Die Vorschriften ersetzen § 90 JGG und weitgehend die JAVollzO, vgl. Art. 1.
- Vorrangiges Ziel des Jugendarrestes ist es, entsprechend des Ziels des Jugendstrafrechts, die Jugendlichen zu einem straffreien Leben zu befähigen, vgl. Art. 2 Abs. 1.
- Um dieses Ziel zu erreichen, enthält Art. 2 Abs. 2 als zentrale Bestimmung zur Behandlung im Vollzug den Grundsatz, dass der Jugendarrest erzieherisch auszugestalten ist. Die Regelung ersetzt § 90 Abs. 1 Satz 2 JGG, der bislang lediglich eine „Soll“-Bestimmung enthielt und betont somit die Bedeutung des Erziehungsgedankens im Jugendarrestvollzug. Art. 3 konkretisiert diesen Grundsatz näher und enthält Leitlinien zur erzieherischen Vollzugsgestaltung. Insbesondere muss es darum gehen, dass die Jugendlichen zukunftsgerichtet die Verantwortung für das eigene Leben übernehmen. Die im Arrest befindlichen Jugendlichen weisen meist vielfältige persönliche Defizite, Schwierigkeiten und Probleme auf, die mit dazu beigetragen haben, dass sie straffällig geworden sind. Der Arrest hat deshalb einen Beitrag zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu leisten. Mögliche Maßnahmen werden näher beschrieben. Es sollen insbesondere soziale Kompetenzen vermittelt werden, wie etwa die Bewältigung von Stress, der gewaltfreie Umgang mit Konflikten und die angemessene Durchsetzung eigener Bedürfnisse. Auch geht es um die Vermittlung von Werthaltungen und Prinzipien des gewaltfreien und toleranten Zusammenlebens entsprechend der Wertordnung der Verfassung und des Grundgesetzes. Weiterhin spielt die oftmals erforderliche Einübung eines geregelten Tagesablaufs eine wichtige Rolle. Der Vollzug des Jugendarrestes darf sich nicht auf ein bloßes Absitzen beschränken. Vielmehr sind die Jugendlichen zur Mitwirkung verpflichtet und hierzu zu motivieren, vgl. Art. 4 Abs. 2.
- Der bei den Jugendlichen bestehende Förderbedarf ist künftig im Rahmen eines ausführlichen Gesprächs mit den Jugendlichen und unter Einbeziehung möglichst aller verfügbarer Erkenntnisquellen festzustellen und bei Dauerarrest schriftlich in einem sog. Erziehungsplan festzuhalten, Art. 7.
- Die Anstalt hat den Jugendlichen geeignete erzieherische Maßnahmen in einem angemessenen Umfang anzubieten. Insbesondere sollen Beschäftigungs-, Freizeit- und Sportangebote zur Verfügung stehen (Art. 15 bis 17).
- Die Unterbringung während der Einschlusszeiten soll aus Sicherheitsgründen einzeln erfolgen. Ansonsten sollen die Jugendlichen möglichst viel Zeit gemeinsam verbringen, da dies zur Erreichung des Vollzugsziels förderlich erscheint. Allerdings wird im Gesetz ausdrücklich festgelegt, dass gerade am Anfang des Arrestes auch eine Zeit des Nachdenkens sinnvoll sein kann, vgl. Art. 8 und 10 Abs. 1.
- Außenkontakte der Jugendlichen werden, um die Erreichung des Vollzugsziels nicht zu gefährden, nur in begrenztem Umfang zugelassen. Diese sollen insbesondere im Wege des Briefwechsels stattfinden. Besuche, Telefongespräche, Aufenthalte außerhalb der Anstalt und der Paketempfang sind hingegen nur in Ausnahmefällen zulässig. Dabei geht es gerade auch darum, die Jugendlichen von schädlichen Einflüssen außerhalb der Anstalt fernzuhalten und ihre Aufmerksamkeit auf die erzieherischen Maßnahmen im Vollzug zu fokussieren. Angesichts der Kürze des Arrestes werden soziale Kontakte der Jugendlichen hierdurch nicht gefährdet, Art. 18 bis 20.
- Klargestellt wird ebenso, dass eine Opferorientierung des Vollzugs, soweit sinnvoll und möglich, angestrebt werden sollte. Hierzu gehört es beispielsweise, bei den Jugendlichen ein Bewusstsein für das anderen Menschen zugefügte Leid zu wecken sowie Möglichkeiten der Schadenswiedergutmachung oder auch die Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs zu prüfen, vgl. etwa Art. 3 Abs. 2 Satz 5.
- Gerade aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer ist es für die Erreichung des Vollzugsziels von besonderer Bedeutung, dass die Zusammenarbeit zwischen allen am Vollzug Beteiligten möglichst reibungslos funktioniert. Dies gilt nicht nur vollzugsintern; stets ist auch eine Zusammenarbeit mit externen Behörden und Organisationen in Erwägung zu ziehen und gegebenenfalls anzustreben. Art. 5 hebt dies hervor.
- Art. 24 macht deutlich, dass auch im Jugendarrest, soweit dies aufgrund der Kürze der Zeit möglich ist, ein Übergangsmanagement für die Zeit nach dem Arrest zu gewährleisten ist. Insbesondere sollten erzieherische Anschlussmaßnahmen möglichst nahtlos nach der Entlassung beginnen können, um einem möglichen Rückfall in alte Verhaltensmuster möglichst effektiv entgegenzuwirken. Die Anstalten sollen zu diesem Zweck mit den relevanten Behörden und Organisationen eng zusammenarbeiten.
- Die über die Jugendlichen zusammengetragenen Erkenntnisse sollen in komprimierter Form den weiter mit den Jugendlichen befassten Stellen zur Verfügung gestellt werden können, um möglichst eine nahtlose Fortsetzung der für erforderlich gehaltenen Hilfen zu gewährleisten. Deshalb sieht Art. 25 vor, dass von der Anstalt ein Schlussbe-

richt zu erstellen ist. Der Inhalt des Schlussberichts ist den Jugendlichen zudem in einem Entlassungsgespräch zu erläutern. Diese Rückmeldung ist eine wesentliche Maßnahme zur Erziehung der Jugendlichen und soll den Jugendlichen gegebenenfalls die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen vor Augen zu führen.

- Während der Dauerarrest die Regelform des Jugendarrestes darstellt, enthalten die Art. 35 bis 37 abweichende Bestimmungen für andere Formen des Arrestes (Freizeit- und Kurzarrest, Nichtbefolgungsarrest, Jugendarrest neben Jugendstrafe), soweit dies aufgrund der Besonderheiten der jeweiligen Arrestform erforderlich erscheint.
- b) Zuständigkeiten / Organisation:
 - Die in Teil 3 enthaltenen Regelungen zu den Zuständigkeiten orientieren sich weitgehend an der langjährigen bewährten Praxis in Bayern. Die organisatorische Angliederung aller bayerischen Jugendarrestanstalten an eine Justizvollzugsanstalt wird grundsätzlich beibehalten, da die Unterstützung insbesondere im Verwaltungsbereich durch die deutlich größeren und entsprechend leistungsfähigeren Justizvollzugsanstalten in aller Regel notwendig und sinnvoll ist. Eine Konzentration auf eine oder wenige selbstständige und damit größere Jugendarrestanstalten würde im Flächenstaat Bayern zu erheblichen negativen Auswirkungen führen. Eine selbstständige Organisation wird aber für die Zukunft auch nicht ausgeschlossen (Art. 27).
 - Die schon jetzt in den bayerischen Jugendarrestanstalten praktizierte Aufgabenteilung zwischen Anstalts- und Vollzugsleitung wird in Art. 28 erstmals kodifiziert. Die Anstaltsleitungen verantworten die organisatorischen Fragen (Bau, Haushalt, Personal), die Vollzugsleitungen sind für die inhaltliche Ausgestaltung des Vollzugs und alle damit zusammenhängenden Fragen zuständig. Es wird zudem die Möglichkeit eröffnet, auch eine Jugendrichterin oder einen Jugendrichter mit der Anstaltsleitung zu betrauen. Umgekehrt kann auch einer Vollzugsbeamtin bzw. einem Vollzugsbeamten die Vollzugsleitung übertragen werden.

3. Weitere Regelungen

Außerdem adressiert der Entwurf weiteren Regelungsbedarf im Bayerischen Strafvollzugsgesetz (BayStVollzG) und im Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz (BaySvVollzG).

Das betrifft v. a.:

- Der Opferschutz im Justizvollzug ist bisher an verschiedenen Stellen im BayStVollzG geregelt. Durch eine Zusammenfassung in einem Artikel in den Grundsätzen zum Vollzug der Freiheitsstrafe soll künftig dessen hoher Stellenwert noch deutlicher zum Ausdruck kommen.

- Es hat sich gezeigt, dass der Kreis von Stellen, mit denen Gefangene und Sicherungsverwahrte unüberwachten Schriftverkehr ausüben dürfen (vgl. Art. 27 BaySvVollzG und Art. 32 BayStVollzG), angemessen ausgeweitet werden kann.
- Die Auslegung von Art. 98 BayStVollzG in einer neueren obergerichtlichen Entscheidung stellt die Möglichkeit infrage, Gefangene bei Bedarf gleichzeitig an Händen und Füßen zu fesseln. Eine solche Interpretation der Vorschrift stellt die Vollzugspraxis v. a. bei hochgradig gefährlichen Gefangenen, bei denen in besonderem Maße Fluchtgefahr besteht, vor Schwierigkeiten. Insoweit besteht Bedarf zur Klarstellung.
- Die Rechtsgrundlage für Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge (Art. 108 BayStVollzG) sollte insgesamt modernisiert werden.

Bei dieser Gelegenheit werden die genannten Gesetze und das Bayerische Untersuchungshaftvollzugsgesetz auch redaktionell überarbeitet und gestrafft.

4. Gesetzesfolgen

Soweit die wesentlichen Grundsätze des schon in der Vergangenheit in Bayern praktizierten Jugendarrestvollzugs beibehalten werden, führt der Entwurf nicht zu Mehrausgaben.

Allerdings ist u. a. zu berücksichtigen, dass durch die Betonung der erzieherischen Gestaltung des Vollzugs, der Notwendigkeit zur Schaffung von ausreichenden Betreuungs-, Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugendlichen sowie durch erweiterte Informations- und Dokumentationspflichten Personal im Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Sozialdienstes und des psychologischen Dienstes gebunden wird.

Auch im Bereich der Gerichte (Vollzugsleitung und im Hinblick auf die Neuregelung des Art. 108 BayStVollzG) wird ein überschaubarer, derzeit noch nicht näher zu beziffernder personeller Bedarf entstehen.

Sachmittel werden in überschaubarem Umfang benötigt, um beispielsweise im Einzelfall Betreuungs- oder Beratungsmaßnahmen externer Anbieter nutzen zu können, wenn diese von den Bediensteten nicht selbst durchgeführt werden können. Ebenfalls werden möglicherweise in sehr begrenztem, derzeit noch nicht bezifferbarem Umfang bauliche Maßnahmen erforderlich, um den Vorgaben dieses Gesetzes Rechnung zu tragen.

Einsparungen, die mit den neuen Regelungen verbunden sind, lassen sich derzeit nicht abschätzen.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Eingriffe in Grundrechte bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits mit Beschluss vom 14.03.1972 (2 BvR 41/71) entschieden, dass von diesem Erfordernis auch Eingriffe in die Grundrechte von Strafgefangenen nicht ausgenommen sind (BVerfG NJW 1972, 811f). Grundrechtseingriffe, die über die Freiheitsentziehung als solche hinausgehen, bedürfen danach einer eigenen gesetzlichen Grundlage, die die Eingriffsvoraussetzungen in hinreichend bestimmter Weise normiert (vgl. auch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 29.10.1975 (2 BvR 812/73, BVerfG NJW 1976, 37). Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 31.05.2006 (2 BvR 1673/04 und 2 BvR 2402/04, BVerfG NJW 2006, 2093f) nochmals für den Jugendstrafvollzug klar zum Ausdruck gebracht, dass eine ausreichende gesetzliche Grundlage für Grundrechtseingriffe erforderlich ist. Für den Vollzug des Jugendarrestes kann im Ergebnis nichts anderes gelten, vgl. Eisenberg, Jugendgerichtsgesetz, 19. Auflage, § 90 JGG Rn. 4.

Bislang finden sich nur im JGG und im Strafvollzugsgesetz einige Einzelbestimmungen, die den Vollzug des Jugendarrestes betreffen. Im Übrigen erfolgt der Vollzug in Bayern bislang auf Grundlage der JAVollzO aus dem Jahr 1976, die im Range einer Rechtsverordnung des Bundes steht. Diese Vorschriften werden ergänzt durch die JAGO, eine Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 18.06.1979. Insofern ist eine umfassende gesetzliche Regelung in Sinne der Schaffung eines Jugendarrestvollzugsgesetzes unerlässlich.

Nachdem die Gesetzgebungskompetenz für den Jugendarrest im Rahmen der Föderalismusreform I durch die im Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28.08.2006 (BGBl I S. 2034) enthaltene Streichung des in Art. 70 Abs. 1 GG enthaltenen Kompetenztitels „Strafvollzug“, der sich nicht nur auf den Vollzug von Strafen im engeren Sinne bezog, sondern vielmehr alle freiheitsentziehenden Sanktionen des Strafrechts erfasste, auf die Länder übertragen wurde, muss die gesetzliche Regelung des Jugendarrestes in Bayern durch den Landesgesetzgeber erfolgen.

C. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Teil 1

Zu Art. 1

Die Vorschrift regelt Begriffsbestimmungen und damit mittelbar den sachlichen Anwendungsbereich des Gesetzes.

Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG weist dem Bund seit dem 01.09.2006 nur noch die Gesetzgebungskompetenz für das Strafrecht beziehungsweise für das gerichtliche Verfahren zu. Nicht mehr in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung fällt seither der Justizvoll-

zug einschließlich des Jugendarrestvollzugs. Mithin ist der Bund nur für diejenigen Regelungen zuständig, die das „Ob“ der Anordnung eines Jugendarrestes betreffen. Die Art und Weise (das „Wie“) des Jugendarrestvollzugs zu normieren, liegt dagegen nach Art. 70 Abs. 1 GG in der Kompetenz der Länder. Von dieser Gesetzgebungskompetenz macht der Freistaat Bayern nunmehr Gebrauch.

Gemäß Abs. 1 regelt dieses Gesetz den Vollzug des Jugendarrestes. Vom Anwendungsbereich erfasst werden neben dem Jugendarrest gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 16 JGG sowie dem Jugendarrest neben Jugendstrafe („Warnschussarrest“) gemäß § 16a JGG auch die verschiedenen Formen des Nichtbefolgungsarrestes (§ 11 Abs. 3, § 15 Abs. 3 Satz 2, § 23 Abs. 1 Satz 4, § 29 Satz 2, § 88 Abs. 6 Satz 1 JGG und § 98 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten – OWiG).

Das Gesetz geht hierbei davon aus, dass der Dauerarrest die Regelform des Jugendarrestes darstellt. Im fünften Teil werden, soweit notwendig, abweichende Bestimmungen für andere Formen des Arrestes (Freizeit- und Kurzarrest, Nichtbefolgungsarrest sowie Jugendarrest neben Jugendstrafe – sogenannter Warnschussarrest) getroffen.

Die Vorschriften ersetzen die Bestimmungen des § 90 JGG sowie weitgehend die JAVollzO, vgl. oben Teil A.2.

Zur besseren Lesbarkeit werden die Begriffe „Vollzug des Jugendarrestes“ und „Jugendarrestanstalt“ legal definiert als „Vollzug“ beziehungsweise „Anstalt“.

Im Gesetz werden die Arrestantinnen und Arrestanten durchgehend als „Jugendliche“ bezeichnet, um einen Gleichlauf mit dem JGG zu gewährleisten. Abs. 2 erstreckt den Anwendungsbereich aber ausdrücklich auch auf Heranwachsende und Erwachsene, gegen die eine auf Jugendarrest erkennende Entscheidung vollstreckt wird. Sofern diese Personen im Einzelfall nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen fallen sollen, ist dies ausdrücklich geregelt, vgl. Art. 6 Abs. 3 Satz 2, oder ergibt sich aus allgemein geltenden, insbesondere bürgerlich-rechtlichen Vorschriften. So haben etwa Volljährige regelmäßig keine Personensorgeberechtigten mehr.

Zu Teil 2

Zu Art. 2

Abs. 1 bestimmt das Vollzugsziel.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.05.2006 (2 BvR 1673/04 und 2 BvR 2402/04, BVerfG NJW 2006, S. 2093, 2095) kommt im Jugendstrafvollzug dem Ziel der Befähigung zu einem strafreien Leben ein besonders hohes Gewicht zu. Diese Grundüberlegung gilt, auch wenn der Jugendarrest Zuchtmittel und nicht Strafe ist, für diesen ebenso. und wird dementsprechend als vorrangiges Vollzugsziel – in Übereinstimmung mit dem in § 2 Abs. 1

Satz 1 JGG bestimmten Ziel des Jugendstrafrechts – definiert.

Den Jugendlichen soll, zumal wenn sie sich durch vorhergehende mildere Sanktionen nicht haben beeindrucken lassen oder Weisungen und Auflagen nicht nachgekommen sind, durch einen kurzen Freiheitsentzug und den damit verbundenen Zwang zur Selbstbesinnung bewusst gemacht werden, dass ihre Verfehlungen nicht ohne spürbare Konsequenzen bleiben und dass fortgesetztes sozialschädliches Verhalten weitergehende Sanktionen zur Folge haben wird. Hierdurch sollen zukunftsorientiert weitere Verfehlungen verhindert werden.

Der Verminderung zukünftiger Kriminalität muss sich der Jugendarrest insbesondere durch seine konkrete (erzieherische) Ausgestaltung widmen, die in den nachfolgenden Artikeln geregelt wird.

Abs. 2 Satz 1 regelt als zentrale Bestimmung zur Behandlung im Vollzug, dass der Jugendarrest erzieherisch auszugestalten und auf die Erreichung des Vollzugsziels auszurichten ist. Die Regelung ersetzt § 90 Abs. 1 Satz 2 JGG, der bislang lediglich eine „Soll“-Bestimmung enthielt. Dies entspricht dem aktuellen Stand der kriminologischen Forschung, wonach eine möglichst interaktive erzieherische Beeinflussung zur Erreichung des Vollzugsziels am besten geeignet ist.

Der Begriff „Erziehung“ umfasst die gezielte Gestaltung und Beeinflussung von Entwicklungs- und Sozialisationsprozessen und bezeichnet damit einen besonderen Aspekt der Resozialisierung als allgemeines Prinzip des Justizvollzugs. Darin enthalten ist der Gedanke, dass gelingende Erziehung in einem Kontext stattfinden muss, der – trotz Missbilligung der sozialschädlichen Taten – von Wertschätzung gegenüber der Person und menschlicher Zuwendung bestimmt ist. Erziehung ist nicht primär die Anwendung von Erziehungsmitteln oder -maßnahmen, sondern personale Beeinflussung durch positive Anregung, Vorbildwirkung und Bekräftigung. Dies schließt jedoch einen konsequenten Jugendarrestvollzug mit entsprechenden Grenzsetzungen nicht aus.

Da im Jugendarrestvollzug aufgrund der zeitlichen Begrenztheit nur punktuell auf die Jugendlichen eingewirkt werden kann, muss es im Wesentlichen das Ziel sein, Anstöße zur selbstverantwortlichen Gestaltung des eigenen Lebens zu vermitteln. Der Vollzug des Jugendarrestes soll, aufbauend auf dem vom Freiheitsentzug auf die Jugendlichen ausgehenden Eindruck, so genutzt werden, dass aus der eindringlichen Erfahrung des Zusammenhangs von Rechtsverstößen und strafrechtlichen Sanktionen die Einsicht erwächst, dass Änderungen von Verhaltensmustern nötig sind, um weitere Straffälligkeit zu vermeiden.

Der Einsatz von Zuchtmitteln oder anderen korrigierenden Einwirkungen stellt nur einen untergeordneten, wenngleich notwendigen Aspekt eines umfassenden Verständnisses von Erziehung dar. Wichtige Komponenten der Erziehung sind auch die Vermittlung von

Fähigkeiten und Fertigkeiten, das Geben von Anstößen zur Verinnerlichung sozialer Werte und Normen sowie das Wecken und Fördern von Veränderungsbereitschaft. Aber auch wenn den Jugendlichen die Gelegenheit zum Nachdenken und Innehalten gegeben wird, kann dies Teil der erzieherischen Ausgestaltung sein.

Abs. 2 Satz 2 trägt der Tatsache Rechnung, dass Freiheitsentzug – und damit auch der Jugendarrest – mit unerwünschten und nachteiligen Auswirkungen verbunden sein kann (z. B. psychische Belastungen, schädliche Einflüsse durch andere straffällige Jugendliche, Beeinträchtigung sozialer Bindungen). Diese können nicht immer völlig vermieden werden. Der Vollzug des Jugendarrestes muss aber so gestaltet werden, dass diese Belastungen soweit als möglich vermindert oder ausgeglichen werden. Der Verhinderung von Selbsttötungen und Selbstverletzungen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Vor allem zum Schutz vor Übergriffen anderer Jugendlicher im Arrest ist eine sichere Unterbringung und eine aufmerksame Beaufsichtigung erforderlich.

Abs. 2 Satz 3 weist darauf hin, dass im Vollzug, sowohl zur gezielten erzieherischen Unterstützung und Förderung als auch zur Vermeidung von unerwünschten Folgen des Arrestes, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht und Herkunft eingegangen werden muss. Aufgezählt werden in der Vorschrift nur einige wichtige Merkmale, denn im Rahmen eines individualisierten erzieherischen Konzepts, das stets die Besonderheiten des Einzelfalls im Blick haben muss, kann die Aufzählung nicht erschöpfend sein. Spezielle Anforderungen können sich beispielsweise auch bei Jugendlichen mit körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen und bei Schwangeren ergeben.

Aus Art. 2 lassen sich für die einzelnen Jugendlichen keine konkreten Rechtsansprüche auf bestimmte Maßnahmen ableiten.

Zu Art. 3

Gemäß Abs. 1 Satz 1 soll es bei der erzieherischen Ausrichtung des Arrestes in erster Linie darum gehen, dass die Jugendlichen zukunftsgerichtet die Verantwortung für das eigene Leben übernehmen. Dies beinhaltet nicht nur die Erkenntnis, dass der bisherige Lebensstil zu Schwierigkeiten mit Polizei und Justiz und zur Verhängung des Arrestes geführt hat. Darauf aufbauend soll der Arrest auch eindringlich zu Bewusstsein bringen, dass es zur Vermeidung weiterer Sanktionierungen darauf ankommt, in Zukunft Rechtsverstöße zu unterlassen und es dafür erforderlich ist, das persönliche Verhalten zu ändern. Satz 2 bringt zum Ausdruck, dass die Jugendlichen, die Arrest verbüßen müssen, meist vielfältige persönliche Defizite, Schwierigkeiten und Probleme aufweisen, die mit dazu beigetragen haben, dass sie straffällig geworden sind. Der Arrest hat einen Beitrag zur Überwindung

dieser Schwierigkeiten zu leisten. Welcher Art dieser Beitrag sein kann, wird nachfolgend näher konkretisiert.

In Abs. 2 werden die Maßnahmen, mit denen die erzieherische Ausrichtung des Vollzugs erfolgt, hinsichtlich ihrer Teilziele näher umschrieben. Es sollen insbesondere soziale Kompetenzen vermittelt werden, wie etwa die Bewältigung von Stress, der gewaltfreie Umgang mit Konflikten und die angemessene Durchsetzung eigener Bedürfnisse. Hierzu gehört auch, dass manche Bedürfnisse, deren Ausleben auf Kosten anderer geht, zurückgestellt werden müssen. Dies erfordert nicht nur das Kennenlernen und Einüben entsprechender sozial adäquater Handlungsweisen, sondern auch die Vermittlung von Werthaltungen und Prinzipien des gewaltfreien und toleranten Zusammenlebens entsprechend der Werteordnung der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes.

In Betracht kommen Einzel- und Gruppenmaßnahmen, je nachdem, ob sie sich individuell auf einzelne Jugendliche oder auf kleinere oder größere Gruppen richten. Bei den Einzelmaßnahmen handelt es sich oftmals um Beratungsgespräche, in denen die Bediensteten oder externe Kräfte auf individuelle Probleme der Jugendlichen sehr detailliert eingehen können. Für längere Dauerarreste kommt auch eine sog. „Kurzintervention zur Motivationsförderung“ in Betracht, die darauf gerichtet ist, ausgehend von einer Analyse individueller Probleme eine tragfähige Änderungsmotivation und einen nachhaltigen Änderungsplan zu entwickeln.

Einzelmaßnahmen sind erforderlich bei Jugendlichen, die nicht gruppenfähig sind oder deren individuelle Problematik aus Rücksicht auf die Privatsphäre nicht vor anderen Jugendlichen ausgebreitet werden sollte. Bei Gruppenmaßnahmen werden mehrere Jugendliche zur Beschäftigung mit Themen, die potenziell alle betreffen (z. B. Umgang mit Alkohol und Drogen, Verhalten in Konflikten, Bewältigung schulischer und beruflicher Anforderungen, sinnvolle Freizeitgestaltung) zusammengefasst. Hier können beim Lernen in der Gruppe die Beiträge der anderen Jugendlichen als Rückmeldung und Anregung nutzbar gemacht werden. Die Gruppe stellt auch ein Lernfeld dar, in dem neue Verhaltensweisen sowie Gemeinschaftssinn und Rücksichtnahme auf Schwächere eingeübt werden können. Zugleich sind aber potenziell schädliche Einflüsse des Gruppenkontextes (z. B. Vermittlung von Anregungen für unerwünschte Verhaltensweisen) zu vermeiden. Die Vermittlung an externe Stellen kann sowohl im Rahmen einer Einzelberatung als auch in Gruppentrainings und bei Informationsveranstaltungen eine wichtige Ergänzung darstellen.

Ausgehend von der Beobachtung, dass viele Jugendliche, die wegen Straffälligkeit oder sonstiger Verstöße im Arrest sind, bisher keine regelmäßigen Tagesstrukturen kennengelernt beziehungsweise erlernt haben, nicht pünktlich die Schule besuchen oder sich nicht um eine Ausbildung oder Arbeit bemühen, betont Abs. 2 Satz 3, dass die Einübung eines geregel-

ten Tagesablaufs (rechtzeitiges morgendliches Aufstehen, regelmäßige Mahlzeiten, Nachtruhe) eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die zuverlässige Erfüllung gesellschaftlicher Rollenerwartungen und damit für ein eigenverantwortliches Leben darstellt. Dieser Aspekt kann gerade auch bei Jugendlichen von Bedeutung sein, die beispielsweise aufgrund von Sprachschwierigkeiten, welche während der relativ kurzen Arrestdauer naturgemäß nicht beseitigt werden können, oder sonstiger Hinderungsgründe für komplexere Einzel- oder Gruppenmaßnahmen nicht in Betracht kommen.

Abs. 2 Satz 4 beschreibt weitere Bereiche, in denen die Jugendlichen oftmals Unterstützungsbedarf haben. Bekannt ist etwa, dass ein großer Teil der Jugendlichen im Jugendarrestvollzug vielfältige biografische Belastungen und soziale Defizite aufweist (Herkunft aus dysfunktionalen Familien, Konflikte mit den Eltern oder anderen Autoritätspersonen, mangelnde schulische und berufliche Qualifikationen, Drogen- und Alkoholmissbrauch, Schulden, etc.). Zur Vermeidung zukünftiger Straftaten ist es deshalb sinnvoll und erforderlich, dass den Jugendlichen im Arrest geholfen wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Nachdem der Jugendarrest maximal vier Wochen dauert, darf allerdings nicht verkannt werden, dass die Möglichkeiten, bestehende Erziehungsmängel und Sozialisationsdefizite auszugleichen, schon aus zeitlichen Gründen begrenzt sind. In dieser kurzen Zeit wird es bei realistischer Betrachtung nicht möglich sein, verzögerte Reifungsprozesse oder fehlende Schulabschlüsse nachzuholen oder völlig fehlgelaufene Sozialisationsvorgänge vollständig umzukehren und zu kompensieren. Vielmehr sollen punktuell korrigierende Erfahrungen oder Denkanstöße vermittelt werden, die dazu beitragen, dass die Jugendlichen ihren Verhaltensstil ändern und künftig ein Leben ohne Straftaten führen.

Abs. 2 Satz 5 spricht die auch im Jugendarrest grundsätzlich sinnvolle Opferorientierung des Vollzugs an, indem auf den neuen Art. 5a BayStVollzG verwiesen wird. Das Bewusstsein, anderen Menschen durch die eigenen Taten Leid zugefügt zu haben, kann ein Aspekt der nötigen Änderungsmotivation sein. Die Auseinandersetzung mit den Folgen der eigenen Straftaten einzufordern, kann allerdings ebenso zu Widerstand und Rückzug führen und sollte deshalb bei der zukunftsorientierten erzieherischen Einwirkung nicht zwingend im Zentrum des Bemühens stehen. Zur Opferorientierung gehört, dass in geeigneten Fällen mit den Jugendlichen Möglichkeiten eines Täter-Opfer-Ausgleichs erörtert werden. Dessen Vorbereitung und Durchführung würde jedoch den zeitlichen Rahmen des Jugendarrestes in der Regel sprengen und ist nur unter Federführung externer Stellen vorstellbar.

Konkret sind (nicht abschließend) nachfolgend aufgeführte Maßnahmen möglich. Die Liste ist nicht abschließend, da im Einzelfall zusätzliche Maßnahmen angezeigt sein können. Auch ist es weder erforderlich

noch möglich, dass sämtliche beispielhaft aufgezählten Maßnahmen jederzeit in allen Jugendarrestanstalten angeboten werden. Insofern obliegt es der Anstalts- und Vollzugsleitung vor Ort, geeignete Maßnahmen in einem angemessenen Umfang anzubieten beziehungsweise durchzuführen.

- Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Kompetenz insbesondere in den Bereichen Gewalt, Sucht und Schulden

Dazu gehören beispielsweise Gruppenmaßnahmen wie soziale Trainingskurse, Anti-Gewalt-Trainings sowie die Drogen- und Schuldnerberatung und individuelle Maßnahmen zur Stärkung der Änderungsmotivation.

- Maßnahmen zur lebenspraktischen, beruflichen und schulischen Entwicklung

Davon sind Maßnahmen zur Förderung der schulischen, beruflichen und lebenspraktischen Entwicklung umfasst, also beispielsweise Nachhilfeunterricht, Unterstützung beim Verfassen von Bewerbungen, die Vermittlung hauswirtschaftlicher Fertigkeiten (Kochen, Reinigung von Kleidung, Wäsche, Säubern machen) oder Erste-Hilfe-Kurse. Die Beschäftigung der Jugendlichen während der Zeit im Arrest bezieht sich nicht auf eine reguläre Arbeitstätigkeit in einem Beschäftigungsverhältnis, da solche Maßnahmen bereits aufgrund der Kürze der im Arrest zur Verfügung stehenden Zeit und häufig fehlender Qualifikationen nicht umsetzbar wären. Die Jugendlichen können aber zu Tätigkeiten im Rahmen von erzieherisch ausgerichteten oder arbeitstherapeutischen Projekten sowie zur Hilfstätigkeiten in der Anstalt herangezogen werden, vgl. Art. 15. Dies dient gerade auch dazu, sie an einen geregelten Tagesablauf, eine angemessene Arbeitshaltung und einen rechtschaffenen Lebenswandel heranzuführen. Die Zeit im Vollzug kann zudem dazu genutzt werden, die Jugendlichen auf Angebote externer Organisationen oder ehrenamtlich tätiger Personen aufmerksam zu machen, die lebenspraktische, schulische und berufliche Fähigkeiten vermitteln.

- Sportangebote und Maßnahmen zur strukturierten Gestaltung der Freizeit

Diese Maßnahmen dienen dem körperlichen Ausgleich, sollen aber auch Teamgefühl, Rücksichtnahme und Selbstdisziplin vermitteln und zu einem sinnvollen Freizeitverhalten nach dem Arrest anregen.

- Unterstützung bei der Wiedergutmachung des angerichteten Schadens

Die Jugendlichen sollen – wo dies sinnvoll ist – angeleitet werden, einen Beitrag zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens zu leisten. Dies kann im Rahmen von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs geschehen, zu deren Vorbe-

reitung der Zeitrahmen des Jugendarrestes aber meist nicht ausreichen dürfte, oder durch symbolische oder unspezifische Wiedergutmachungsleistungen, zum Beispiel Beteiligung an gemeinnützigen Projekten.

- Vermittlung in nachsorgende Maßnahmen

Maßnahmen, die auf Nachsorge und nachhaltige Einwirkung auf die Jugendlichen ausgerichtet sind, sind von großer Wichtigkeit. Da die bei der Aufnahme festgestellten Defizite und Bedarfe der Jugendlichen während des Jugendarrestes in den seltensten Fällen vollständig behoben werden können, kommt es darauf an, Maßnahmen anzuregen oder einzuleiten, die in der Zeit nach dem Arrest wirksam werden können, z. B. die Unterstützung im schulischen oder beruflichen Bereich oder die Betreuung durch Drogenberatung, Jugendhilfe und andere der in Art. 5 Satz 2 genannten Stellen.

Zu Art. 4

Abs. 1 übernimmt die bewährte Regelung des Art. 125 BayStVollzG in den Anwendungsbereich des Jugendarrestvollzugs und stellt klar, dass die Jugendlichen im Arrest grundsätzlich nur den Beschränkungen unterliegen, die im vorliegenden Gesetz normiert sind. In Bezug genommen ist damit auch die Generalklausel des Art. 125 Abs. 1 Satz 2 für weitere Beschränkungen, die gerade auch im Interesse der Jugendlichen selbst zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung innerhalb der Anstalt unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes notwendig werden können. Einer solchen Ermächtigung bedarf es, da im Vollzug nicht alle Situationen vorhersehbar sind, die zu einer Beeinträchtigung der Sicherheit oder Ordnung führen können.

Abs. 2 Satz 1 legt eine Mitwirkungspflicht der Jugendlichen fest. Das Vollzugsziel und die in dem gemäß Art. 7 vorgesehenen individuellen Erziehungsplan im Hinblick auf den konkreten Jugendlichen festgelegten Ziele lassen sich nur dann erreichen, wenn die Jugendlichen selbst daran aktiv mitwirken. Ein passives „Absitzen“ des Arrestes wäre nicht mit dem erzieherischen Auftrag vereinbar und kann nicht hingenommen werden. Nachdem die Anstalt diese Mitwirkungsbereitschaft aufgrund der bei vielen Jugendlichen vorhandenen Defizite nicht immer voraussetzen oder ihr Fehlen in jedem Fall sanktionieren kann, soll sie gemäß Satz 2 die Motivation der Jugendlichen zur freiwilligen Mitarbeit durch geeignete Maßnahmen wecken und fördern.

Zu Art. 5

Das in Satz 1 formulierte Prinzip der vollzugsinternen Zusammenarbeit ist aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer für die Erreichung des Vollzugsziels und die notwendige erzieherische Ausrichtung des Vollzugs

von besonderer Bedeutung. Die Regelung richtet sich an die Bediensteten sowie an alle sonst im Vollzug Tätigen, d. h. auch an die ehrenamtlichen Kräfte, und soll gewährleisten, dass deren unterschiedliche Kenntnisse und Erfahrungen möglichst effektiv eingebracht werden können.

Da der Jugendarrest in vielen Fällen lediglich Impulse für Veränderungen setzen kann, die außerhalb des Vollzugs durch fortgesetzte Bemühungen verstetigt werden müssen, kommt der Zusammenarbeit mit externen Stellen besondere Bedeutung zu (Satz 2). Die Einwirkungen des Arrestes dürfen nicht nur kurzfristig wirken und dann „verpuffen“, sondern sollen je nach Bedarf in Maßnahmen überleiten, die nach der Beendigung des Vollzugs durch andere Stellen und Personen fortgesetzt werden. Beispielhaft zu nennen sind Bewährungshilfe, Jugendämter, Jugendgerichtshilfe, Schulen und Schulbehörden, Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber, Einrichtungen für berufliche Bildung, Stellen der Straffälligenhilfe, Agenturen für Arbeit, Gesundheits- und Ausländerbehörden, Sport- und sonstige Vereine, Integrationsbeauftragte, Suchtberatungsstellen und Schuldnerberatungen sowie die Träger der Sozialversicherung, der Sozialhilfe, Hilfeeinrichtungen anderer Behörden oder auch Träger der Wohlfahrtspflege.

Bei Minderjährigen ist der auch während des Arrestes grundsätzlich fortbestehende Erziehungsauftrag der Personensorgeberechtigten zu beachten. Erfahrungsgemäß sind allerdings in vielen Fällen die Eltern nicht ausreichend imstande und nur mäßig daran interessiert, während des Arrestvollzugs an der Erreichung des Vollzugsziels mitzuwirken. Das Gesetz verzichtet deshalb darauf, explizit eine entsprechende Bestimmung zur Einbeziehung der Personensorgeberechtigten in die Vollzugsgestaltung aufzunehmen. Dennoch ist das sich aus Art. 6 Abs. 2 GG ergebende Elternrecht zu beachten und es bleibt der fachlichen Einschätzung der Bediensteten der Anstalt überlassen, in geeigneten Fällen die Eltern zur Mitwirkung zu gewinnen.

Zu Art. 6

Nach Abs. 1 ist mit den Jugendlichen im Rahmen der Aufnahme ein Zugangsgespräch zu führen. Das Zugangsgespräch dient dem Zweck, erforderliche Erstinformationen über die gegenwärtige Lebenssituation zu erhalten und persönliche Schwierigkeiten sowie Probleme des Jugendlichen festzustellen. Zugleich erhalten sie eine Orientierung über den Ablauf der Zeit im Arrest. Um die Grundlage für einen vertrauensvollen Umgang zu schaffen, ist den Jugendlichen grundsätzlich offen, respektvoll und höflich zu begegnen.

Die Jugendlichen sind über ihre Rechte und Pflichten sowie die grundlegenden Regeln der Vollzugsgestaltung zu informieren. Dies geschieht insbesondere durch die Aushändigung und Erläuterung eines Exemplars der Hausordnung.

Abs. 1 Satz 5 nimmt schließlich Art. 7 Abs. 3 BaySt-VollzG in Bezug. Die dort festgeschriebene alsbaldige ärztliche Untersuchung dient dem Schutz der Jugendlichen wie auch der Mitarrestanten und Bediensteten.

In Abs. 2 ist geregelt, dass die Personensorgeberechtigten und das Jugendamt von der Aufnahme informiert werden müssen. Gleiches gilt für die Bewährungshilfe, falls der oder die Jugendliche unter Bewährungsaufsicht steht. Jugendamt und Bewährungshilfe können auf diese Weise prüfen, ob in eigener Zuständigkeit Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden müssen, die dann gegebenenfalls unmittelbar nach der Entlassung greifen. Sofern eine Information der Personensorgeberechtigten z. B. wegen fehlender Adressdaten zunächst scheitert, ist die Anstalt nicht verpflichtet, einen unvertretbar hohen Aufwand zur Herstellung des Kontakts zu betreiben. Zur Vermeidung übermäßigen Verwaltungsaufwands regelt Satz 2 eine Ausnahme für die Fälle, in denen die Personensorgeberechtigten, das Jugendamt oder die Bewährungshilfe bereits von der Ladung unterrichtet wurden. Eine zusätzliche Unterrichtung über den pünktlichen Arrestantritt verkäme hier zur bloßen Förmerei. Personensorgeberechtigte, Jugendamt und Bewährungshelfer sollten unabhängig von der Verpflichtung in Abs. 2 grundsätzlich auch dann verständigt werden, wenn Jugendliche den Arrest ohne ausreichende Entschuldigung nicht antreten, damit sie deren Verbleib ermitteln können.

Abs. 3 Satz 1 normiert eine Mitteilungspflicht der Anstalt gegenüber der Vollstreckungsleitung, die dadurch in die Lage versetzt werden soll, in den genannten Fallkonstellationen schnell die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Vollstreckungsleiterin oder der Vollstreckungsleiter kann beispielsweise einen Aufschub oder eine Unterbrechung der Vollstreckung anordnen, wenn Jugendliche erkranken oder aus sonstigen Gründen vorübergehend nicht arresttauglich sind.

Abs. 3 Satz 2 enthält ein Aufnahmeverbot für weibliche Jugendliche in einem fortgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft sowie während der Zeit des gesetzlichen Mutterschutzes und der Stillzeit. Dies dient insbesondere der Vermeidung gesundheitlicher Gefährdungen von Mutter und Kind. Ist eine Jugendliche bereits aufgenommen und erreicht sie während des Arrestvollzugs die 20. Schwangerschaftswoche, so kann die Arrestvollstreckung fortgesetzt werden, sofern gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen. Dadurch wird eine Arrestunterbrechung und Fortsetzung des Arrestvollzugs nach der Geburt des Kindes vermieden.

Zu Art. 7

Gemäß Satz 1 wird für die Jugendlichen ein individueller Erziehungsplan erstellt, der auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse die individuell angezeigten und während des Arrestverlaufs durchführbaren Maßnahmen niederlegt. Nach dem Aufnahmeverfahren

wird deshalb der Förderbedarf der Jugendlichen unter Berücksichtigung ihrer Persönlichkeit, ihrer Lebensverhältnisse sowie ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten ermittelt. Zu diesem Zweck wird ein ausführliches Gespräch mit den Jugendlichen geführt. Das Gespräch erstreckt sich auf die Persönlichkeit und die aktuellen Lebensumstände der Jugendlichen, insbesondere die schulische und berufliche Situation, den Umgang mit Alkohol, Drogen und Glücksspiel, Gewalterfahrungen, ihre Stärken und Schwächen sowie ihr familiäres und soziales Umfeld. Die Jugendlichen sind gemäß Art. 4 Abs. 2 Satz 1 verpflichtet, die für die Erziehungsplanung erforderlichen Angaben über ihre persönlichen Verhältnisse zu machen. Erkenntnisse aus den Vollstreckungsunterlagen (also insbesondere dem der Anordnung des Arrestes zugrundeliegenden Urteil) und Erkenntnisse der Jugendgerichtshilfe sowie der Bewährungshilfe bei unter Bewährungsaufsicht stehenden Jugendlichen sollen einbezogen werden. Dieses Gespräch soll gerade auch dazu dienen, den Jugendlichen das Vollzugsziel zu erläutern und sie zur Mitwirkung zu motivieren.

Nach Satz 2 sollen die Jugendlichen bei der Erstellung dieses Erziehungsplans einbezogen werden, indem ihre Anregungen und Wünsche erfragt werden. Zugleich soll ihnen vermittelt werden, in welcher Weise die einzelnen im Erziehungsplan bestimmten Maßnahmen zum Vollzugsziel beitragen und weshalb es wichtig ist, dass sie daran mitwirken. Satz 3 verlangt, dass bei Dauerarrestanten in der Regel ein schriftlicher Plan erstellt wird. Beim Kurzzeit- und Freizeitarrest ist dies nicht erforderlich, da in diesen Fällen die erforderlichen Maßnahmen unverzüglich durchzuführen sind. Der Plan dient zum einen für die Bediensteten der Anstalt zur Orientierung. Insbesondere aber soll er den Jugendlichen während des gesamten Arrestes vor Augen halten, an welchen Maßnahmen sie teilnehmen sollen und welche Initiativen von ihnen erwartet werden. Entsprechend der in Art. 4 Abs. 2 normierten Mitwirkungspflicht soll auf diese Weise den Jugendlichen auch klar gemacht werden, dass die festgesetzten Maßnahmen keine bloßen Vorschläge darstellen, sondern für sie verpflichtend sind. Auf Verlangen soll der Erziehungsplan gemäß Satz 4 auch den Personensorgeberechtigten ausgehändigt werden, sofern hierdurch nicht erhebliche erzieherische Nachteile drohen. Insofern wird der Rechtsgedanke des § 51 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 JGG aufgegriffen. Bei der Entscheidung über die Aushändigung des Erziehungsplans an die Personensorgeberechtigten sollte auch berücksichtigt werden, ob der oder die Jugendliche mit der Weiterleitung einverstanden ist.

Mögliche Maßnahmen und Hilfen, zu denen der Erziehungsplan Aussagen treffen kann, sind in der Gesetzesbegründung zu Art. 3 benannt. Diese Aufzählung ist jedoch nicht abschließend. Im Einzelfall können zusätzliche Hilfen angezeigt sein. Klargestellt wird, dass der Erziehungsplan nicht die adäquate Reaktion auf neue Erkenntnisse während des Arrestvollzugs hindern will.

Zu Art. 8

Satz 1 legt fest, dass männliche und weibliche Jugendliche getrennt unterzubringen sind. Dies soll insbesondere die weiblichen Jugendlichen vor Übergriffen schützen. Gemeinsame Maßnahmen oder Aufenthalte werden dadurch nicht ausgeschlossen.

Satz 2 nimmt die bewährte Regelung des Art. 20 BayStVollzG in Bezug. Art. 20 Abs. 1 Satz 1 BayStVollzG enthält den Grundsatz der Einzelunterbringung während der Ruhezeiten. Die gemeinschaftliche Unterbringung von Jugendlichen während der Ruhezeiten birgt die Gefahr von Konflikten und Übergriffen und sollte daher grundsätzlich vermieden werden. Eine gemeinsame Unterbringung ist entsprechend Art. 20 Abs. 1 Satz 2 jedoch möglich, wenn die Jugendlichen dies wünschen und eine schädliche Beeinflussung nicht zu befürchten ist. So ist etwa für die Jugendlichen die erstmalige Freiheitsentziehung oftmals belastend. Die gemeinsame Unterbringung bietet dann in geeigneten Fällen die Möglichkeit, den mit der Freiheitsentziehung verbundenen Ängsten entgegenzuwirken. Erzieherische Gründe dürfen der gemeinsamen Unterbringung jedoch nicht entgegenstehen.

Art. 20 Abs. 2 BayStVollzG regelt die gemeinschaftliche Unterbringung ohne Zustimmung der Betroffenen, sofern diese hilfsbedürftig sind oder eine Gefahr für Leben oder Gesundheit besteht. Diese Form der gemeinschaftlichen Unterbringung kann insbesondere zum Zweck der Suizidprävention angezeigt sein. Darüber hinaus ist eine gemeinschaftliche Unterbringung zulässig, soweit die räumlichen Verhältnisse der Anstalt dies in Ausnahmefällen erfordern sollten.

Zu Art. 9

Abs. 1 sieht neben einer Verlegung aus Behandlungsgründen, z. B. zur Vermeidung von schädlichen Einflüssen, Verlegungsmöglichkeiten aus Gründen der Vollzugsorganisation vor. Es ist allerdings stets darauf zu achten, dass die verlegten Jugendlichen nicht zusammen mit anderen Personen untergebracht werden, zu denen sie aus erzieherischen Gesichtspunkten nicht passen. Die Verlegung zur Förderung der Eingliederung nach der Entlassung (Art. 10 Abs. 1 Nr. 1 Alternative 2 BayStVollzG) kommt bei einem Jugendarrest nicht zum Tragen.

Abs. 2 ermöglicht die vorübergehende Überstellung in eine andere Jugendarrestanstalt, eine Jugendstrafvollzugsanstalt, aber auch in eine für den Vollzug von Freiheitsstrafe vorgesehene Anstalt. Die Überstellung in eine Erwachsenenanstalt wird allerdings die Ausnahme bleiben, da Jugendliche regelmäßig nicht gefestigt genug sind, um sich im Erwachsenenvollzug zu behaupten. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Überstellung aus medizinischen Gründen erforderlich ist. Durch die Regelung wird eine Unterbringung Jugendlicher auf der Krankenstation einer Justizvollzugsanstalt ermöglicht, da die Jugendarrestanstalten aus organisatorischen Gründen keine eige-

nen Krankenabteilungen mit entsprechenden Behandlungsmöglichkeiten vorhalten können. Es ist aber vor einer solchen Überstellung stets intensiv zu prüfen, ob die Jugendlichen in der Erwachsenenanstalt ausreichend vor Beeinflussung oder Unterdrückung durch erwachsene Gefangene geschützt werden können, soweit sie dieses Schutzes bedürfen.

Abs. 3 verweist zu den Unterrichtspflichten auf die entsprechende Regelung zum Vollzug der Jugendstrafe.

Zu Art. 10

Die Vorschrift regelt in Abs. 1 Satz 1 die gemeinschaftliche Unterbringung der Jugendlichen außerhalb der Einschlusszeiten. Hierbei wird das allgemeine Bedürfnis junger Menschen nach Kontakt und Gedankenaustausch berücksichtigt. Auch finden in Freiheit Unterricht und Berufsausbildung regelmäßig gemeinsam mit anderen in der Gruppe statt. Die Jugendlichen sollen sich deshalb außerhalb ihres Arrestraums regelmäßig in Gemeinschaft befinden. So können die Jugendlichen zusammen lernen, Fehlverhalten anderer erkennen und Umgangsformen miteinander erproben. In Satz 2 wird als Ausnahme für den gemeinschaftlichen Aufenthalt die Zeit unmittelbar nach der Aufnahme in den Arrest bestimmt. Gerade am Anfang des Arrestes kann es sinnvoll sein, den Jugendlichen für eine gewisse Zeit die Möglichkeit zu geben, für sich allein über ihr Fehlverhalten nachdenken.

Abs. 2 sieht die Möglichkeit der Einschränkung des gemeinschaftlichen Aufenthalts aus Gründen der Sicherheit und Ordnung der Anstalt vor. Zudem ist dies auch möglich, wenn eine schädliche Beeinflussung der Jugendlichen zu befürchten ist. Es ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass eine solche Einschränkung nicht einer Absonderung gem. Art. 22 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 96 Abs. 2 Nr. 3 BayStVollzG gleich kommt. Dies ist nur unter den Voraussetzungen des Art. 96 Abs. 1 BayStVollzG möglich.

Zu Art. 11

Satz 1 enthält den Grundsatz der Kontrolle der Anstalt über den persönlichen Besitz der Jugendlichen, solange sie sich im Arrest befinden. Auch wird in Satz 2 die Abgabe von Gegenständen an andere Jugendliche oder Dritte von der Zustimmung der Anstalt abhängig gemacht, um Handel zwischen den Jugendlichen und das Entstehen von subkulturellen Strukturen zu verhindern. Bei einem schuldhaften Verstoß gegen die Vorschrift begehen somit nicht nur die eine Sache annehmenden, sondern auch die jeweils abgebenden Jugendlichen eine – gegebenenfalls zu sanktionierende – Pflichtverletzung. Satz 3 stellt klar, dass insbesondere Gründe der Sicherheit und Ordnung der Anstalt oder eine Gefährdung des Vollzugsziels zu einer Verweigerung der Zustimmung bzw. zu einem Widerruf führen können. So ist etwa das Einbringen von Tabak, Alkohol, Drogen oder von pornografischem

Material stets unzulässig. Aber auch private elektronische Geräte oder Schminkutensilien dürften regelmäßig aus erzieherischen Gründen abzulehnen sein. Satz 4 regelt die vorübergehende Aufbewahrung der nicht zulässigen Sachen durch die Anstalt im Rahmen der vor Ort gegebenen Möglichkeiten.

Zu Art. 12

Abs. 1 Satz 1 gestattet den Jugendlichen das Tragen eigener Kleidung. Dieses Recht kann nach Satz 2 eingeschränkt werden, soweit es zur Gewährleistung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erforderlich ist. Insbesondere hygienische Gründe können das Tragen von Anstaltskleidung erforderlich machen, z. B. wenn der regelmäßige Wäschetausch nicht gewährleistet ist. Aber auch das Tragen von Kleidungsstücken mit radikalen oder provozierenden Aufschriften kann auf diesem Wege untersagt werden.

Abs. 2 verpflichtet die Anstalt, den Jugendlichen bei Bedarf Anstaltskleidung zur Verfügung zu stellen.

Zu Art. 13

Nach Satz 1 erhalten die Jugendlichen Anstaltsverpflegung. Die Anstalt sollte möglichst die gemeinsame Einnahme von Mahlzeiten fördern und begleiten, nachdem dies dem Erlernen von sozialer Kompetenz dient. Die Vorschrift stellt über die Verweisung auf Art. 143 BayStVollzG klar, dass an eine gesunde Ernährung junger Menschen, die insbesondere zur Prävention ernährungsbedingter Erkrankungen dienen soll, besondere Anforderungen gestellt werden. Dies ist bei der Aufstellung des Speiseplans aus Fürsorgegesichtspunkten zu berücksichtigen. Eine regelmäßige Kontrolle des Verpflegungsangebots durch einen Arzt ist sicherzustellen. Bei Bedarf erhalten Jugendliche zudem auf ärztliche Anordnung besondere Verpflegung. Auch ist es den Jugendlichen zu ermöglichen, Speisevorschriften ihrer Religionsgemeinschaft zu befolgen.

Nachdem die Versorgung durch die Anstalt sichergestellt ist und angesichts der sehr begrenzten Dauer des Vollzugs wird im Unterschied zur Straf- und Untersuchungshaft im Übrigen von der Ermöglichung eines Einkaufs im Bereich des Jugendarrestes abgesehen.

Zu Art. 14

Die Jugendlichen sollen sich grundsätzlich eigenverantwortlich um ihr körperliches und geistiges Wohl sorgen. Die Anstalt fördert das Bewusstsein für gesunde Ernährung und Lebensführung, insbesondere im Hinblick auf die Gefährdung durch Infektionen, Betäubungsmittel, Tabak und Alkohol. Ihr kommt hierbei gemäß Abs. 1 Satz 1 eine unterstützende Funktion zu.

Abs. 1 Satz 2 verbietet aus Gründen des Jugendschutzes allen Jugendlichen das Rauchen auf dem

gesamten Gelände der Anstalt. Dies dient dem Zweck, einen umfassenden Schutz vor den gesundheitlichen Risiken des Rauchens zu gewährleisten. Dieses Verbot gilt auch für im Arrest befindliche Heranwachsende und Erwachsene, um die Jugendlichen vor den schädlichen Einwirkungen des Rauchens zu schützen und um das Entstehen subkultureller Abhängigkeitsverhältnisse zu verhindern.

Abs. 1 Satz 3 erlegt den Jugendlichen die Verpflichtung auf, die notwendigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene zu unterstützen.

Der Mindestaufenthalt im Freien ist für die Jugendlichen in Abs. 2 verpflichtend ausgestaltet. Dies ist aus gesundheitlichen Gründen wichtig und dient zudem einer positiven Tagesgestaltung. Insofern wird die bewährte Regelung im Bereich des Jugendstrafvollzugs in Art. 151 Abs. 4 BayStVollzG aufgegriffen. Ausnahmsweise kann von dem Mindestaufenthalt im Freien abgesehen werden, wenn die Witterung dies nicht zulassen sollte.

Abs. 3 regelt die medizinische Versorgung der Jugendlichen. Nachdem, anders als im Strafvollzug, § 16 Abs. 1 Nr. 4 des Sozialgesetzbuches (SGB) Fünftes Buch (V) beim Jugendarrest nicht greift und zu einem Ruhen des bestehenden Versicherungsschutzes führt, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass ein Großteil der Jugendlichen auch während des Arrestes im Rahmen der Familienversicherung ihrer Eltern (§ 10 SGB V) oder nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V, falls sie sich in einer Berufsausbildung befinden, krankenversichert ist. Sollte dies nicht der Fall sein, haben die Jugendlichen nach Satz 1 einen Anspruch auf Leistungen der Gesundheitsfürsorge gegenüber der Anstalt. Dieser umfasst die erforderliche gesundheitliche Betreuung, insbesondere die notwendigen Untersuchungs- und Behandlungsmaßnahmen. Es besteht aber kein Anspruch auf eine ganz bestimmte medizinische Leistung. Im Sinne des Äquivalenzprinzips richten sich Art und Umfang der Gesundheitsfürsorge unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit grundsätzlich nach dem Standard der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Dauer des Vollzugs ist dabei zu beachten. Grundsätzlich sollen nur unaufschiebbare Behandlungen während des Arrestes erfolgen. Alle anderen Behandlungen können die Jugendlichen vorher oder nachher durchführen lassen. Dies gilt insbesondere für Leistungen nach Satz 3, die auf Kosten der Staatskasse durchgeführt werden.

Nach Satz 3 können in Einzelfällen Jugendlichen, die krankenversichert sind, medizinische Leistungen nach Satz 1 gewährt werden, wenn dies aus vollzuglichen Gründen erforderlich ist. Beispielsweise kann dies gegeben sein, wenn medizinische Leistungen in und von der Anstalt selbst mit einem geringeren Aufwand für den Vollzug erbracht werden können.

Zu Art. 15

Die Bestimmung konkretisiert den in Art. 3 Abs. 2 definierten Auftrag, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Jugendlichen für die Zeit nach der Entlassung zu stärken und ihnen sozial angemessene Verhaltensweisen zu vermitteln.

Aufgrund der nur kurzen Verweildauer in der Anstalt können keine komplexen oder zeitintensiven Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden. Die Jugendlichen sollen im Vollzug aber dennoch sinnvoll beschäftigt werden. Da teilweise erhebliche Bildungsdefizite bestehen und auch die lebenspraktischen Fähigkeiten bei einer Vielzahl von Jugendlichen unzureichend ausgebildet sind, ist seitens der Anstalt ein auf diese Bedürfnisse zugeschnittenes Lern- und Beschäftigungsangebot zu unterbreiten und das Bewusstsein für die Bedeutung sozialer Kompetenzen zu fördern. Zu diesem Zweck kann es sinnvoll sein, den Jugendlichen gemäß Satz 2 sowohl Aufgaben innerhalb der Anstalt, z. B. die Mithilfe bei der Zubereitung der Mahlzeiten oder Hausarbeiten, als auch sonstige gemeinnützige Tätigkeiten zu übertragen. Ein Anspruch auf Entlohnung für die Teilnahme an diesen Maßnahmen besteht nicht.

Zu Art. 16

Bei zahlreichen Jugendlichen ist ein problematisches Freizeitverhalten festzustellen. Mangelnde Beschäftigung, Langeweile und das Fehlen einer an einem strukturierten Tagesablauf orientierten sinnstiftenden Tätigkeit führen zu Frustration sowie Aggression und begünstigen strafbare Verhaltensweisen. Freizeit im Arrestvollzug dient zwar auch der Entspannung und Erholung. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung kann dem Jugendlichen aber insbesondere die Fähigkeit vermitteln, eigene positive Neigungen und Begabungen zu entdecken. Sie bietet zudem Chancen für wichtige Lernerfahrungen und den Erwerb sozialer Kompetenzen. Gefördert werden soll nicht nur die Bildung, sondern auch die Gemeinschaftsfähigkeit und es soll die Erkenntnis vermittelt werden, dass Pflichten innerhalb des Gemeinwesens von allen zu tragen sind. Die während der Freiheitsentziehung erlernten Verhaltensmuster und die erfahrenen Angebote können auch nach der Entlassung als Anregung für den Umgang mit freier Zeit dienen. Die Möglichkeit sinnvoller Freizeitbeschäftigung ist damit für den pädagogisch ausgestalteten Jugendarrest von großer Bedeutung.

Zu denken ist insofern etwa an die Bereitstellung von Gesellschaftsspielen oder geeignetem Filmmaterial bzw. an Kurse aus den Bereichen Kunst oder Musik. Insbesondere gehört hierzu aber ein ausreichender Zugang zu Büchern. Abs. 1 Satz 3 bestimmt daher, dass die Jugendlichen Gelegenheit haben sollen, eine Bücherei zu benutzen. Die Bücherei sollte vorwiegend altersgemäße Angebote – möglichst auch in gängigen Fremdsprachen – zur Unterhaltung und Allgemeinbildung sowie Zeitungen oder Zeitschriften bereithalten.

Auch eigene Bücher können, soweit geeignet, mitgebracht werden. In die Durchführung der Freizeitangebote kann die Anstalt auch (ggf. ehrenamtlich tätige) externe Personen, z. B. aus dem Bereich der (Fachhoch-)Schulen, Kirchengemeinden oder aus Sportvereinen, einbeziehen.

Nach Abs. 1 Satz 4 hat die Anstalt die Aufgabe, die Jugendlichen zur Teilnahme und Mitwirkung an Maßnahmen der Freizeitgestaltung zu motivieren und anzuleiten, da diese oftmals wenig Antrieb und keine Vorstellungen von einer sinnvollen Freizeitgestaltung haben.

Abs. 2 dient – wie auch das Bereitstellen von Lesematerial nach Abs. 1 Satz 3 – der Verwirklichung des Grundrechts auf Informationsfreiheit im Arrest. Den Jugendlichen ist der Zugang zum Rundfunk grundsätzlich zu ermöglichen. Art und Weise des Rundfunkempfangs hängen allerdings von den Verhältnissen in der einzelnen Anstalt ab. Um einem inneren Rückzug und der Vereinzelung entgegenzuwirken, sollen die Arresträume selbst nicht mit Fernsehgeräten ausgestattet werden. Fernsehen kann jedoch als Gemeinschaftsveranstaltung angeboten werden, denn als gemeinschaftsförderndes Gestaltungselement ist auch Fernsehkonsum durchaus sinnvoll. Beispielsweise können Verständigungsprozesse über die Programmauswahl, das gemeinsame Erleben von Sportübertragungen und der Konsum von pädagogisch anspruchsvollen Filmen mit anschließender Diskussion ein gemeinschaftsförderndes Erlebnis sein.

Auch sind eigene Geräte der Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungselektronik nicht zugelassen, da sich die Jugendlichen während der Freizeit nicht in eine virtuelle Welt zurückziehen sollen. Die Jugendlichen sollen sich während ihrer kurzen Verweildauer im Arrestvollzug nicht ständig ablenken, sondern die Zeit insbesondere zum Nachdenken über ihre Situation und ihr künftiges Leben nutzen.

Zu Art. 17

Die Vorschrift hebt die besondere Bedeutung des Sports für die Jugendlichen hervor. Durch Sport können möglich negative Folgen der Freiheitsentziehung vermieden werden. Bewegungsmangel und Stress mit ihren psychosozialen Auswirkungen und Spannungszuständen wird hierdurch entgegengewirkt. Der sportlichen Betätigung kommt wegen der physischen und psychischen Besonderheiten bei jungen Menschen eine wichtige Bedeutung zu. Zudem fördert Sport die Kommunikation zwischen Jugendlichen, auch wenn sie vielleicht nicht dieselbe Sprache sprechen. Er vermittelt die Einsicht in die Notwendigkeit von Regeln, den Umgang mit Erfolg und Misserfolg und fördert die Teamfähigkeit. Positive Erfahrungen im Sport vermitteln Selbstvertrauen. Sport dient darüber hinaus nicht nur der körperlichen Auslastung, sondern fördert auch ein gewaltreduziertes Klima in der Anstalt. Um dem hohen Wert sportlicher Betätigung gerecht zu werden,

sind von der Anstalt im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten entsprechende Betätigungsmöglichkeiten anzubieten.

Zu Art. 18

Auch während des Arrestes sollen soziale Kontakte aufrechterhalten und familiäre Beziehungen gestärkt werden. Dem dient der Rechtsanspruch, Schreiben abzuschicken und zu empfangen (Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 31 Abs. 1 BayStVollzG). Viele Jugendliche sind es inzwischen nicht mehr gewöhnt, Briefe zu schreiben; gelegentlich ist gar die Fähigkeit abhandengekommen, einen Briefumschlag richtig zu beschriften. Damit einher geht die zunehmende Unfähigkeit, sich schriftlich zu äußern und Anliegen und Befindlichkeiten schriftlich zu formulieren. Insoweit dient die grundsätzlich unbeschränkte Zulassung des Schriftverkehrs gerade auch dem (Wieder-)Erlernen dieser Fähigkeiten. Zu diesem Zweck soll gemäß Abs. 1 Satz 1 der Schriftverkehr von der Anstalt gefördert und gem. Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 31 Abs. 3 Satz 2 BayStVollzG bei bedürftigen Jugendlichen auch finanziell unterstützt werden.

Gemäß Abs. 1 Satz 2 wird über eine Verweisung auf die entsprechend anzuwendenden bewährten Regelungen im BayStVollzG die Abwicklung, Überwachung und, falls notwendig, die Anhaltung von Schreiben sowie Untersagung des Schriftverkehrs der Jugendlichen normiert. Die Anstalt muss auch im Bereich des Jugendarrestes die Möglichkeit haben, Gefahren für die Sicherheit und Ordnung der Anstalt und von Dritten ausgehende schädliche Einflüsse durch die Unterbindung des Schriftverkehrs mit bestimmten Personen abzuwehren. Dazu ist es erforderlich, dass der Schriftverkehr in bestimmtem Umfang überwacht werden kann. Bei Anwendung der Vorschriften tritt der Vollzugsleiter oder die Vollzugsleiterin an die Stelle des Anstaltsleiters oder der Anstaltsleiterin.

Die Anstalt kann über den ebenfalls entsprechend anwendbaren Art. 144 Abs. 6 BayStVollzG zudem den Schriftwechsel bei Minderjährigen untersagen, soweit die Personensorgeberechtigten aus nachvollziehbaren Gründen damit nicht einverstanden sind. Allerdings wird die Anstalt bei der Ermessensausübung auch die Stimme des Jugendlichen zu berücksichtigen haben.

Die Versendung und der Empfang von Paketen wird in Abs. 3 grundsätzlich untersagt, da dies mit Blick auf die nur kurze Verweildauer der Jugendlichen in der Anstalt zur Pflege von sozialen Bindungen und zur Vermeidung von schädlichen Folgen der Freiheitsentziehung nicht erforderlich ist. Auch wäre der zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Anstalt und aus erzieherischen Gründen notwendige Kontrollaufwand bei einer generellen Zulassung erheblich. Der Paketempfang kann jedoch gemäß Abs. 3 Satz 1 in begründeten Ausnahmefällen und durch vorherige Einwilligung der Anstalt gestattet wer-

den. Zu denken ist insbesondere an den praxisrelevanten Fall, dass Jugendliche von Personensorgeberechtigten Kleidung in die Anstalt geschickt bekommen, um einen regelmäßigen Wäschetausch zu ermöglichen. Satz 2 nimmt hiervon wiederum Gegenstände, welche die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährden können, sowie Nahrungs- und Genussmittel aus, vgl. die bewährte Regelung in Art. 36 Abs. 1 Satz 2 und 3 BayStVollzG. Zur konkreten Abwicklung des Paketempfangs wird auf die bewährte Regelung des Art. 36 Abs. 2 BayStVollzG verwiesen.

Zu Art. 19

Mit Ausnahme des in Abs. 3 genannten Personenkreises sind Besuche und Telefongespräche durch die Anstalt nur ausnahmsweise unter den in Abs. 1 genannten Voraussetzungen zu gestatten.

Die Grundsatzentscheidung, Besuche nur ausnahmsweise zuzulassen, beruht auf den folgenden Überlegungen: Nachdem schädliche soziale Kontakte nicht förderungswürdig sind und die Jugendlichen nicht selten aus zerrütteten Familienverhältnissen kommen oder in fragwürdigen Freundeskreisen verkehren, sollen sie in die Lage versetzt werden, im Arrest zumindest für eine kurze Zeit hiervon Abstand zu gewinnen sowie Kritikfähigkeit und die Fähigkeit zur Selbstreflexion zu entwickeln. Dies wäre kaum möglich, wenn Besuche und Telefonate unbeschränkt, womöglich ab dem ersten Tag im Arrest, zugelassen würden. Auch lässt die kurze Verweildauer in der Anstalt eine Beeinträchtigung bestehender sozialer Kontakte regelmäßig nicht befürchten. Darüber hinaus ist durch die in Art. 19 Abs. 1 vorgesehene Möglichkeit, grundsätzlich unbegrenzt Schreiben zu empfangen und abzusenden, eine Kommunikation mit Personen außerhalb der Anstalt in ausreichendem Umfang möglich. Zudem kann durch die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, Ausnahmen zuzulassen – z. B. bei dringenden Familienangelegenheiten, die keinen Aufschub bis zur Entlassung dulden – den Bedürfnissen der Jugendlichen im konkreten Einzelfall hinreichend Rechnung getragen werden.

Die Vorschrift begründet keinen Rechtsanspruch auf einen konkreten Besuch oder ein konkretes Telefonat, sondern lediglich einen Anspruch auf eine fehlerfreie Ermessensausübung.

Ein erster Telefonanruf nach Arrestantritt wird in der Regel bei Jugendlichen, die sich nicht zum Arrest gestellt haben, zuzulassen sein (vgl. Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 2013/48/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2013 über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs).

Abs. 2 dient der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in der Anstalt und soll sicherstellen, dass die Außenkontakte der Jugendlichen nicht das Erreichen der Vollzugsziele erschwert. Nachdem Besuche das Vollzugsziel fördern sollen, kann es sich empfehlen, vor Durchführung des Besuchs ein Gespräch mit den Jugendlichen und dem Besucher oder der Besucherin darüber zu führen, wie sie sich bei dem Besuch zu verhalten haben. Bezüglich der genauen Modalitäten wird im Übrigen weitgehend auf die bewährten Regelungen des BayStVollzG Bezug genommen, vgl. Satz 2. Satz 3 stellt sicher, dass die Beeinträchtigung der Besucher auf das notwendige Maß beschränkt wird.

Hintergrund für die weit gefasste Privilegierung der in Abs. 3 genannten Berufsgruppen ist der insofern bestehende besondere Vertrauensschutz dieser Berufsgeheimnisträger.

Zu Art. 20

Die lediglich kurze Dauer des Arrestes macht es erforderlich, dass sich die Jugendlichen grundsätzlich durchgehend in der Anstalt aufhalten, um an den dort angebotenen Maßnahmen teilzunehmen. Art. 20 ermöglicht aber ausnahmsweise ein vorübergehendes Verlassen der Anstalt, um im Einzelfall Angelegenheiten zu besorgen, die nur außerhalb des Arrestes erledigt werden können. Die Vorschrift begründet keinen Rechtsanspruch der Jugendlichen, sondern gibt lediglich einen Anspruch auf eine fehlerfreie Ermessensausübung, wobei u. a. die Bedeutung des Aufenthalts außerhalb der Anstalt wie auch der möglicherweise für die Anstalt entstehende Personalaufwand zu berücksichtigen ist.

In Betracht kommen nach Abs. 1 insbesondere der erzieherischen Vollzugsgestaltung dienende Maßnahmen wie etwa die Teilnahme an externen schulischen und beruflichen Maßnahmen, Freizeit-, Sport oder Beratungsangeboten. Nachdem die Aufzählung nicht abschließend ist, können aber auch andere, dem Vollzugsziel dienende Gründe einen Aufenthalt außerhalb der Anstalt erforderlich machen. Zu denken ist etwa an die Wahrnehmung eines Vorstellungsgesprächs bei einem potenziellen Arbeitgeber.

Abs. 2 nennt darüber hinaus beispielhaft wichtige Anlässe für Aufenthalte außerhalb der Anstalt, die nicht dem Vollzugsziel dienen müssen. Hierbei handelt es sich um Angelegenheiten von besonderer Bedeutung für den Jugendlichen, die in der Anstalt nicht erledigt werden können.

Es darf jedoch keine Flucht- oder Missbrauchsgefahr im Rahmen der Aufenthalte außerhalb der Anstalt zu befürchten sein. Abs. 3 ermöglicht es, für die Aufenthalte außerhalb der Anstalt die nach den Umständen des Einzelfalls erforderlichen Weisungen zu erteilen, insbesondere um etwaige Risiken gegebenenfalls auf ein vertretbares Maß reduzieren zu können. Die Weisungen müssen dem Zweck der Maßnahme Rech-

nung tragen. Um der Begehung von neuen Straftaten oder einer Nichtrückkehr in die Anstalt entgegenzuwirken, kann die Begleitung durch von der Anstalt zugelassene (auch externe) Begleitpersonen oder die unmittelbare Beaufsichtigung der Jugendlichen durch Vollzugsbedienstete angeordnet werden.

Zu Art. 21

Die Vorschrift trägt der Bedeutung des Grundrechts aus Art. 4 GG Rechnung, indem auf die bewährten Regelungen der Art. 55 bis 57 BayStVollzG verwiesen wird.

Zu Art. 22

Abs. 1 enthält Regelungen, die das geordnete, zivilisierte und menschenwürdige Zusammenleben der Jugendlichen im Vollzug sicherstellen und fördern sollen. Die Sicherheit und Ordnung muss zum einen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Anstalt gewährleistet sein. Zum anderen ist dies erforderlich, um die Jugendlichen in einem gewaltfreien Klima mit erzieherischen Mitteln zu erreichen. Die Jugendlichen sind deshalb insbesondere durch geeignete Maßnahmen umfassend vor Übergriffen durch andere Jugendliche zu schützen. Um der erzieherischen Ausgestaltung des Vollzugs Rechnung zu tragen, sollte dabei ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung der sozialen Sicherheit der Anstalt gelegt werden, ohne die notwendigen Vorkehrungen zur baulichen und technischen Sicherheit außer Acht zu lassen.

Abs. 1 Satz 2 verdeutlicht die Mitverantwortung der Jugendlichen für das geordnete Zusammenleben in der Anstalt und stellt klar, dass dieses von ihrem eigenen Verhalten abhängt und nicht allein durch die Bediensteten hergestellt werden kann. Das Bewusstsein der Jugendlichen hierfür ist zu wecken und zu fördern (Satz 3).

Abs. 2 erklärt folgende Regelungen der Kapitel 12 und 13 des BayStVollzG über Sicherheit und Ordnung sowie den unmittelbaren Zwang für entsprechend anwendbar:

- Art. 87 Abs. 2 und Art. 88 über die Pflichten und Beschränkungen sowie die Verhaltensvorschriften
- Art. 91 über die Durchsuchung
- Art. 93 über erkennungsdienstliche Maßnahmen:

Erkennungsdienstliche Maßnahmen können auch im Bereich des Jugendarrestes erforderlich sein. Beispielsweise muss im Rahmen einer Überstellung nach Art. 10 Abs. 2 eine Identifizierung der Jugendlichen möglich sein, damit sie im Zweifel von den in der aufnehmenden Anstalt inhaftierten Personen sicher unterschieden werden können.

- Art. 94 BayStVollzG über Maßnahmen zur Feststellung von Suchtmittelkonsum:

Alkohol- oder Drogenkonsum ist nicht nur ein schwerer Verstoß gegen die Anstaltsordnung, sondern in vielen Fällen auch ein Anzeichen für einen generell problematischen Umgang mit Alkohol oder einen behandlungsbedürftigen Betäubungsmittelmissbrauch bzw. eine Betäubungsmittelabhängigkeit. Ein positiver Drogentest kann daher auch für die Festlegung des jeweiligen Förderbedarfs relevant sein.

- Art. 96 und 98 bis 100 über besondere Sicherungsmaßnahmen:

Bei den regelmäßig besonders belastenden Sicherungsmaßnahmen nach Art. 96 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 BayStVollzG (Absonderung, Unterbringung im besonders gesicherten Arrestraum und Fesselung) hat die Anstalt gemäß Abs. 2 Nr. 2 dafür Sorge zu tragen, dass eine besonders intensive Betreuung gewährleistet ist, um negative Auswirkungen der Maßnahmen auf den Zustand der Jugendlichen abzumildern oder möglichst ganz zu vermeiden. Hiermit wird der bereits in Art. 96 Abs. 3 BayStVollzG verankerte Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nochmals mit Blick auf die besonderen Verhältnisse des Jugendarrestvollzugs besonders zum Ausdruck gebracht.

- Art. 101 bis 106 und 107 Abs. 2 über den unmittelbaren Zwang und den Schusswaffengebrauch:

Abs. 2 Nr. 3 verbietet den Einsatz von Schusswaffen gegen Jugendliche im Vollzug des Jugendarrestes. Im Hinblick auf die bei den Jugendarrestanstalten fast immer vorhandene unmittelbare räumliche Nähe zu Justizvollzugsanstalten wird der Schusswaffengebrauch gegenüber Dritten dagegen nicht von vornherein ausgeschlossen, da oftmals nicht zu differenzieren sein wird, ob sich ein Angriff von außen gegen die Justizvollzugsanstalt oder die Jugendarrestanstalt richtet. Durch die Verweisung auf die bewährten Regelungen in den Art. 106 und 107 Abs. 2 BayStVollzG bleibt es aber dabei, dass dies nur unter sehr engen Voraussetzungen in Betracht kommt.

Bei Anwendung der Art. 91 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3, 94 Abs. 1 Satz 1, Art. 98 Satz 2, Art. 99 Satz 1 und 3 BayStVollzG tritt der Vollzugsleiter oder die Vollzugsleiterin an die Stelle des Anstaltsleiters oder der Anstaltsleiterin.

Zu Art. 23

Dem Umgang mit im Arrest begangenen Verfehlungen der Jugendlichen kommt eine besondere Bedeutung zu. Eine angemessene Reaktion auf solche Vorkommnisse ist zum einen zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Sicherheit und des geordneten Zusammenlebens in der Anstalt erforderlich. Gleichzeitig ist sie ein wichtiges Element der erzieherischen Gestaltung des Vollzugs und dient damit der Erreichung des Vollzugsziels. Den Jugendlichen soll im Hinblick auf

den in Art. 3 Abs. 1 formulierten Grundsatz ihr Fehlverhalten, welches vielfach auch Ursache für die Delinquenz in ihrem Alltag ist, deutlich bewusst gemacht werden. Die Bestimmung trägt daher mit einem mehrstufigen System zur Aufarbeitung von Konflikten und Grenzen setzender Reaktion auf Verfehlungen einem zeitgemäßen Verständnis von Konfliktregelung Rechnung.

Nach Abs. 1 sollen Konflikte zunächst dadurch gelöst werden, dass auf schuldhafte, d. h. vorsätzliche oder fahrlässige Verfehlungen der Jugendlichen unmittelbar durch ein erzieherisches Gespräch reagiert wird. Mit den Jugendlichen sind möglichst die Ursachen für das Fehlverhalten zu klären sowie die von diesem ausgehenden Folgen zu verdeutlichen. Den Jugendlichen soll bei Pflichtverstößen nicht die Gelegenheit gegeben werden, sich zurückzuziehen und sich dadurch der Auseinandersetzung mit ihrem Fehlverhalten zu entziehen. Mit der unverzüglichen und intensiven Gesprächsintervention durch die Bediensteten werden die Jugendlichen dazu angehalten, sich aktiv mit den Pflichtverletzungen und den ihnen zugrunde liegenden Defiziten sowie den Problem- und Konfliktlagen auseinanderzusetzen. In ihnen soll das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Einhaltung von Regeln für ein sozialverträgliches Zusammenleben und die damit notwendigerweise verbundenen Selbstbeschränkungen geweckt werden. Eine Aufarbeitung im Gesprächswege kann jedoch lediglich versucht und nicht erzwungen werden. Bei uneinsichtigen Jugendlichen oder auch bei besonders gravierenden Verfehlungen werden deshalb regelmäßig Maßnahmen nach Abs. 2 erforderlich sein.

Ist das erzieherische Gespräch nicht ausreichend, um den Jugendlichen ihr Fehlverhalten bewusst zu machen, können nach Abs. 2 weitere Maßnahmen angeordnet werden. Zu den Auflagen und Weisungen nach Satz 1 Nr. 1 kann es beispielsweise gehören, dass dem Jugendlichen aufgegeben wird, sich um einen Ausgleich mit Mitarrestanten oder Bediensteten zu bemühen, die Opfer der Verfehlung geworden sind. Die Aufzählung der gemäß Abs. 2 Satz 1 in Betracht kommenden Maßnahmen ist nicht abschließend, dürfte aber den regelmäßig in Betracht zu ziehenden Sanktionskatalog darstellen. Diese erzieherischen Maßnahmen sind auch dann zulässig, wenn wegen derselben Verfehlung ein Straf- oder Bußgeldverfahren eingeleitet wird. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit und im Hinblick auf die kurze Dauer des Arrestes ist bei den erzieherischen Maßnahmen nach den Nrn. 3 und 4, die regelmäßig besonders stark in die Rechte der Jugendlichen eingreifen, jeweils eine Höchstdauer von drei Tagen vorgesehen. Damit soll zudem verhindert werden, dass sich die Jugendlichen der erzieherischen Vollzugsgestaltung dauerhaft entziehen können. Abs. 2 Satz 2 stellt weiter klar, dass die Sanktionsform des Verbleibs im Arrestraum als ultima ratio nur dann gewählt werden sollte, wenn eine besonders gravierende Verfehlung vorliegt oder wiederholte Ver-

fehlungen eines Jugendlichen festzustellen sind und mildere Sanktionen daher nicht ausreichen. Abs. 2 Satz 3 bringt zum Ausdruck, dass Reaktionen auf Verfehlungen erfahrungsgemäß besonders dann eine Wirkung bei Jugendlichen zeigen und von diesen verstanden werden, wenn diese zeitnah erfolgen und ein inhaltlicher Zusammenhang, beispielsweise im Rahmen einer Schadenswiedergutmachung, zwischen Verfehlung und Sanktion besteht.

Da die in Abs. 2 vorgesehenen Maßnahmen eine belastende Wirkung haben, sind in Abs. 3 Mindestgarantien für ein rechtsstaatliches Verfahren vorgesehen. Bei einer Delegation der Anordnungsbefugnis nach Abs. 3 Satz 1 durch die Vollzugsleitung sollte auf die die erzieherische Befähigung der Bediensteten, die Reaktionen auf Verfehlungen aussprechen dürfen, besonders geachtet werden.

Abs. 4 Satz 1 sieht in geeigneten Fällen vor, dass eine einvernehmliche Streitbeilegung erzieherische Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 ersetzen kann. Dies kommt insbesondere bei Konflikten zwischen einzelnen Jugendlichen in Betracht, wobei bei schwereren Verfehlungen sorgfältig zu prüfen ist, ob erzieherische Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 tatsächlich entbehrlich sind. Durch die aktive Mitwirkung der Jugendlichen an der Aufarbeitung ihres Fehlverhaltens und der ausgleichenden Lösung von Konflikten lassen sich vielfältige positive Auswirkungen erzielen. Auch kann das geordnete Zusammenleben in der Anstalt hierdurch leichter wiederhergestellt werden. Vereinbarungen nach Abs. 4 Satz 2 können beispielsweise die Verpflichtung zur Schadenswiedergutmachung, zur Entschuldigung bei Geschädigten oder zur Erbringung von gemeinnützigen Leistungen enthalten. Erfüllen die Jugendlichen die Vereinbarung, so ist gemäß Abs. 4 Satz 3 von Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 abzusehen.

Zu Art. 24

Abs. 1 stellt klar, dass die Anstalt auch im Bereich des Jugendarrestvollzugs im Rahmen des Möglichen für ein gelingendes Übergangsmanagement Sorge zu tragen hat. Es ist von entscheidender Bedeutung für die künftige Straffreiheit der Jugendlichen, dass eventuell erforderliche nachsorgende Maßnahmen möglichst nahtlos nach dem Arrestende beginnen können. Insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, den Trägern der freien Jugendhilfe und gegebenenfalls der Bewährungshilfe berät die Anstalt deshalb die Jugendlichen dahingehend. Zudem ist das Bewusstsein der Jugendlichen für die Notwendigkeit solcher Maßnahmen zu entwickeln und zu stärken. Neben den explizit genannten Einrichtungen kann sich im Einzelfall auch der Bedarf zur Zusammenarbeit mit anderen Stellen wie Schulen oder Arbeitsagenturen bzw. Jugendberufsagenturen ergeben. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass – trotz aller Bemühungen der Anstalten – aufgrund der Kürze des Arrestes

die Möglichkeiten zur Organisation eines umfassenden Übergangsmanagements oftmals begrenzt sein werden.

Die Entscheidung über ein Absehen von der Restvollstreckung des Arrestes trifft der Vollstreckungsleiter nach § 87 Abs. 3 Satz 1 JGG. Die Anstalt kann und wird regelmäßig in geeigneten Fällen eine solche Entscheidung anregen. Dies kommt insbesondere dann in Betracht, wenn sich die Jugendlichen selbst gestellt und pünktlich den Arrest angetreten haben, sich regelkonform verhalten und an den erzieherischen Maßnahmen mitwirken. In diesen Fällen kann es nahe liegen, dass der Zweck des Arrestvollzugs bereits vor Ablauf der Arrestzeit erfüllt wurde. Den Jugendlichen wird durch diese Möglichkeit im Übrigen signalisiert, dass nicht nur Fehlverhalten sanktioniert wird, sondern sich umgekehrt auch positives Verhalten lohnt.

Abs. 2 gibt der Anstalt die Möglichkeit, den Entlassungszeitpunkt so festzusetzen, dass die Jugendlichen nicht zu einer ungünstigen Tageszeit entlassen werden bzw. schulische oder berufliche Nachteile erleiden. Im Einzelfall kann dies in einem Flächenstaat wie Bayern eine Entlassung bereits am Vortag des eigentlichen Ablaufs der Arrestzeit erforderlich machen.

Nach Abs. 3 kann bedürftigen Jugendlichen eine Entlassungsbeihilfe in Form eines Reisekostenzuschusses oder einer sonstigen Unterstützung (z. B. angemessene Kleidung oder Verpflegung) gewährt werden. Hierdurch soll vermieden werden, dass aufgrund fehlender Mittel unmittelbar nach der Entlassung erneut Straftaten wie etwa Leistungerschleichungen oder Diebstähle begangen werden. Die Anstalt sollte jedoch darauf hinwirken, dass von den Jugendlichen vorrangig Hilfen der Jugendämter oder der Sozialbehörden im Rahmen von deren gesetzlichen Verpflichtungen in Anspruch genommen werden.

Zu Art. 25

Die Anstalt hat zum Ende des Vollzugs einen Schlussbericht zu erstellen und diesen mit den Jugendlichen im Rahmen eines Entlassungsgesprächs zu erörtern.

Die über die Jugendlichen zusammengetragenen Erkenntnisse sollen in komprimierter Form den weiter mit den Jugendlichen befassten Stellen zur Verfügung gestellt werden können, um möglichst eine nahtlose Fortsetzung der für erforderlich gehaltenen Hilfen zu gewährleisten. Abs. 1 legt deshalb die inhaltlichen Mindestanforderungen an den Schlussbericht fest. Insbesondere sind Aussagen über den Vollzugsverlauf, zur Persönlichkeit und zu den gegenwärtigen Lebensumständen der Jugendlichen, zu ihrer Mitwirkung an der Erreichung des Vollzugsziels und zum weiteren Hilfebedarf zu treffen sowie gegebenenfalls Vorschläge zu Auflagen und Weisungen im Falle einer Bewährungsunterstellung zu unterbreiten.

Abs. 2 sieht vor, dass der Inhalt des Schlussberichts den Jugendlichen in einem Entlassungsgespräch zu

erläutern ist. Dieses Gespräch soll möglichst die bei und nach der Aufnahme (vgl. Art. 6 Abs. 1 Satz 1, Art. 7 Abs. 1 Satz 1) angesprochenen Themen aufgreifen und den Jugendlichen verdeutlichen, ob und inwieweit sie das Vollzugsziel erreicht haben und welchen weiteren Hilfebedarf die Anstalt sieht. Diese Rückmeldung ist eine wesentliche Maßnahme zur Erziehung der Jugendlichen. Sie soll von Klarheit und Offenheit geprägt sein. Die Anstalt soll sich genügend Zeit für das Gespräch nehmen und den Jugendlichen gegebenenfalls eindringlich die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen vor Augen führen.

Abs. 3 Satz 1 schreibt vor, den Schlussbericht zu den Vollzugsakten zu nehmen. Nach Satz 2 erhalten auch die Vollstreckungsleitung (für die Strafsachen), die Jugendgerichtshilfe und im Falle einer Bewährungsaufsicht die Bewährungshilfe eine Ausfertigung des Berichts. Die Jugendlichen und die Personensorgeberechtigten können auf Verlangen ebenfalls eine Abschrift verlangen, sofern hierdurch nicht erhebliche erzieherische Nachteile drohen. Insofern wird, wie bereits bei Art. 7 Abs. 2 Satz 4, der Rechtsgedanke des § 51 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 JGG aufgegriffen. Bei der Entscheidung über die Aushändigung des Erziehungsplans an die Personensorgeberechtigten sollte auch berücksichtigt werden, ob der oder die Jugendliche mit der Weiterleitung einverstanden ist.

Die Möglichkeit zur Information sonstiger Dritter, z. B. freien Trägern der Jugendhilfe, über den Vollzugsverlauf richtet sich nach den allgemeinen datenschutzrechtlichen Regelungen.

Zu Art. 26

Art. 26 regelt das Beschwerderecht und dient dem Ziel, gerichtliche Auseinandersetzung nach § 92 JGG zu vermeiden, wobei diese Möglichkeit durch die gegenständliche Regelung nicht berührt wird. Durch den modifizierten Verweis auf Art. 115 BayStVollzG erhalten die Jugendlichen das Recht, sich mit Wünschen, Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, je nach betroffenem Problemkreis an die Anstalts- oder die Vollzugsleitung zu wenden. Sie können dies jederzeit schriftlich tun; hinsichtlich einer mündlichen Aussprache müssen sie sich auf die Zeiten der Anwesenheit des Anstaltsleiters oder der Anstaltsleiterin bzw. des Vollzugsleiters oder der Vollzugsleiterin in der Anstalt verweisen lassen. Die Möglichkeit des persönlichen Gesprächs ist für die Anstaltsatmosphäre und damit für die soziale Sicherheit zwar von großer Bedeutung. Die verpflichtende Einrichtung einer regelmäßigen Sprechstunde ist aber nicht zwingend. Die organisatorische Umsetzung bleibt den Anstalten überlassen.

Auf die Einrichtung einer eigenen Interessenvertretung im Sinne des Art. 158 BayStVollzG wird mit Blick auf die kurze Verweildauer der Jugendlichen und die große Fluktuation verzichtet. Die Jugendlichen haben aber die Möglichkeit, sich in Angelegenheiten, die von

gemeinsamem Interesse sind und sie somit auch zumindest ein Stück weit selbst betreffen, an die Anstalts- oder Vollzugsleitung zu wenden.

Zu Teil 3

Zu Art. 27

Abs. 1 ersetzt im Zusammenspiel mit Art. 1 Abs. 1 § 90 Abs. 2 JGG, demzufolge der Jugendarrest in Jugendarrestanstalten oder Freizeitarresträumen der Landesjustizverwaltung vollzogen wird. Durch die Regelung in Satz 1 wird klargestellt, dass der Jugendarrest auch künftig grundsätzlich getrennt vom übrigen Justizvollzug zu vollziehen ist. Eine Verlegung in eine Anstalt des Erwachsenenvollzugs wird nur in wenigen Ausnahmefällen, insbesondere im Rahmen der medizinischen Versorgung der Gefangenen, in Betracht kommen, vgl. Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Art. 9 Abs. 2.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass es keine Verflechtungen mit dem übrigen Justizvollzug geben darf: Derzeit sind alle bayerischen Jugendarrestanstalten organisatorisch an eine Justizvollzugsanstalt angegliedert. Hierfür sprechen gute Gründe, da die bestehenden Jugendarrestanstalten aufgrund ihrer Größe zu meist in erheblichem Umfang Unterstützung durch die regelmäßig deutlich größeren und entsprechend leistungsfähigeren Justizvollzugsanstalten benötigen; beispielsweise bei der Bau-, Wirtschafts- und Personalverwaltung. Eine Konzentration auf eine oder wenige selbstständige und damit größere Jugendarrestanstalten würde im Flächenstaat Bayern zu erheblichen negativen Auswirkungen führen. Insbesondere wären von den Jugendlichen teils enorm lange Fahrzeiten in Kauf zu nehmen, was gerade bei kurzer Arrestdauer wenig praktikabel wäre. Um auf neue Entwicklungen reagieren zu können, schließt es das Gesetz jedoch nicht aus, dass künftig (wieder) einzelne oder alle Jugendarrestanstalten vom Staatsministerium der Justiz selbstständig organisiert werden, wie dies beispielsweise bis zur vorübergehenden Schließung im Juli 2008 bei der Jugendarrestanstalt Landau an der Isar der Fall war.

An der Festsetzung der Belegungsfähigkeit gemäß Abs. 2 orientiert sich maßgeblich die Ausstattung der Anstalten mit den für das Erreichen des Vollzugsziels und der sonstigen vollzuglichen Aufgaben erforderlichen Personal- und Sachmitteln.

Abs. 3 sieht ergänzend zu Abs. 2 vor, dass in den Anstalten auch die für den erfolgreichen Vollzug des Jugendarrestes notwendigen baulichen Voraussetzungen zu schaffen sind.

Zu Art. 28

Die Vorschrift regelt die Befugnisse der Anstaltsleitung und der Vollzugsleitung sowie deren Beauftragung beziehungsweise Bestellung durch die Aufsichtsbehörde.

Entsprechend der Regelung in Art. 177 Abs. 1 BaySt-VollzG ist angesichts der vielfältigen und verantwortlichen Aufgaben nach Abs. 1 für jede Anstalt ein Beamter oder eine Beamtin der 4. Qualifikationsebene (ab der Besoldungsgruppe A 14) hauptamtlich mit der Leitung zu beauftragen (Anstaltsleitung). In der Regel wird dies der Leiter oder die Leiterin der Justizvollzugsanstalt sein, mit der die Jugendarrestanstalt organisatorisch verbunden ist. Die Befähigung zum Richteramt ist nicht erforderlich, so dass beispielsweise auch Psychologen zu Leitern bestellt werden können. Aus besonderen Gründen kann eine Anstalt nach Art. 177 Abs. 1 Satz 2 auch von einem Beamten oder einer Beamtin der dritten Qualifikationsebene geleitet werden. Gemäß der Maßgabe in Abs. 1 Nr. 1 ist es grundsätzlich ebenfalls möglich, die Gesamtverantwortung für die Anstalt einem Jugendrichter oder einer Jugendrichterin des für den Ort der Anstalt zuständigen Amtsgerichts zu übertragen. Art. 14 Abs. 1 des Bayerischen Richtergesetzes sieht diese Möglichkeit ausdrücklich vor. In Betracht kommen wird dies insbesondere bei selbstständig organisierten Jugendarrestanstalten, die es allerdings derzeit in Bayern nicht gibt. In aller Regel wird es in diesen Fällen sinnvoll sein, dass der oder die für die Vollzugsleitung zuständige Richter bzw. Richterin in Personalunion sowohl den Arrestvollzug als auch die Anstalt leitet.

Die Anstaltsleitung verantwortet entsprechend Art. 177 Abs. 2 Satz 2 den Vollzug, sofern nicht bestimmte Aufgabenbereiche anderen Personen, insbesondere gemäß Abs. 3 der Vollzugsleitung, der die Zuständigkeit für die inhaltliche Ausgestaltung des Vollzugs zufällt, übertragen wurden. Die Anstaltsleitung übt insbesondere die Funktion des Dienstvorgesetzten in Bezug auf die Personalverhältnisse der Beamten und Tarifbeschäftigten aus und verantwortet die Anstalt betreffende Bau-, Wirtschafts- und Haushaltsangelegenheiten. Nur in diesem Umfang vertritt die Anstaltsleitung die Anstalt auch nach außen (Abs. 1 Nr. 2 Halbsatz 2).

Abs. 2 ersetzt § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG, der den Jugendrichter am Ort des Vollzugs zum Vollzugsleiter bestimmt. Dieser ist nach § 85 Abs. 1 JGG zugleich Vollstreckungsleiter und hat damit auch die Kompetenz nach § 87 Abs. 3 JGG, unter bestimmten Voraussetzungen vom Vollzug des Jugendarrestes abzusehen.

§ 37 JGG ist bei der Auswahlentscheidung, die von der Aufsichtsbehörde regelmäßig in enger Abstimmung mit dem zuständigen Gericht vorgenommen wird, zu beachten. Es ist daher auf die erzieherische Befähigung und Erfahrung in der Jugendberichterstattung zu achten. Satz 2 sieht die Möglichkeit vor, dass die Aufsichtsbehörde auch einen Beamten oder eine Beamtin der 4. Qualifikationsebene (ab der Besoldungsgruppe A 14) mit der Vollzugsleitung betrauen kann. Entsprechend Art. 177 Abs. 1 Satz 2 kann dies aus besonderen Gründen auch ein Beamter oder eine Beamtin der 3. Qualifikationsebene (ab der Besoldungsgruppe

A 10) sein. Durch die in Abs. 2 Satz 2 vorgesehene und von der bisherigen Regelung abweichende Möglichkeit, auch Beamte mit der Vollzugsleitung zu betrauen, macht Bayern von der Gesetzgebungskompetenz Gebrauch, die den Ländern seit der Föderalismusreform zusteht und die auch die Regelung des § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG umfasst. Die Aufsichtsbehörde hat somit einen Handlungsspielraum, um den örtlichen und personellen Gegebenheiten im jeweiligen Einzelfall bestmöglich Rechnung tragen zu können. Bei der Auswahl des Beamten oder der Beamtin sind die Anforderungen des Art. 29 Satz 1 zu beachten.

Bestellt die Aufsichtsbehörde die Vollzugsleitung gemäß Abs. 2 Satz 2, so obliegt die Vollstreckungsleitung nicht zugleich der Vollzugsleitung. Letztere hat in diesen Fällen eng mit der Vollstreckungsleiterin oder dem Vollstreckungsleiter zusammenzuarbeiten, um für erforderlich gehaltene vollstreckungsrechtliche Maßnahmen anzuregen. Satz 3 stellt deshalb klar, dass auch bei Trennung von Vollstreckungs- und Vollzugsleitung die Abgaberegulation des § 85 Abs. 1 JGG anzuwenden ist und eine Abgabe der Vollstreckungsleitung an den Jugendrichter oder die Jugendrichterin zu erfolgen hat, der bzw. die am Ort des Vollzugs nach der Geschäftsverteilung des betreffenden Amtsgerichts zuständig ist.

Die Vollzugsleitung ist nach Abs. 3 für die gesamte, in den Art. 2 bis 25 sowie Art. 35 bis 37 geregelte inhaltliche Ausgestaltung des Arrestvollzugs verantwortlich und muss darauf achten, dass die Ziele des Vollzugs im Allgemeinen und im Einzelfall möglichst erreicht werden. Der Vollzugsleiter oder die Vollzugsleiterin ist auch Fachvorgesetzter der in der Anstalt eingesetzten Bediensteten.

Mit dieser Zuständigkeitsregelung wird die derzeit in allen bayerischen Jugendarrestanstalten stattfindende Aufgabenteilung zwischen Vollzugs- und Anstaltsleitung kodifiziert.

Anstaltsleitung und Vollzugsleitung nehmen jeweils ihre Verantwortung gemäß der beschriebenen Aufgabenverteilung wahr, soweit nicht gemäß Abs. 4 bestimmte Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten delegiert wurden. Die Aufsichtsbehörde kann sich die Zustimmung zur Delegation im Einzelfall vorbehalten. Regelmäßig wird diese konkludent mit der Zustimmung zum Geschäftsverteilungsplan der Anstalt erteilt werden.

Abs. 5 sieht vor, dass von der Aufsichtsbehörde eine stellvertretende Anstaltsleitung und eine stellvertretende Vollzugsleitung zu bestellen ist.

Zu Art. 29

Bei der Vorschrift handelt es sich um eine organisationsrechtliche Norm ohne Anspruchscharakter.

Abs. 1 stellt klar, dass die Bediensteten insbesondere für die erzieherische Gestaltung des Vollzugs geeignet und qualifiziert sein müssen. Dies bedarf eines be-

sonders geeigneten und laufend aus- und weitergebildeten Personals. Ein Rechtsanspruch einzelner Bediensteter auf Teilnahme an bestimmten Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen besteht nicht.

Die Anstaltsleitung soll gerade unter diesem Gesichtspunkt die Zuweisung des erforderlichen Personals möglichst im Einvernehmen mit der für die erzieherische Ausgestaltung des Vollzugs zuständigen Vollzugsleitung vornehmen.

Durch die Verweisung in Satz 2 auf Art. 176 Abs. 2 BayStVollzG wird verdeutlicht, dass die Personalausstattung die Erfüllung der übertragenen Aufgaben sowie des Vollzugsziels zu ermöglichen hat. Dazu gehören nicht nur Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Krankenpflegedienstes und des Verwaltungsdienstes, sondern insbesondere auch Seelsorger, Ärzte, Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeiter. Bei Bedarf ist daneben auf externe Kräfte zurückzugreifen. Eine strikte Trennung zwischen dem Personal der Jugendarrestanstalten und den Justizvollzugsanstalten ist nicht zwingend erforderlich oder sinnvoll. Vielmehr kann sich ein kombinierter Einsatz insbesondere bei den Berufsgruppen der Seelsorger, Ärzte, Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeiter empfehlen.

Darüber hinaus erklärt Satz 2 ergänzend die bewährten Vorschriften der Art. 178 bis 182 BayStVollzG für entsprechend anwendbar.

Zu Art. 30

Nach Satz 1 erlässt die Vollzugsleitung im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung eine Hausordnung für die Anstalt, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 4 allen Jugendlichen auszuhändigen und gegebenenfalls zu erläutern ist. Das Einvernehmen mit der Anstaltsleitung ist herzustellen, da bei der Erstellung der Hausordnung regelmäßig auch organisatorische Fragen, z. B. im Hinblick auf den zur Verfügung stehenden Personalkörper, zu beachten sein werden. Bei der Erarbeitung der Hausordnung sollte darauf geachtet werden, dass diese für die Jugendlichen möglichst verständlich formuliert ist. Satz 2 hebt hervor, dass ein strukturierter Tagesablauf ganz besonders wichtig für das Erreichen des Vollzugsziels ist. Diese Hausordnung bedarf nach Satz 3 der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

Zu Art. 31

Entsprechend Art. 173 Abs. 1 BayStVollzG obliegt die Rechts- und Fachaufsicht über die Jugendarrestanstalten dem Staatsministerium der Justiz. Die Aufsicht soll insbesondere die Einheitlichkeit des Vollzugs sicherstellen. Dies erfolgt durch Rahmenplanung und Steuerung z. B. durch Verwaltungsvorschriften, aber auch durch Einzelfallregelungen, wobei der Praxis stets ein ausreichender Spielraum für eine eigenverantwortliche Gestaltung des Vollzugs verbleiben soll.

Die Aufsichtsbehörde legt entsprechend Art. 174 die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Anstalten in einem Vollstreckungsplan fest. Dies ist bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlich, weil hierdurch auch der gesetzliche Richter in Verfahren nach § 92 JGG bestimmt wird.

Zu Art. 32

Die Vorschrift stellt klar, dass ein für die Justizvollzugsanstalten nach Art. 185 Abs. 1 BayStVollzG gebildeter Beirat auch für die Jugendarrestanstalten zuständig ist. Die Einrichtung eines gesonderten Beirats speziell für jede Jugendarrestanstalt ist nicht sachgerecht, da diese regelmäßig organisatorisch, personell und in den meisten Fällen auch örtlich eng mit einer bestimmten Justizvollzugsanstalt verbunden sind. Zudem rechtfertigt die überschaubare Größe der bestehenden Anstalten kaum die Einrichtung eines eigenständigen Beirats. Der für die Beiräte durch die Mitbetreuung der Jugendarrestanstalten entstehende Mehraufwand erscheint vertretbar. Satz 2 regelt, dass die Aufsichtsbehörde jede Jugendarrestanstalt einem bestehenden Beirat zuordnet.

Abs. 2 stellt klar, dass die Beiräte dieselben Aufgaben und Befugnisse wie im Bereich des Straf- bzw. Jugendstrafvollzugs haben. Die Besonderheiten des Jugendarrestes lassen sich im Rahmen dieser Vorgaben unproblematisch berücksichtigen.

Zu Teil 4

Zu Art. 33

Die Vorschrift verweist auf die bewährte Regelung des Art. 189 BayStVollzG und greift die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Jugendstrafvollzug auf, wonach die Behandlungsmaßnahmen regelmäßig wissenschaftlich begleitet und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden sollen, vgl. BVerfG NJW 2006, S. 2093, 2097.

Zu Art. 34

Die Vorschrift regelt die entsprechende Anwendbarkeit von Art. 195 BayStVollzG über die Akten und Art. 196 bis 205 BayStVollzG über den Schutz personenbezogener Daten und übernimmt damit das durch die ausdifferenzierten, umfangreichen bereichsspezifischen Regelungen des BayStVollzG gewährleistete hohe Niveau des Datenschutzes auch für den Vollzug des Jugendarrestes.

Nr. 1 stellt klar, dass die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten entsprechend Art. 197 Abs. 2 Nr. 5 BayStVollzG auch dann zulässig ist, soweit dies für Maßnahmen der Vollstreckung des Jugendarrestes oder für Entscheidungen im Zusammenhang mit der Vollstreckung des Jugendarrestes erforderlich ist.

Nr. 2 stellt klar, dass eine Verarbeitung oder Nutzung für andere Zwecke entsprechend Art. 197 Abs. 3 Bay-

StVollzG auch dann nicht vorliegt, wenn sie dem gerichtlichen Rechtsschutz nach § 92 JGG dient.

Nr. 3 stellt klar, dass neben den in Art. 197 Abs. 6 Satz 1 Hs. 1 BayStVollzG genannten Stellen Akten mit personenbezogenen Daten auch den für jugendarrestvollstreckungsrechtliche Entscheidungen zuständigen Stellen überlassen werden dürfen.

Nr. 4 stellt klar, dass Art. 197 Abs. 8 BayStVollzG auch für bei der Überwachung von Telefongesprächen gemäß Art. 19 Abs. 1 bekannt gewordenen personenbezogene Daten gilt.

Zu Teil 5

Das Gesetz geht davon aus, dass der Dauerarrest die Regelform des Jugendarrestes darstellt. Im fünften Teil werden, soweit notwendig, abweichende Bestimmungen für andere Formen des Arrestes getroffen.

Das sind der Freizeit- und Kurzarrest, der Nichtbefolgungsarrest sowie der Jugendarrest neben Jugendstrafe (sogenannter Warnschussarrest). Für diese Arrestformen sind die Vorschriften über den Dauerarrest grundsätzlich anwendbar. Die Art. 35 bis 37 treffen allerdings Sonderregelungen.

Zu Art. 35

Die Regelungen zum Freizeit- und Kurzarrest tragen dem Umstand Rechnung, dass sich die Jugendlichen in diesen Fällen nur wenige Tage in der Anstalt befinden. Abs. 1 stellt klar, dass im Einzelfall von den allgemeinen Vorschriften abgewichen werden kann, wenn diese wegen der kurzen Arrestdauer nicht sinnvoll umsetzbar sind. So werden etwa in aller Regel Besuche (Art. 19) oder Aufenthalte außerhalb der Anstalt (Art. 20) nicht in Betracht kommen. Ebenso dürfte regelmäßig eine Information des zuständigen Jugendamts über den Arrestbeginn gemäß Art. 6 Abs. 2 Satz 1 entbehrlich sein, da ein Besuch des Jugendlichen in der Kürze der Zeit kaum möglich sein wird. Satz 2 verdeutlicht, dass sich auch sehr kurze Aufenthalte nicht in einem reinen Wegsperrern erschöpfen sollen. Zwar wird die Palette der im Rahmen des Freizeit- und Kurzarrestes in Betracht kommenden Maßnahmen kleiner als beim Dauerarrest sein; dennoch sollte versucht werden, die Jugendlichen zumindest durch niederschwellige Angebote erzieherisch zu erreichen. Insoweit sollen auch hier geeignete Maßnahmen im Sinne von Art. 3 angeboten werden.

Abs. 2 konkretisiert den in Abs. 1 aufgestellten Grundsatz für einige Regelungen: Nach Satz 1 muss eine ärztliche Zugangsuntersuchung (Art. 6 Abs. 1 Satz 6 in Verbindung mit Art. 7 Abs. 3 BayStVollzG) nur dann stattfinden, wenn Anhaltspunkte für eine Vollzugsuntauglichkeit vorliegen oder eine behandlungsbedürftige Erkrankung vermutet wird. Ein Gespräch zur Ermittlung des Hilfebedarfs (Art. 7 Abs. 1) sowie die Erstellung eines förmlichen Erziehungsplans (Art. 7 Abs. 2) unterbleiben. Ebenso ist in der Kürze der Zeit

eine Koordination der Entlassungsvorbereitung im Sinne von Art. 24 Abs. 1 BayStVollzG regelmäßig nicht möglich (Satz 2). Die Erstellung eines Schlussberichts (Art. 25) ist gemäß Satz 3 nur im Ausnahmefall angezeigt, wenn besondere Umstände dies im Einzelfall erfordern. Gleichwohl ist jedenfalls ein Entlassungsgespräch sinnvoll.

Zu Art. 36

Beim Vollzug eines Nichtbefolgungsarrestes geht es zunächst darum, festzustellen, weshalb die Jugendlichen den Pflichten, die ihnen auferlegt wurden, nicht nachgekommen sind. Auf dieser Basis kann entschieden werden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, Abs. 1 Satz 1. Die Jugendlichen sollen gemäß Satz 2 insbesondere dazu angehalten und motiviert werden, die ihnen erteilten Weisungen oder Anordnungen zu befolgen und ihre Auflagen zu erfüllen. Dies kann in geeigneten Fällen und im Rahmen der Vorgaben dieses Gesetzes bereits während des Vollzugs erfolgen.

In den Fällen des § 98 Abs. 2 OWiG tritt an die Stelle der Auseinandersetzung mit der Straftat nach Art. 4 Abs. 2 Satz 3 eine Auseinandersetzung mit der dem Nichtbefolgungsarrest zugrunde liegenden Ordnungswidrigkeit.

Der Schlussbericht im Nichtbefolgungsarrest hat nach Abs. 3 auch Angaben über die Befolgung von Weisungen oder Anordnungen sowie die Erfüllung von Auflagen während des Vollzugs zu enthalten. Dies ist wesentlich für mögliche nachträgliche Entscheidungen des Jugendgerichts.

Abs. 4 berücksichtigt, dass Nichtbefolgungsarrest auch in der Form von Kurz- oder Freizeitarrrest angeordnet werden kann. In diesen Fällen findet zusätzlich Art. 42 Anwendung.

Zu Art. 37

Abs. 1 stellt klar, dass sich die Gestaltung des Vollzugs und dabei insbesondere die erzieherischen Maßnahmen auch an den in § 16a Abs. 1 Nr. 1 bis 3 JGG („Verdeutlichungsarrest“, „Herausnahme- und Vorberbeitungsarrest“ und „Einwirkungsarrest“) genannten und im Einzelfall einschlägigen Anordnungsgründen zu orientieren haben. Der Arrest soll dazu genutzt werden, eine erfolgreiche Bewältigung der Bewährungszeit zu fördern. Dazu gehört neben der entsprechenden Ausgestaltung des Vollzugs auch eine möglichst nahtlose Anschlussbetreuung durch die Jugendgerichtshilfe oder die Bewährungshilfe. Eine enge Zusammenarbeit der Anstalt mit diesen beiden Einrichtungen ist daher anzustreben.

Abs. 2 berücksichtigt, dass Jugendarrest neben Jugendstrafe auch in der Form von Kurz- und Freizeitarrrest angeordnet werden kann. Insoweit findet zusätzlich Art. 42 Anwendung. Allerdings soll in diesen Fällen ein Schlussbericht erstellt werden.

Zu Teil 6

Zu Art. 37a

Abs. 1 Nr. 1 (Inhaltsübersicht des BaySvVollzG)

Die Änderungen dienen der Vereinfachung künftiger Gesetzesänderungen sowie der Verschlinkung der Gesetze. Eine amtliche Inhaltsübersicht ist nicht zwingend erforderlich.

Abs. 1 Nr. 2 (Art. 27 BaySvVollzG)

Art. 27 Abs. 1 BaySvVollzG nimmt bereits bislang über den Schriftwechsel der Sicherungsverwahrten mit Verteidigern hinaus (Art. 27 Abs. 2 Satz 2 in der bisherigen Fassung, Art. 32 Abs. 4 BaySvVollzG) den Schriftwechsel mit weiteren Stellen von der Überwachung aus. Aus Gründen der Normensparsamkeit soll die Auflistung künftig durch einen Verweis in Satz 2 auf die Parallelregelung des Art. 32 Abs. 2 BayStVollzG ersetzt werden. Inhaltlich wird damit auch die Erweiterung des Art. 32 Abs. 2 BayStVollzG (siehe dazu unten stehende Begründung zu Art. 37a Abs. 3 Nr. 5) für die Sicherungsverwahrung anwendbar. In Satz 1, der im Übrigen den bisherigen Art. 27 Abs. 2 Satz 1 unverändert fortführt, werden zur Klarstellung die Wörter „ohne ihre Anwesenheit“ aufgenommen und damit verdeutlicht, dass die inhaltliche Prüfung der Schreiben ohne Beisein der Verwahrten stattfindet. Satz 3 führt die Regelungen des bisherigen Abs. 2 Satz 2 unverändert fort.

Abs. 1 Nr. 3 (Art. 29 BaySvVollzG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Änderung des Art. 27 BaySvVollzG (oben Abs. 1 Nr. 2).

Abs. 1 Nr. 4 (Art. 39 BaySvVollzG)

Die Verweisung auf die Vorschriften der Bayerischen Strafvollzugsvergütungsverordnung wird ohne inhaltliche Änderung an die aktuellen Redaktionsrichtlinien angepasst und hierdurch die Lesbarkeit der Norm verbessert.

Abs. 1 Nr. 5 (Art. 105 BaySvVollzG)

Es handelt sich um eine rein redaktionelle Anpassung zur Herstellung einer ununterbrochenen Artikelreihung.

Abs. 2 Nr. 1 (Inhaltsübersicht des BayUVollzG)

Die Änderungen dienen der Vereinfachung künftiger Gesetzesänderungen sowie der Verschlinkung der Gesetze. Eine amtliche Inhaltsübersicht ist nicht zwingend erforderlich.

Abs. 2 Nr. 2 (Art. 8 BaySvVollzG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu Abs. 2 Nr. 7.

Abs. 2 Nr. 3 (Art. 12 BaySvVollzG)

Die Verweisung auf die Bayerische Strafvollzugsvergütungsverordnung wird ohne inhaltliche Änderung an die aktuellen Redaktionsrichtlinien angepasst und hierdurch die Lesbarkeit der Norm verbessert.

Abs. 2 Nr. 4 und 5 (Art. 35 bis 40 BayUVollzG)

Die Regelungen der Art. 35 bis 40 BayUVollzG werden ohne inhaltliche Änderung redaktionell überarbeitet und erhalten Art. 35 Abs. 2 und 3 BayUVollzG als neuen Regelungsstandort.

Abs. 2 Nr. 6 (Art. 41 BayUVollzG)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen zu Abs. 2 Nr. 4, 5 und 7.

Abs. 2 Nr. 7 (Art. 42 BayUVollzG)

Die rein redaktionelle Änderung bereinigt einen doppelten Anwendungsbefehl. Die entsprechende Anwendung von Art. 108 BayStVollzG zu Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge folgt bereits aus Art. 25 Abs. 3 Satz 1 BayUVollzG. Im Übrigen kann die Bestimmung als Folgeänderung von Abs. 2 Nr. 4 und 5 (siehe oben) aufrücken, um Lücken in der Artikelreihung zu vermeiden.

Abs. 2 Nr. 8 (Art. 43 bis 45 BayUVollzG)

Die Bestimmungen können als Folgeänderung von Abs. 2 Nr. 4 und 5 (siehe oben) aufrücken, um Lücken in der Artikelreihung zu vermeiden.

Abs. 3 Nr. 1 (Inhaltsübersicht des BayStVollzG)

Die Änderungen dienen der Vereinfachung künftiger Gesetzesänderungen sowie der Verschlinkung der Gesetze. Eine amtliche Inhaltsübersicht ist nicht zwingend erforderlich.

Abs. 3 Nr. 2 (Art. 5a BayStVollzG)

Zur Behandlung der Gefangenen im Strafvollzug gehört es, diese zu befähigen, sich mit der Tat, ihren Ursachen und Folgen für das Opfer auseinanderzusetzen, vgl. Arloth/Krä, Strafvollzugsgesetze Bund und Länder, 4. Aufl., Art. 3 BayStVollzG Rn. 1. Die Regelungen in Art. 3 Satz 2 und Art. 78 Abs. 2 Satz 1 BayStVollzG stellen dies bereits heute klar. Umgekehrt haben jedoch auch die Geschädigten einer Straftat einen Anspruch darauf, dass ihre berechtigten Interessen bei der Vollzugsgestaltung berücksichtigt werden. Durch die Schaffung eines neuen Art. 5a BayStVollzG, der in den Grundsätzen zum Vollzug der Freiheitsstrafe angesiedelt ist, soll der hohe Stellenwert, der dem Opferschutz zukommt, künftig noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden.

Abs. 1 trägt den nachvollziehbaren Schutzbedürfnissen der Opfer und gefährdeten Dritten Rechnung. Gerade die Opfer von Sexual- und Gewalttaten oder auch Geschädigte, die in einer besonderen Beziehung zu den Gefangenen stehen, haben ein Recht darauf, dass ihre Interessen bei der Vollzugsgestaltung der Gefangenen einbezogen werden. Zu berücksichtigen sind von den Anstalten allerdings nur nachvollziehbare Anliegen der Opfer, wie beispielsweise der Wunsch, dass eine nicht gewollte Kontaktaufnahme aus der Haft heraus unterbleiben soll. Keinesfalls darf die Vollzugsgestaltung etwa durch nicht mit den Aufgaben

des Vollzugs in Übereinstimmung zu bringende Gefühle wie Wut oder Hass beeinflusst werden. Auch gehen die Interessen der Opfer nicht immer zwingend vor. Vielmehr sind sie stets gegen die Rechte der Gefangenen abzuwägen und möglichst in Einklang zu bringen.

Die Regelung stellt in Abs. 1 Satz 1 klar, dass während des gesamten Vollzugsverlaufs, insbesondere jedoch bei vollzugsöffnenden Maßnahmen sowie bei der Eingliederung und Entlassung der Gefangenen, die Opferperspektive zu berücksichtigen ist. Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Die Verankerung im Bereich der Vollzugsgrundsätze bringt vielmehr zum Ausdruck, dass eine opferbezogene Vollzugsgestaltung in allen Bereichen, von der Erstellung des Vollzugsplans über die Verabschiedung von Auskunftersuchen oder die Entscheidung über Besuchsverbote beziehungsweise die Zulassung von Telefongesprächen bis hin zur Entlassungsvorbereitung (z.B. durch entsprechende Auflagen bei Lockerungsentscheidungen nach Art. 13 bis 15 BayStVollzG oder Vorschläge der Anstalten für bestimmte Weisungen im Rahmen der Bewährungs- oder Führungsaufsicht), erfolgen soll.

Abs. 1 Satz 2 bringt zum Ausdruck, dass nicht nur die Opfer von Straftaten im engeren Sinne einen Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Belange bei der Vollzugsgestaltung haben. Die Anstalten müssen darüber hinaus auch potenzielle neue Opfer im Blick haben und deren berechtigten Interessen Rechnung tragen. So kann es beispielsweise durch Therapiemaßnahmen in Haft oder die Ausgestaltung eines adäquaten sozialen Empfangsraums mit einer entsprechend engmaschigen Betreuung gelingen, dass Rückfalltaten nach der Haftentlassung möglichst vermieden werden. Ebenso kann es das Schutzinteresse gefährdeter Dritter erforderlich machen, dass vor der Gewährung von Ausgängen mit externen Begleitpersonen (z. B. ehrenamtlich Tätige oder zuverlässige Familienangehörige) diese für beim Gefangenen vorliegende Besonderheiten und mögliche Stressoren hinzuweisen, um das Risiko einer Flucht oder eines Missbrauchs der Vollzugslockerungen zu minimieren.

Abs. 2 übernimmt unverändert die bewährte Regelung des bisherigen Art. 78 Abs. 2 BayStVollzG. Damit wird der Opferschutz künftig systematisch konsequent in seiner Gesamtheit im 1. Kapitel des 2. Teils des BayStVollzG verankert.

Abs. 3 Nr. 3 und 4 (Art. 8 und 9 BayStVollzG)

Die Änderungsbefehle bereinigen ein redaktionelles Versehen. Der Überschriftenteil „Beteiligung der Gefangenen“ bezieht sich auf Art. 9 Abs. 4 BayStVollzG.

Abs. 3 Nr. 5 (Art. 32 BayStVollzG)

Art. 32 Abs. 2 BaySvVollzG nimmt über den Schriftwechsel der Gefangenen mit Verteidigern hinaus (Abs. 1) den Schriftwechsel mit weiteren Stellen von der Überwachung aus. Es hat sich gezeigt, dass der Kreis ausgenommener Stellen in angemessenem

Rahmen um anerkannte internationale und europäische Institutionen erweitert werden sollte. Bei dieser Gelegenheit wird die Redaktion des Absatzes überarbeitet. Künftig soll Satz 1 einheitlich und abschließend diejenigen Stellen aufzählen, bei denen eine Überwachung nicht stattfindet. Mit „Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder“ in Satz 1 Nr. 2 wird die Legaldefinition des § 18 Abs. 1 Satz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes in Bezug genommen. Angesprochen sind damit neben dem Bundesdatenschutzbeauftragte z. B. auch die bayerischen Aufsichtsbehörden (Landesbeauftragter für den Datenschutz, Landesamt für Datenschutzaufsicht, Rundfunkbeauftragter für den Datenschutz und Medienbeauftragter für den Datenschutz).

Satz 2 führt den bisherigen Satz 3 redaktionell angepasst, aber inhaltlich unverändert fort. Im Lichte abweichender obergerichtlicher Rechtsprechung wird in Satz 2 bei Gelegenheit dieser Änderung ausdrücklich daran festgehalten, dass eingehende Schreiben an Gefangene nur dann ungeprüft bleiben, wenn als Absender eine Stelle nach Satz 1 zweifelsfrei feststeht. Dies wird auch im Normtext durch Einfügung der Wörter „nur dann“ verdeutlicht. Im Umkehrschluss wird damit der Wille zum Ausdruck gebracht, dass Schreiben von deutschen Gerichten oder Behörden, die nicht in Satz 1 erfasst sind, auch dann der Überprüfung gem. Abs. 3 unterliegen, wenn die Identität des Absenders (vermeintlich oder tatsächlich) feststeht. Unberührt bleibt hiervon die Möglichkeit, dass die Anstalt – wenn dies unkompliziert möglich sein sollte – einen Identitätszweifel durch eine Rückfrage behebt.

Der Umfang dieser Prüfung bestimmt sich weiterhin nach Abs. 3 und damit nach den Erfordernissen der Behandlung oder der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt. Damit wird die Kontrolle von eingehender Behördenpost gerade nicht von vornherein auf Manipulationsanzeichen oder eine reine Sichtkontrolle beschränkt. Vielmehr kann es beispielsweise die Suizidprophylaxe gebieten, dass die Anstalt den potenziell nachteiligen Inhalt von behördlichen und gerichtlichen Schreiben an Gefangene zur Kenntnis nimmt und die Behandlung daran ausrichtet. Insoweit wäre die Anwesenheit der Gefangenen bei der Kontrolle hinderlich. Ebenfalls mit Blick auf abweichende obergerichtliche Rechtsprechung wird daher ausdrücklich klargestellt, dass eine solche Kontrolle ohne Anwesenheit der Gefangenen stattfindet.

Abs. 3 Nr. 6 (Art. 49 BayStVollzG)

Die Verweisung auf das Vierte Buch Sozialgesetzbuch wird redaktionell berichtigt.

Abs. 3 Nr. 7 (Art. 78 BayStVollzG)

Art. 78 Abs. 2 BayStVollzG wird durch den neuen Art. 5a Abs. 2 BayStVollzG ersetzt und kann daher gestrichen werden. Folgerichtig ist auch die Überschrift des Art. 78 BayStVollzG neu zu fassen.

Abs. 3 Nr. 8 (Art. 98 BayStVollzG)

Die Änderung dient zur Klarstellung der Gesetzessystematik: Satz 1 sieht als Regelfall der Sicherungsmaßnahme nach Art. 96 Abs. 2 Nr. 6 BayStVollzG die Fesselung von Händen oder Füßen vor, wobei im Ausnahmefall auch die Fesselung von Händen und Füßen zulässig ist. Ein solcher Ausnahmefall kann durch die besondere Fluchtgefährlichkeit der betroffenen Gefangenen begründet werden. Er liegt aber z. B. auch vor, wenn und solange Gefangene von Hand- auf Fußfesselung umgefesselt werden, weil die Gefangenen ansonsten zwischendurch ungefesselt wären.

Die Ausnahmefälle nach Satz 1 sind vom Anwendungsbereich des Satzes 2 zu unterscheiden, der im Interesse des Gefangenen auch andere Arten der Fesselung als die von Händen und/oder Füßen zulässt (vgl. Arloth, in: Arloth/Krä, Strafvollzugsgesetz Bund und Länder, 4. Auflage 2017, § 90 StVollzG Rn. 3 und Art. 98 BayStVollzG Rn. 1). Die Klarstellung ist vor dem Hintergrund obergerichtlicher Rechtsprechung notwendig geworden, wonach die Fesselung eines hochgradig gefährlichen Gefangenen, bei dem in erhöhtem Maße Fluchtgefahr vorlag, nur entweder an Händen oder an Füßen zulässig sei, wenn nicht ein Fall des Art. 98 Satz 2 vorliege. In solchen Fällen wird künftig unzweifelhaft ein Ausnahmefall nach Satz 1 vorliegen.

Abs. 3 Nr. 9 (Art. 108 BayStVollzG)

Art. 108 BayStVollzG wird insgesamt neu gefasst und soll die rechtlichen Grundlagen der Zwangsbehandlung auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge für den Bereich des Strafvollzugs sowie kraft Verweisung auch für den Bereich der Untersuchungshaft (Art. 25 Abs. 3 BayUVollzG) und der Sicherungsverwahrung (Art. 77 BaySVollzG) auf neue Füße stellen.

Die Zwangsbehandlung ist nach derzeit geltendem Recht ebenso wie nach der Konzeption der Neufassung des Art. 108 BayStVollzG ultima ratio. Die praktische Bedeutung wird hierdurch begrenzt. Eine verfassungskonforme Eingriffsermächtigung zum Schutz höherwertiger Rechtsgüter ist indes unbedingt weiterhin erforderlich (vgl. auch BVerfG vom 26.07.2016, Az. 1 BvL 8/15, NJW 2017, 53).

Dabei wird den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (siehe zuvörderst BVerfG vom 23.03.2011, 2 BvR 882/09, NJW 2011, 2113, und vom 19.07.2017, Az. 2 BvR 2003/14, NJW 2017, 2982) zur Zwangsbehandlung im Maßregelvollzug und in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung Rechnung getragen. Zwar beziehen sich diese Entscheidungen nicht unmittelbar auf den Strafvollzug, den Entscheidungen können indes allgemeine Grundsätze für Zwangsbehandlungen entnommen werden, die auch im bayerischen Justizvollzug fruchtbar gemacht werden sollen.

Zwangsmaßnahmen sind Behandlungsmaßnahmen, die gegen den natürlichen Willen der Gefangenen durchgeführt werden (Abs. 1). Dem Eingriffscharakter einer Zwangsmaßnahme steht nicht entgegen, dass sie zum Zwecke der Heilung vorgenommen wird. Einen entgegenstehenden natürlichen Willen kann auch die einwilligungsunfähige betroffene Person bilden. Für einen entgegenstehenden natürlichen Willen spielt es keine Rolle, wie dieser zum Ausdruck gebracht wird. Eine Zwangsmaßnahme, die gegen den natürlichen Willen der betroffenen Person erfolgt, liegt unabhängig davon vor, ob eine gewaltsame Durchsetzung der Maßnahme erforderlich wird oder die betroffene Person sich bei fortbestehender Ablehnung in die Maßnahme fügt und damit die Anwendung körperlicher Gewalt entbehrlich macht (BVerfG NJW 2011, 2113 [2114]). Äußert die betroffene Person ihren natürlichen Willen hingegen nicht, weil sie hierzu nicht willens oder nicht in der Lage ist, so handelt es sich nicht um eine Behandlungsmaßnahme gegen ihren natürlichen Willen im Sinn dieser Vorschrift.

Abs. 1 regelt die Zwecke, die eine Zwangsmaßnahme rechtfertigen können. Vorgesehen sind Zwangsmaßnahmen zur Abwehr einer Eigen- oder Fremdgefährdung. Die Regelung in Nr. 1 ist Ausdruck des Schutzauftrags des Staates gegenüber den Gefangenen und bildet die Rechtsgrundlage für ein Handeln in Situationen, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Gefangenen zu Gunsten ihrer eigenen höherrangigen Interessen zurücktritt. Nach Nr. 2 ist eine Zwangsbehandlung darüber hinaus zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit anderer Personen zulässig. Andere Personen im Sinne dieser Vorschrift sind insbesondere die Bediensteten des Vollzugsdienstes, Mitgefangene und Besucher.

Abs. 2 regelt weitere Voraussetzungen für Anordnung und Durchführung von Zwangsbehandlungsmaßnahmen:

Nrn. 1 und 2: Ärztliche Zwangsmaßnahmen dürfen wegen des mit ihnen verbundenen erheblichen Grundrechtseingriffs nur das letzte Mittel sein. Vorrangig muss versucht werden, den betroffenen Gefangenen die Maßnahme verständlich zu machen. Die Maßnahmen müssen soweit möglich im einvernehmlichen Zusammenwirken mit den betroffenen Gefangenen umgesetzt werden. Das setzt zunächst eine ärztliche Aufklärung voraus, die auch beim einwilligungsunfähigen Gefangenen vorzunehmen ist.

Nrn. 3 bis 6 regeln die spezielle Ausprägung, die das Verhältnismäßigkeitsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Zwangsbehandlung im Maßregelvollzug und in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung gefunden hat.

Nr. 7: Soweit es nicht um den Schutz von Gesundheit oder Leben von dritten Personen geht, sind Behandlungsmaßnahmen gegen den natürlichen Willen der Gefangenen zum Schutz ihres Selbstbestimmungsrechts nur möglich, wenn die Gefangenen zur Wahr-

nehmung ihrer eigenen Interessen infolge krankheitsbedingter Einsichtsunfähigkeit nicht in der Lage sind (BVerfG NJW 2011, 2113 [2116 Rn. 54]; NJW 2017, 2982 Rn. 32). Wer seinen freien Willen bilden kann und zum Handeln gemäß dieser Einsicht fähig ist, hat im Rahmen des Rechts zur Selbstbestimmung auch die Freiheit zur Krankheit. Entscheidet sich die betroffene Person mit freiem Willen gegen eine ärztliche Behandlung, ist dies – außerhalb der Fallgruppe der Fremdgefährdung nach Abs. 1 Nr. 2 – als Ausdruck der Selbstbestimmung zu akzeptieren.

Das Selbstbestimmungsrecht gebietet zudem, dass Behandlungsmaßnahmen in diesen Fällen unterbleiben müssen, wenn ein nach § 1901a BGB zu beachtender Wille der untergebrachten Person Behandlungsmaßnahmen entgegensteht. Wenn eine auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zutreffende Patientenverfügung vorliegt, muss diese auch bei der Frage, ob eine Zwangsmaßnahme erfolgen darf, beachtet werden. Beachtlich sind Patientenverfügungen, die der Anstalt bekannt sind bzw. die sich bei der Habe des Gefangenen befinden. Eine Ermittlungspflicht der Anstalt ist nicht anzuerkennen. Freilich entfaltet eine Patientenverfügung, die nicht sicher auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation des Betroffenen passt, keine unmittelbare Wirkung (vgl. Bundesgerichtshof vom 06.07.2016, Az. XII ZB 6116, NJW 2016, 3297 [3301]). In der Rechtsanwendung wird daher besonderes Augenmerk darauf zu legen sein, ob und inwieweit eine Patientenverfügung von Gefangenen die besondere Behandlungssituation im Justizvollzug hinreichend bestimmt erfasst.

Außerhalb einer Erste-Hilfe-Leistung ist nur ein Arzt zur Anordnung und Leitung eines Zwangsbehandlungseingriffs zuständig (Abs. 3 Satz 1 und 4). Die Anordnung bedarf aufgrund ihrer Eingriffsintensität zusätzlich der Zustimmung der Anstaltsleitung (Satz 2) und gilt zunächst höchstens für die Dauer von zwölf Wochen (Satz 3). Satz 5 regelt darüber hinaus Dokumentationspflichten und kommt insoweit einem Regelungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts nach (BVerfG NJW 2011, 2113 [2117 f.]).

Abs. 4 sieht zum Schutze der betroffenen Gefangenen weitere verfahrensrechtliche Vorkehrungen vor, um den Anforderungen der vorbenannten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Genüge zu tun.

Zunächst ist die Anordnung der Maßnahme vor ihrer Durchführung dem betroffenen Gefangenen bekanntzugeben (Satz 1 Nr. 1). Dies dient dazu, ihm die Möglichkeit zu eröffnen, rechtzeitig Rechtsschutz zu suchen. Zu diesem Zweck wird die Bekanntgabe die Mitteilung von Art und Dauer der Maßnahme einschließlich der Auswahl und Dosierung der Medikamente, der vorgesehenen begleitenden Kontrollen und der beabsichtigten Intensität der ärztlichen Überwachung umfassen. Außerdem ist sie mit der Belehrung über die Möglichkeiten zur Erlangung von Rechtsschutz nach

den §§ 109, 114 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) zu verbinden (Satz 2).

Die Verpflichtung zur Bekanntgabe nach Satz 1 Nr. 1 besteht unabhängig davon, ob der Gefangene einwilligungs- oder geschäftsfähig ist. Denn auf jeden Fall gebietet es der Respekt vor seiner Person, ihn vor der Maßnahme zu informieren. Außerdem können Gefangene den Antrag auf gerichtliche Überprüfung unabhängig von ihrer Geschäfts- und Prozessfähigkeit stellen (Bachmann, in: Laubenthal/Nestler/Neubacher/Verrel, Strafvollzugsgesetze, 12. Auflage 2015, Abschn. P Rn. 35 m. w. N.).

Darüber hinaus hat die Justizvollzugsanstalt einen Betreuer mit dem Aufgabenkreis der Gesundheitsfürsorge bzw. einen Vorsorgebevollmächtigten im Sinne des § 1896 Abs. 2 BGB zu unterrichten (Satz 1 Nr. 2 Halbsatz 1). Sollte eine solche Person nicht bekannt sein, hat sie unverzüglich beim zuständigen Betreuungsgericht die Bestellung eines Betreuers anzuregen (Satz 1 Nr. 2 Halbsatz 2). Diese Verpflichtung trifft die Justizvollzugsanstalt namentlich auch dann, wenn sie im Einzelfall nicht davon ausgehen sollte, dass der betroffene Gefangene einwilligungsunfähig ist, was insbesondere in den Fällen der Fremdgefährdung des Abs. 1 Nr. 2 denkbar ist. Damit kommt die Regelung der verfassungsgerichtlichen Forderung nach, dass zumindest außerhalb akuter Notfälle die Möglichkeit zur vorausgehenden Überprüfung der Maßnahme durch eine externe Stelle ermöglicht werden muss (BVerfG NJW 2011, 2113 [2118]). Mit der Durchführung der Maßnahme ist zuzuwarten, bis der Gefangene und sein Betreuer bzw. Bevollmächtigter angemessene Gelegenheit hatten, einstweiligen Rechtsschutz nachzusuchen. In den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 Halbsatz 2 wird daher solange zugewartet werden müssen, dass ein vom Gericht bestellter vorläufiger Betreuer selbständig die Rechtmäßigkeit der angeordneten Maßnahmen prüfen und gegebenenfalls die gerichtliche Überprüfung nach den §§ 109, 114 StVollzG anstoßen kann. Sollte das Betreuungsgericht die Notwendigkeit zur Bestellung eines Betreuers im Einzelfall verneinen, käme es nur darauf an, dass der Gefangene selbst ausreichend Möglichkeit zur Befassung der Gerichte hatte.

Bei Gefahr in Verzug kann gemäß Abs. 5 von einzelnen Vorgaben abgewichen werden, wenn diesen aufgrund der gebotenen Eile im Einzelfall nicht nachgekommen werden kann. Eine unterlassene ärztliche Aufklärung sowie die Mitteilung über die Anordnung einer Zwangsbehandlungsmaßnahme sind unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern nachzuholen, wenn es die Umstände und der Zustand des Gefangenen erlauben.

Abs. 6 führt den bisherigen Art. 108 Abs. 2 BayStVollzG inhaltlich unverändert fort und erlaubt die zwangsweise körperliche Untersuchung zum Zwecke des Gesundheitsschutzes und zur Hygiene, wenn sie nicht mit einem körperlichen Eingriff verbunden ist.

Abs. 3 Nr. 10 (Art. 154 BayStVollzG)

An Art. 154 wird ein neuer Abs. 2 angefügt, der die entsprechende Anwendung der Regelungen zur Zwangsbehandlung (siehe oben) im Jugendstrafvollzug vorsieht. Bei Minderjährigen steht den Eltern nach Art. 6 Abs. 2 GG das Recht zur Entscheidung über die medizinische Behandlung ihres Kindes zu. Dem wird Rechnung getragen, indem die Personensorgeberechtigten in Bezug auf die Anwendung von Art. 108 Abs. 4 BayStVollzG an die Stelle des Betreuers bzw. Vorsorgebevollmächtigten treten (Satz 1). Außerdem wird bei Maßnahmen zum Schutz der minderjährigen Gefangenen selbst die Zustimmung der Personensorgeberechtigten zur Voraussetzung gemacht (Satz 2), wenn nicht Gefahr im Verzug vorliegt (Satz 3). Verweigert ein Personensorgeberechtigter die Zustimmung zu einer notwendigen Behandlung und gefährdet damit das Wohl des Kindes, so muss in einem familiengerichtlichen Verfahren über einen (teilweisen) Entzug des Sorgerechts nach § 1666 BGB entschieden werden.

Abs. 3 Nr. 11 (Art. 210 BayStVollzG)

Der bisherige Art. 210 BayStVollzG rückt auf, um eine ununterbrochene Artikelreihung herzustellen. Außerdem kann die Übergangsvorschrift in Abs. 2, die sich durch Zeitablauf erledigt hat, aufgehoben werden.

Zu Art. 38

Die Vorschrift trägt dem Zitiergebot des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG Rechnung und gilt insoweit auch für die Änderungen in Art. 37a.

Zu Art. 39

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Franz Schindler

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Florian Streibl

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 i** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz

- BayJAVollzG) (Drs. 17/21101)

- Erste Lesung -

Den Gesetzentwurf begründet Herr Staatsminister Bausback. – Und jetzt eine Kleinigkeit: In meiner Vorlage steht: "Herr Staatsminister ..." und darunter "Frau Staatsministerin ...". Die Pünktchen können jetzt ersetzt werden. Ich gratuliere Ihnen herzlich zur Wiederernennung als Staatsminister, Herr Bausback. – Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Nun erteile ich Ihnen das Wort, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justiz): Frau Präsidentin, vielen Dank für die Glückwünsche. – Kolleginnen und Kollegen! Grundrechtseingriffe im Rahmen von freiheitsentziehenden Maßnahmen bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Diese zu schaffen, ist seit der Föderalismusreform grundsätzlich Aufgabe der Landesgesetzgeber.

Nach dem Bayerischen Strafvollzugsgesetz im Jahr 2007, dem Bayerischen Untersuchungshaftvollzugsgesetz im Jahr 2011 und dem Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz im Jahr 2013 halten Sie nun mit dem Entwurf eines Bayerischen Jugendarrestvollzugsgesetzes sozusagen den Schlussstein in den Händen, mit dem die Gesetzgebung im Bereich des Jugendstrafvollzugs komplettiert werden soll. Wir stellen damit den Jugendarrestvollzug in Bayern auf eine neue, umfassende gesetzliche Grundlage und gewährleisten damit eine ebenso moderne wie konsequente Ausgestaltung des Vollzuges des Jugendarrestes in Bayern.

Der Entwurf stellt hierzu die erzieherische Ausgestaltung des Jugendarrestvollzuges in den Mittelpunkt und macht diese zur gesetzlichen Verpflichtung. In erster Linie kommt

es dabei darauf an, dass die straffällig gewordenen Jugendlichen die Verantwortung für das eigene Leben übernehmen und zu einem Leben ohne Straftat befähigt werden. Hierzu setzt der Entwurf vielfältige Akzente. Beispielsweise ist der bestehende Förderbedarf künftig mit dem Arrestanten, der Arrestantin zu erörtern und unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen individuell festzustellen. Auch erlangt die Heranführung an einen geregelten Tagesablauf durch geeignete Maßnahmen und Angebote tragende Bedeutung. Grundsätzlich gilt, dass sich der Vollzug des Jugendarrestes nicht nur auf ein bloßes Absitzen der gerichtlich angeordneten Zeitdauer beschränken darf; vielmehr sind die Arrestantinnen und Arrestanten zur aktiven Mitwirkung verpflichtet und hierzu zu motivieren.

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die erzieherische Ausgestaltung im Mittelpunkt steht und eine ausdrückliche Stärkung im Gesetz erfahren soll, ermöglicht der Gesetzesentwurf – das ist wichtig – gleichzeitig einen konsequenten Vollzug des Jugendarrests. Die mit Arrest belegten Jugendlichen haben sich oftmals von vorangegangenen gerichtlichen Sanktionen nicht hinreichend beeindrucken lassen. Während des Vollzuges sollen sie Gelegenheit zur Besinnung erhalten. Zugleich soll ihnen nachdrücklich vor Augen geführt werden, dass ihre Verfehlungen nicht ohne Konsequenzen bleiben und sie bei Fortsetzung ihres sozialschädlichen Verhaltens weitergehende Sanktionen zu erwarten haben. Insoweit sieht der Gesetzesentwurf etwa eine deutliche Einschränkung der Außenkontakte der Jugendlichen während der Zeit des Arrestvollzugs vor. Zudem enthält er Regelungen, die es der Anstalt ermöglichen, Verfehlungen im laufenden Vollzug angemessen zu begegnen.

Kolleginnen und Kollegen, neben der umfassenden Kodifizierung des Jugendarrestvollzugs sieht der vorliegende Gesetzesentwurf auch punktuelle Änderungen der bereits bestehenden Vollzugsgesetze vor. Hervorzuheben sind dabei vor allem die vorgesehenen Änderungen im Bayerischen Strafvollzugsgesetz. Diese sehen – und das war mir ganz persönlich ein wichtiges Anliegen – unter anderem eine Stärkung des Opferschutzes vor, indem die Notwendigkeit einer opferbezogenen Vollzugsgestaltung aus-

drücklich normiert wird. Außerdem wird die Rechtsgrundlage für Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge entsprechend verfassungsgerichtlichen Vorgaben erneuert.

Hohes Haus, der Ihnen vorliegende, unter enger Einbindung der Praxis erarbeitete Gesetzentwurf bietet die Möglichkeit, den Jugendarrestvollzug zu modernisieren und ihn auf eine umfassende gesetzliche Grundlage zu stellen. Für Ihre diesbezügliche Unterstützung danke ich und bitte um eine konstruktive Beratung im weiteren Verfahren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Schindler.

Franz Schindler (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf kommt etwas sehr spät. Seit der Föderalismusreform I vom August 2006, also seit fast zwölf Jahren, steht dem Freistaat Bayern die Gesetzgebungskompetenz für den Jugendarrestvollzug zu. Ebenfalls im Jahr 2006, also auch schon vor zwölf Jahren, hat das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit dem Vollzug der Jugendstrafe entschieden, dass für alle mit Freiheitsentziehungen verbundenen Grundrechtseingriffe eine ausreichende gesetzliche Grundlage erforderlich ist. Das gilt natürlich auch für den Jugendarrest. Es ist also allerhöchste Zeit, dass anstelle der bisherigen wenigen Vorschriften im Jugendgerichtsgesetz, in der Jugendarrestvollzugsordnung und der Jugendarrestgeschäftsordnung endlich eine gesetzliche Grundlage für den Vollzug des Jugendarrests geschaffen wird.

Ich darf daran erinnern, dass die SPD-Fraktion schon vor Jahren mehrfach darauf gedrängt hat, diese Materie endlich zu regeln, und dass sie bereits Eckpunkte für ein Jugendarrestvollzugsgesetz vorgelegt hat. Nun liegt endlich ein Gesetzentwurf vor, in dem nach vorläufiger Einschätzung die von uns formulierten Eckpunkte, wie zum Bei-

spiel die Notwendigkeit der Ermittlung des Hilfebedarfs, die getrennte Unterbringung oder die Nachbetreuung, im Grundsatz erfüllt werden. Der Gesetzentwurf enthält aber auch über 40 Verweisungen auf das Strafvollzugsgesetz, wodurch er zwar schlank, aber auch unlesbar wird. Ganz beiläufig werden mit dem Gesetzentwurf auch noch ganz andere Fragen des Strafvollzugs und der Sicherungsverwahrung geregelt, von der Überwachung des Schriftverkehrs über die opferbezogene Vollzugsgestaltung bis hin zur Fesselung von Gefangenen und Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge.

Worum geht es beim Jugendarrestvollzug? – Es geht um den Vollzug des in § 13 Absatz 2 des Jugendgerichtsgesetzes als sogenanntes Zuchtmittel bezeichneten Jugendarrests in Form von Freizeitarrest, Kurzarrest oder Dauerarrest bis zu vier Wochen. Schon der Begriff "Zuchtmittel" lässt die Herkunft errahnen. Der Jugendarrest als Zuchtmittel wurde 1940, also von den Nazis, durch Verordnung des Reichsverteidigungsrates eingeführt und diente dazu, Jugendliche für den Arbeits- und auch militärischen Einsatz zu disziplinieren, aber auch nur die Jugendlichen, die im Grunde gut geartet waren, bei denen ein Appell an das Ehrgefühl noch erfolgversprechend erschien. Das sollte man im Hinterkopf behalten, wenn es heute darum geht, ein Gesetz zum Vollzug dieser Zuchtmittel zu beurteilen.

Meine Damen und Herren, der Vollzug des Jugendarrests ist kein Massenphänomen. Allerdings wird, gemessen an der Zahl der in der Bundesrepublik nach Jugendstrafrecht verurteilten Jugendlichen, in Bayern am häufigsten Jugendarrest verhängt, eine Tendenz, die sich nach Einführung des sogenannten Warnschussarrests noch verstärkt hat. Die mit der Verhängung von Jugendarrest verbundenen Erwartungen, nämlich die Jugendlichen durch eine kurze Freiheitsentziehung dazu zu veranlassen, sich mit ihren Verfehlungen und sich selbst auseinanderzusetzen, und Hilfen zur Bewältigung deliktsförderlicher Umstände zu leisten, werden nicht so richtig erfüllt, da 75 % der Jugendlichen, die einen Arrest hinter sich bringen, schon kurze Zeit später rückfäl-

lig werden. Höher ist die Rückfallquote nach dem Vollzug von Jugendstrafe im Übrigen auch nicht.

Dafür gibt es natürlich viele Ursachen. Die wichtigste scheint mir zu sein, dass die Verweildauer beim Dauerarrest nicht und beim Freizeit- und Kurzzeitarrest schon gleich gar nicht ausreicht, um einem Jugendlichen tatsächlich wirkungsvoll und nachhaltig zu helfen. Es ist richtig, wenn es in Artikel 3 des Gesetzentwurfs heißt, dass den Jugendlichen in geeigneter Weise zu vermitteln ist, dass sie Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen und die notwendigen Folgerungen aus ihren Verfehlungen ziehen müssen. Meistens werden aber die Ursachen für Verfehlungen von Jugendlichen nicht nur bei ihnen selbst zu suchen sein, sondern auch in ihrem sozialen Umfeld und in ihrer Lebenssituation. Dennoch ist es richtig, den Vollzug erzieherisch zu gestalten und auf die Erreichung des Vollzugsziels auszurichten, nämlich darauf, die Jugendlichen zu befähigen, künftig eigenverantwortlich und ohne Straftaten zu leben.

Die Grundvoraussetzung hierfür ist aber, dass genügend qualifizierte Mitarbeiter vorhanden sind, und zwar nicht nur Vollzugsbeamte, sondern auch Sozialpädagogen, Sozialarbeiter und Psychologen. Deshalb ist es richtig, wenn es im Gesetzentwurf heißt, dass die Bediensteten für die erzieherische Gestaltung des Vollzugs geeignet und qualifiziert sein müssen und nicht mehr nur sollen, wie es bisher in der Justizvollzugsordnung heißt. Ob die entsprechenden Mitarbeiter tatsächlich vorhanden sind, ist eine ganz andere Frage.

Genauso wichtig wie die erzieherische Gestaltung des Vollzugs ist es, dass nach Beendigung des Arrests für eine weitere Betreuung der Jugendlichen gesorgt wird, weil sie doch in die gleichen Verhältnisse zurückkehren, aus denen sie gekommen sind. Der Tag der Entlassung muss im Prinzip am Tag des Beginns des Arrests bereits geplant werden.

Meine Damen und Herren, auf den ersten Blick nicht einleuchtend ist, warum nun von der jahrzehntelang im Jugendgerichtsgesetz vorgeschriebenen Praxis abgewichen

werden soll, wonach der Vollzugsleiter stets ein Jugendrichter sein musste. Völlig unerwähnt bleiben in dem Gesetzentwurf auch Jugendliche mit Migrationshintergrund. Bei ihnen ist die pädagogische Herausforderung wohl noch größer als bei anderen Jugendlichen. Auf weitere Details wie zum Beispiel die strikte Trennung des Jugendarrests von Strafgefangenen kann ich jetzt nicht eingehen. Auf die Frage, ob in allen Jugendarrestanstalten die räumlichen Voraussetzungen für eine wirklich pädagogische Freizeitgestaltung gegeben sind und wo nachgebessert werden muss, werden wir in den Ausschussberatungen sicherlich noch eingehen können. Ich versichere, dass wir diesen Gesetzentwurf mit großem Interesse und unvoreingenommen sorgfältig beraten werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jugendliche, die straffällig geworden sind, sollen im Rahmen des Jugendarrests zu einer Änderung ihres Lebensweges bewegt werden. Sie sollen dazu bewegt werden, nicht auf der Strafkariereleiter weiterzugehen, sondern sie sollen sich darauf besinnen, einen anderen Weg einzuschlagen. Der Jugendarrest muss dazu dienen, Jugendlichen dabei zu helfen, Defizite, die sie letztendlich in die Straffälligkeit geführt haben, auszugleichen. Sie sollen in diesem Jugendarrest sozial adäquates Verhalten trainieren und ein gewisses Maß an Sozialkompetenz erreichen. Diese Jugendlichen sollen dazu befähigt werden, durch eine definitive Auseinandersetzung mit Werten die Verantwortung für ihr Leben selbst zu übernehmen und die Prinzipien eines gewaltlosen und toleranten Zusammenlebens in den Mittelpunkt ihres Lebens zu stellen.

Herr Kollege Schindler, Sie sagen, vier Wochen maximal dauere ein Jugendarrest und das sei eine relativ kurze Zeit. Da haben Sie wohl recht. Er richtet sich aber an Ju-

gendliche, die sich bisher durch die Sanktionen des Jugendstrafrechts nicht haben beeindrucken lassen und die jetzt einen deutlichen Einschnitt in ihrem Leben durch den Arrest erfahren – bis zu vier Wochen, in denen sie sozusagen einen Freiheitsentzug, einen Zwang erleben und in denen sie zum ersten Mal dann doch in aller Konsequenz erleben, dass die Gesellschaft ihr bisheriges Verhalten nicht billigt. Das heißt konsequent auch vier Wochen – ich sage es jetzt einmal sehr umgangssprachlich – kein iPad, kein iPhone und kein Handy, um es einmal direkt auszudrücken.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

Ich bin der festen Überzeugung, dass das für Jugendliche ein wirklich starker Eingriff in ihr bisheriges Leben ist, der ihnen vor Augen führt, dass die Gesellschaft ihr bisheriges Verhalten nicht weiter tolerieren wird. Genau das schulden wir auch den Opfern. Bevor in den normalen Strafvollzug für Jugendliche übergegangen wird, der auch besonders erzieherisch ausgestaltet ist, muss die Gesellschaft noch einmal klarmachen, dass hier ein starker Auftakt, ein starker Punkt gesetzt wird.

Wir begrüßen das Gesetz nicht zuletzt deshalb, weil hier weitere Änderungen im Justizvollzugsgesetz ebenso wie im Untersuchungshaftvollzugsgesetz und im Sicherungsverwahrungsgesetz mit auf den Weg gebracht werden. Wir begrüßen außerdem, dass in ihm der Opferschutz noch viel stärker als bisher zum Ausdruck kommt, indem klargestellt wird, dass fortan bei allen vollzugszeitregelnden Belangen die Gesichtspunkte des Opfers noch stärker berücksichtigt werden, zum Beispiel bei Freigängen, bei der Entlassung und bei der Eingliederung von Gefangenen.

Herr Schindler, Sie sagen zu Recht, man hätte schon lange ein eigenes Gesetz schaffen können. Das ist richtig. Bisher wird der Jugendarrest auf das Jugendgerichtsgesetz, auf das Strafvollzugsgesetz und auf die Jugendarrestvollzugsordnung des Bundes aus dem Jahre 1976 gestützt. Ich sage Ihnen aber auch, dass von 16 Ländern bisher 10 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, ein eigenes Gesetz zu erlas-

sen. Die SPD-regierten Länder Berlin und Bremen sind darunter übrigens nicht, um das einmal so ausdrücken.

(Franz Schindler (SPD): Aber Bayern ist nicht spitze!)

Eile ist wichtig, aber ein gutes Gesetz ist noch wichtiger. Mit genau diesem Gesetz haben wir jetzt den Aufschlag, der zum einen umfassend die Belange, die das Bundesverfassungsgericht fordert, auf den Weg bringt und der zum anderen das Opfer auch noch einmal in den richtigen Winkel stellt. Wir begrüßen dieses Gesetz deshalb, weil es a) den verfassungsmäßigen Anforderungen vollumfänglich genügt und b) die richtigen Akzente setzt, um, bevor man in die Themenbereiche Jugendhaft usw. eintritt, noch einmal einen deutlichen Einschnitt für all diejenigen zu machen, die die bisherigen Sanktionen im Rahmen des Jugendstrafrechts an sich haben abprallen lassen. Deshalb halten wir dieses Gesetz für einen guten Weg und werden ihm zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich freue mich, Sie auf Ihrer Bank sitzen zu sehen. Ich denke, es tut der Justiz gut, dass hier auf Beständigkeit gesetzt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, worum geht es hier in diesem Gesetz, das vorgelegt wurde? – Es geht darum: Wie geht die Gesellschaft, wie geht der Staat, und wie gehen wir mit denen um, die gegenüber dem Staat schuldig werden? Wie geht man gerade mit den schuldig gewordenen Jugendlichen um? Wir begrüßen die Initiative, auch wenn sie jetzt nach zwölf Jahren etwas spät kommt. Allerdings lieber spät als nie, und von daher ist es gut, dass wir heute darüber sprechen können.

Wir werden dieses Gesetz im Ausschuss kritisch, aber positiv kritisch begleiten. Man muss vor allem bedenken, dass die Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern enorm hoch ist. Einer Studie zufolge – die zwar schon länger zurückliegt, aber gut Ding will Weile haben – werden ungefähr 70 % der Jugendlichen wieder rückfällig. Von daher ist es wichtig und richtig, darauf zu achten, wie man diese Jugendlichen wieder in die Gesellschaft eingliedern kann, wie man sie dazu befähigen kann, ein straffreies und gewaltfreies Leben zu führen. Der Begriff der Resozialisierung ist hier eigentlich der falsche; denn in der Regel handelt es sich hier um Jugendliche, die praktisch noch nie sozialisiert worden sind. Im Grunde muss man also eine Grundsozialisation schaffen, damit sie mit der Gesellschaft überhaupt in Berührung kommen und den Wert unserer freiheitlichen Gesellschaft kennen- und schätzen lernen. Im Grunde ist das, was man vermitteln muss, die Wertschätzung unserer Rechtsordnung, die Wertschätzung unserer freien und offenen Gesellschaft. Von daher ist es wichtig und richtig, dass das Ziel dieses Gesetzes nicht die Strafe sein kann und soll, sondern die Erziehung. Die Erziehung muss das Ziel des Gesetzes sein

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und die Vermittlung genau der sozialen Kompetenzen, die für ein gewaltfreies Leben wichtig sind.

Von daher finden wir es auch gut, dass die Opferorientierung in dem Gesetz auftaucht, damit die Jugendlichen erfahren, was es bedeutet, plötzlich Opfer zu sein, und was Gewalt bedeutet. Es soll ihnen die nötige Empathie beigebracht werden, um sich in die Opferrolle hineindenken zu können, sodass sie die Goldene Regel kapieren: "Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu." Wenn das vermittelt werden kann, haben wir schon sehr, sehr viel erreicht.

Wichtig ist auch, dass ein Übergangsmanagement vorhanden ist, damit die Jugendlichen, wenn sie aus dem Arrest kommen, begleitet und nicht einfach vor die Tür ge-

setzt werden und ihrer alten sozialen Gruppe anheimfallen. Hier muss man nachsteuern und kann, denke ich, einiges Gutes machen.

Unsere Kritik an dem vorgelegten Gesetz ist: Es ist spät dran – zwölf Jahre. Sie, Frau Guttenberger, sagen: Gut Ding will Weile haben. Demnach müsste es eigentlich ein hervorragendes Gesetz sein. Das ist es noch nicht, aber vielleicht wird es das durch die Änderungsanträge, die von dieser Seite des Hauses eingereicht werden. Möglicherweise können wir damit das Ganze noch optimieren.

Außerdem ist wichtig, dass die Organisation des Jugendarrestes von der Organisation der Justizvollzugsanstalten getrennt wird, damit ein gewisser Abstand vorhanden ist, indem man sagt: Es ist kein Justizvollzug in dem Sinn, wie das bei Straftätern der Fall ist, sondern die Erziehung steht im Vordergrund. Die Erziehungsberechtigten sollten in diesen Prozess einbezogen werden, damit sie ihn positiv begleiten und vielleicht sogar zu neuen Erkenntnissen kommen, die in der Erziehung notwendig sind. Wenn die Erziehungsberechtigten auf dem Stand bleiben, den sie vorher gehabt haben, könnte es sein, dass hier ein Rückfall unterstützt wird.

Des Weiteren braucht man die Fortbildung für die Bediensteten im Arrest, damit sie den Erziehungsauftrag, den sie da bekommen, umsetzen können. Diese Fortbildung ist das A und O. Es gilt, hier nicht nur stupiden Vollzug zu betreiben, sondern die Aufgabe der Sozialisierung für unsere Gesellschaft in Angriff zu nehmen.

Einen Punkt möchte ich auch noch anbringen. Im Jahr 2011 hatte die Fraktion der FREIEN WÄHLER einen Entwurf für den offenen Vollzug vorgelegt. Das wäre etwas, das man hier einbringen könnte – darüber nachzudenken, wie sich auch bei diesen Jugendlichen ein offener Strafvollzug umsetzen ließe, sodass sie einmal eine funktionierende Familie kennenlernen und diesen Wert später schätzen können. Durch einen offenen Vollzug sollten ihnen positive Signale und positive Erfahrungen mitgegeben werden.

Das wären unsere Wünsche bei dem Ganzen. Wir werden den Gesetzentwurf positiv kritisch begleiten. Ich freue mich auf die Aussprachen im Ausschuss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen das ganze Konzept Jugendarrest sehr kritisch und sind eigentlich der Meinung: Es gäbe bessere Wege, um Jugendliche auf den rechten Weg zu bringen oder dort zu halten und um die geforderte Erziehungsleistung zu erbringen. Wir sehen da nicht, dass Jugendarrest tatsächlich ein Erfolgsmodell wäre. Es wurde schon gesagt: Die Rückfallquoten sind selbst bei einem Warnschussarrest sehr, sehr hoch. Insofern ist das Festhalten an diesem Modell fragwürdig, wenn so gar nicht belegt ist, dass es die gewünschte Wirkung der Abschreckung und des Warnschusses und der tatsächlichen Besserung erbringen kann. Deshalb sprechen viele Experten und Expertinnen im Zusammenhang mit dem Jugendarrest und dem Jugendstrafrecht auch von der Jugendschule der Kriminalität. Leider gehen viele Jugendliche, die nur für wenige Stunden oder für eine Woche mal in den Jugendarrest gekommen sind, raus und sind in ihrer Peergroup eher noch die Helden, weil "die jetzt schon mal drin waren". Dieser Effekt ist genau das Gegenteil von dem, den wir eigentlich erzielen wollen.

Wie gesagt, wir sind eigentlich der Meinung, es gäbe bessere Wege. Die beste Prävention wäre eine gute Sozialpolitik. Das wäre für uns der sicherste Weg, Kriminalität zu verhindern. Dazu müsste man sehr viel früher ansetzen; man müsste Jugendhilfe viel stärker vernetzen und alle Akteure in der Jugendhilfe mit der Familienhilfe vernetzen. Dafür braucht's ein Gesamtkonzept. Das ist sicherlich mühsam, kleinteilig, es braucht auch viele Finanzen und gut ausgebildetes Personal. Aber letztendlich wäre es, denke ich, grundsätzlich der bessere Weg.

Da es aber den Jugendarrest schon einmal gibt und er in Bayern auch in großem Ausmaß angewendet wird, ist es sinnvoll,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

ein Gesetz dazu zu machen, gerade weil das mittlerweile schon seit langer Zeit Landeskompetenz ist. Wir GRÜNEN sind auch der Meinung: Es hat schon sehr lange gedauert, bis wir hier zu eigenen gesetzlichen Regeln und zu diesem Gesetzentwurf gekommen sind.

Wir haben eine grundsätzliche Kritik auch an diesem Gesetzentwurf: Wir sind nämlich, wie hier schon angesprochen wurde, ganz klar der Meinung, dass wirklich deutlich werden muss, dass Jugendarrest nicht Strafvollzug ist. Jugendarrest ist von der Qualität her etwas ganz anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen auch die Jugendarresteinrichtungen selbstständige Einrichtungen sein. Sie dürfen weder organisatorisch noch personell noch sachlich oder finanziell den Strafvollzugsanstalten angegliedert sein. Das kommt in Ihrem Gesetzentwurf leider nicht so deutlich heraus.

Kritisch sehen wir auch die Mitwirkungspflicht der Jugendlichen; denn wer mal mit Erziehung befasst war, weiß: Über Pflichten schafft man wenig in der Pädagogik. Da gibt es bessere Wege als den Zwang, Anreize und Ähnliches. Sie wissen, denke ich, Herr Minister, dass diese Mitwirkungspflicht auch unter Fachleuten sehr kritisch diskutiert wird. Wir werden das alles noch im Ausschuss detailliert diskutieren und auch entsprechende Änderungsanträge vorlegen.

Eine ganz andere Bemerkung möchte ich noch machen. Der Gesetzentwurf hat die Überschrift "Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz ...)" Punkt, könnte ich jetzt sagen. Dahinter steht jetzt nicht mehr "und anderer Gesetze" oder "... Rechtsvorschriften", aber genau

das ist es ja: In diesem Gesetzentwurf werden auch Änderungen anderer Gesetze, die mit dem Jugendarrest gar nichts zu tun haben, vorgeschlagen. Da werden das Bayerische Strafvollzugsgesetz, das Untersuchungshaftgesetz, das Sicherungsverwahrungsgesetz mal so eben mit geändert, ohne dass das ordentlich ausgewiesen wäre. Das ist eigentlich nicht der Stil, den wir von der Staatsregierung kennen. Das haben wir schon besser gesehen, muss ich ganz ehrlich sagen. Das ist auch für alle, die irgendwann einmal Geschichte schreiben wollen, schwierig wieder aufzufinden. War das jetzt nur ein Versehen, war es Schlamperei, oder sollte da bewusst etwas versteckt werden? – Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Vielleicht sollten Sie noch mal drübergehen und im Sinne der Klarheit und Nachvollziehbarkeit der Gesetzgebung alles aufführen, worum es im Gesetzentwurf eigentlich geht, nämlich nicht nur um Jugendarrest. Besser wäre es natürlich, all diese anderen Änderungen in eigenen Gesetzesänderungen zu bringen. Dem steht wahrscheinlich Ihre Paragrafenbremse im Weg, aber vernünftig und sachlich gerechtfertigt ist Ihr Vorgehen sicher nicht. Wie gesagt: Wir werden das weiterhin kritisch begleiten und eigene Initiativen einbringen. Ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist dies so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/21101

über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayeri-
sches Jugendarrestvollzugsgesetz - BayJA-
VollzG)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Kathari- na Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/21570

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
(Drs. 17/21101)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/21588

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
hier: Art. 5 - Einbeziehung der Personensorge-
berechtigten
(Drs. 17/21101)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/21589

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
hier: Art. 29 - Fortbildung für Bedienstete
(Drs. 17/21101)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/21590

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
hier: Art. 37a - Vollzug der Jugendstrafe in
freier Form
(Drs. 17/21101)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Pet- ra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u.a. CSU

Drs. 17/21850

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
(Drs. 17/21101)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Pet- ra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u.a. CSU

Drs. 17/22314

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über
den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches
Jugendarrestvollzugsgesetz - BayJAVollzG)
(Drs. 17/21101)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Pet- ra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u.a. CSU

Drs. 17/22320

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über
den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches
Jugendarrestvollzugsgesetz – BayJAVollzG)
(Drs. 17/21101)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin zu 1, 6-8: **Petra Guttenberger**
Berichterstatter zu 2: **Dr. Martin Runge**

Berichtersteller zu 3-5: **Florian Streibl**
 Mitberichtersteller zu 1, 6-8: **Franz Schindler**
 Mitberichterstellerin zu 2-5: **Petra Guttenberger**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten.
 Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.
 Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589, 17/21590, 17/21850, 17/22314 und 17/22320 eingereicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/21570, Drs. 17/21588, Drs. 17/21589 und Drs. 17/21590 in seiner 87. Sitzung am 12. April 2018 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589 und 17/21590 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/21570, Drs. 17/21588, Drs. 17/21589, Drs. 17/21590 und Drs. 17/21850 in seiner 197. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 Zustimmung mit der Maßgabe empfohlen, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der Überschrift wird folgende Fußnote 1 angefügt:

¹ Art. 34 dieses Gesetzes dient zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680.“

2. Art. 34 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 werden die Wörter „und Nutzung“ gestrichen und wird die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Nr. 5“ durch die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4“ ersetzt.

b) In Nr. 2 werden die Wörter „oder Nutzung“ gestrichen.

c) Nr. 4 wird gestrichen.

3. Art. 37a wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 wird gestrichen.

bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 5 werden die Nrn. 1 bis 4.

b) Abs. 2 wird gestrichen.

c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2 und wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 wird gestrichen.

bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 10 werden die Nrn. 1 bis 9.

cc) Die bisherige Nr. 11 wird gestrichen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/21850 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589 und 17/21590 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

4. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/21570, Drs. 17/21588, Drs. 17/21589, Drs. 17/21590, Drs. 17/21850, Drs. 17/22314 und Drs. 17/22320 in seiner 93. Sitzung am 07. Juni 2018 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 Zustimmung mit der Maßgabe empfohlen,

das folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der Überschrift wird folgende Fußnote 1 angefügt:
„¹ Art. 34 dieses Gesetzes dient zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680.“
2. In Art. 19 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 wird die Angabe „Art. 32 Abs. 2 Satz 2 BayStVollzG“ durch die Angabe „Art. 32 Abs. 2 Satz 1 BayStVollzG“ ersetzt.
3. Art. 34 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 werden die Wörter „und Nutzung“ gestrichen und wird die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Nr. 5“ durch die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 werden die Wörter „oder Nutzung“ gestrichen.
 - c) Nr. 4 wird gestrichen.
4. Art. 37a wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird gestrichen.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 5 werden die Nrn. 1 bis 4.
 - b) Abs. 2 wird gestrichen.
 - c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2 und wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird gestrichen.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 10 werden die Nrn. 1 bis 9.
 - cc) Die bisherige Nr. 11 wird gestrichen.
5. Dem Art. 37a wird folgender Abs. 4 angefügt:
„(4) In Art. 48a Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (AGGVG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 300-1-1-J) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Art. 73a Abs. 11 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 118) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 100e Abs. 1“ durch die Angabe „§ 101b Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.“

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21850, 17/22314 und 17/22320 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme in die Stellungnahme des endberatenden Ausschusses ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589 und 17/21590 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/21101, 17/22680

Gesetz über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz – Bay-JAVollzG)¹

Inhaltsübersicht

Teil 1 Allgemeines

Art. 1 Begriffsbestimmungen

Teil 2 Vollzug des Jugendarrestes

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

- Art. 2 Vollzugsziel, Vollzugsgestaltung
Art. 3 Leitlinien der erzieherischen Vollzugsgestaltung
Art. 4 Stellung der Jugendlichen, Mitwirkung
Art. 5 Zusammenarbeit

Kapitel 2 Aufnahme, Planung

- Art. 6 Aufnahmeverfahren
Art. 7 Ermittlung des Förderbedarfs, Erziehungsplan

Kapitel 3 Unterbringung, Versorgung

- Art. 8 Unterbringung während der Ruhezeiten, Trennungsgebot
Art. 9 Verlegung, Überstellung
Art. 10 Aufenthalt außerhalb der Ruhezeiten
Art. 11 Eingebraachte Sachen, persönlicher Gewahrsam
Art. 12 Kleidung
Art. 13 Anstaltsverpflegung
Art. 14 Gesundheitsfürsorge

Kapitel 4 Beschäftigung, Freizeit und Sport

- Art. 15 Beschäftigung
Art. 16 Freizeit
Art. 17 Sport

Kapitel 5 Außenkontakte

- Art. 18 Schriftwechsel, Pakete
Art. 19 Besuche, Telefongespräche
Art. 20 Aufenthalte außerhalb der Anstalt

Kapitel 6 Religionsausübung

- Art. 21 Religionsausübung

Kapitel 7 Sicherheit und Ordnung

- Art. 22 Grundsätze, entsprechende Anwendung
Art. 23 Verfehlungen

Kapitel 8 Entlassung, Schlussbericht

- Art. 24 Vorbereitung der Entlassung, Entlassung
Art. 25 Schlussbericht, Entlassungsgespräch

¹ Art. 34 dieses Gesetzes dient zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680

**Kapitel 9
Beschwerde**

Art. 26 Beschwerde

**Teil 3
Aufbau und Organisation der Anstalten,
Aufsicht und Beiräte**

Art. 27 Anstalten
Art. 28 Leitung der Anstalt und des Vollzugs
Art. 29 Bedienstete
Art. 30 Hausordnung
Art. 31 Aufsichtsbehörde, Vollstreckungsplan
Art. 32 Beiräte

**Teil 4
Kriminologische Forschung,
Akten und Datenschutz**

Art. 33 Kriminologische Forschung
Art. 34 Akten und Datenschutz

**Teil 5
Freizeit- und Kurzarrest, Nichtbefolgungsarrest,
Jugendarrest neben Jugendstrafe**

Art. 35 Freizeit- und Kurzarrest
Art. 36 Nichtbefolgungsarrest
Art. 37 Jugendarrest neben Jugendstrafe

**Teil 6
Schlussvorschriften**

Art. 37a Änderung weiterer Rechtsvorschriften
Art. 38 Einschränkung von Grundrechten
Art. 39 Inkrafttreten

**Teil 1
Allgemeines****Art. 1
Begriffsbestimmungen**

(1) Dieses Gesetz regelt den Vollzug des Jugendarrestes (Vollzug) in einer Jugendarrestanstalt (Anstalt).

(2) Jugendliche im Sinne dieses Gesetzes sind auch Heranwachsende und Erwachsene, gegen die eine auf Jugendarrest erkennende Entscheidung vollstreckt wird.

**Teil 2
Vollzug des Jugendarrestes****Kapitel 1
Allgemeine Bestimmungen****Art. 2
Vollzugsziel, Vollzugsgestaltung**

(1) Der Vollzug dient dem Ziel, die Jugendlichen zu befähigen, künftig eigenverantwortlich und ohne Straftaten zu leben.

(2) ¹Der Vollzug ist erzieherisch zu gestalten und auf die Erreichung des Vollzugsziels auszurichten. ²Schädlichen Folgen des Vollzugs ist entgegenzuwirken. ³Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Jugendlichen, insbesondere im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Herkunft, sind bei der Vollzugsgestaltung zu berücksichtigen.

**Art. 3
Leitlinien der erzieherischen Vollzugsgestaltung**

(1) ¹Den Jugendlichen ist in geeigneter Weise zu vermitteln, dass sie Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen und die notwendigen Folgerungen aus ihren Verfehlungen für ihr künftiges Leben ziehen müssen. ²Der Vollzug soll dabei helfen, die Schwierigkeiten zu bewältigen, die zu den vorangegangenen Verfehlungen beigetragen haben.

(2) ¹Die erzieherische Vollzugsgestaltung erfolgt insbesondere durch Einzel- und Gruppenmaßnahmen zur Entwicklung und Stärkung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Jugendlichen im Hinblick auf ein künftiges Leben ohne Straftaten. ²Zudem sind den Jugendlichen sozial angemessene Verhaltensweisen unter Achtung der Rechte anderer und ein an den verfassungsrechtlichen Grundsätzen ausgerichtetes Werteverständnis zu vermitteln. ³Die Jugendlichen sind an einen geregelten Tagesablauf heranzuführen. ⁴Sie werden darin unterstützt, ihre persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu beheben und ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. ⁵Art. 5a Abs. 2 des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes (BayStVollzG) gilt entsprechend.

**Art. 4
Stellung der Jugendlichen, Mitwirkung**

(1) Art. 125 BayStVollzG gilt entsprechend.

(2) ¹Die Jugendlichen sind verpflichtet, an Maßnahmen, die der Erreichung des Vollzugsziels dienen, mitzuwirken. ²Ihre Bereitschaft hierzu ist zu wecken und zu fördern.

Art. 5 Zusammenarbeit

¹Alle im Vollzug Tätigen arbeiten zusammen und wirken daran mit, das Vollzugsziel zu erreichen. ²Die Anstalten arbeiten mit Behörden, Verbänden der freien Wohlfahrtspflege sowie geeigneten Organisationen und Personen eng zusammen, um das Vollzugsziel zu erreichen und auf eine Durchführung der für erforderlich erachteten Maßnahmen nach der Entlassung hinzuwirken.

Kapitel 2 Aufnahme, Planung

Art. 6 Aufnahmeverfahren

(1) ¹Mit den Jugendlichen ist im Rahmen der Aufnahme ein Gespräch zu führen, in dem ihre Lebenssituation erörtert wird. ²Die Jugendlichen werden über ihre Rechte und Pflichten in einer für sie verständlichen Form unterrichtet. ³Ihnen wird die Hausordnung ausgehändigt und erläutert. ⁴Auf Verlangen werden ihnen die gesetzlichen Bestimmungen über den Vollzug des Jugendarrestes zugänglich gemacht. ⁵Art. 7 Abs. 3 BayStVollzG gilt entsprechend.

(2) ¹Die Personensorgeberechtigten, das zuständige Jugendamt und, wenn Jugendliche unter Bewährungsaufsicht stehen, die Bewährungshilfe sind von der Aufnahme zu unterrichten. ²Die Unterrichtung kann unterbleiben, wenn die jeweilige Stelle zuvor über die Ladung informiert wurde und die Aufnahme nicht wesentlich später als zu dem in der Ladung angegebenen Termin erfolgt.

(3) ¹Werden der Anstalt bei der Aufnahme oder während des Vollzugs Tatsachen bekannt, die ein Absehen von der Vollstreckung oder deren Unterbrechung rechtfertigen können, unterrichtet sie unverzüglich die Vollstreckungsleitung. ²Weibliche Jugendliche dürfen während der Schwangerschaft nach Vollendung der 20. Schwangerschaftswoche, während der gesetzlichen Schutzfrist nach der Entbindung und während sie stillen, nicht aufgenommen werden.

Art. 7 Ermittlung des Förderbedarfs, Erziehungsplan

¹Die Anstalt stellt den Förderbedarf fest und bestimmt die erforderlichen Fördermaßnahmen. ²Diese werden mit den Jugendlichen besprochen; dabei werden deren Anregungen und Vorschläge angemessen einbezogen, soweit sie dem Vollzugsziel dienen. ³Sofern Dauerarrest vollstreckt wird, soll ein Erziehungsplan schriftlich niedergelegt und den Jugendlichen ausgehändigt werden. ⁴Auf Verlangen wird der Erziehungsplan den Personensorgeberechtigten übermittelt, falls dadurch nicht erhebliche erzieherische Nachteile drohen.

Kapitel 3 Unterbringung, Versorgung

Art. 8 Unterbringung während der Ruhezeiten, Trennungsgebot

¹Weibliche und männliche Jugendliche werden getrennt untergebracht. ²Im Übrigen gilt Art. 20 Abs. 1 und 2 BayStVollzG mit der Maßgabe entsprechend, dass der gemeinsamen Unterbringung nach Art. 20 Abs. 1 Satz 2 BayStVollzG keine erzieherischen Gründe entgegenstehen dürfen.

Art. 9 Verlegung, Überstellung

(1) ¹Art. 10 BayStVollzG gilt entsprechend. ²Eine Verlegung zur Förderung der Eingliederung nach der Entlassung findet nicht statt.

(2) Jugendliche dürfen aus medizinischem oder anderem wichtigen Grund in eine andere Jugendanrrestanstalt, eine Jugendstrafvollzugsanstalt oder eine für den Vollzug der Freiheitsstrafe zuständige Anstalt überstellt werden.

(3) Art. 131 Abs. 4 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 10 Aufenthalt außerhalb der Ruhezeiten

(1) ¹Außerhalb der Ruhezeiten halten sich die Jugendlichen grundsätzlich in Gemeinschaft auf. ²Dies gilt nicht für die Zeit unmittelbar nach der Aufnahme, die insbesondere der inneren Reflexion dienen kann.

(2) Der gemeinschaftliche Aufenthalt kann eingeschränkt werden, wenn es die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erfordert oder eine schädliche Beeinflussung der Jugendlichen zu befürchten ist.

Art. 11 Eingebrachte Sachen, persönlicher Gewahrsam

¹Die Jugendlichen dürfen nur Sachen in Gewahrsam haben oder annehmen, die ihnen von der Anstalt oder mit deren Zustimmung überlassen werden. ²Ohne Zustimmung der Anstalt dürfen die Jugendlichen keine Sachen an andere Jugendliche oder Dritte abgeben. ³Die Anstalt kann die Zustimmung verweigern oder widerrufen, wenn die Gegenstände geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder die Erreichung des Vollzugsziels zu gefährden. ⁴Sachen, die die Jugendlichen nicht in Gewahrsam haben dürfen, sind für sie aufzubewahren, sofern dies nach Art und Umfang möglich ist.

Art. 12 Kleidung

(1) ¹Die Jugendlichen dürfen eigene Kleidung tragen. ²Dieses Recht kann eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, soweit es die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erfordert.

(2) Bei Bedarf stellt die Anstalt den Jugendlichen Anstaltskleidung zur Verfügung.

Art. 13 Anstaltsverpflegung

¹Die Jugendlichen erhalten Verpflegung durch die Anstalt. ²Art. 143 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 14 Gesundheitsfürsorge

(1) ¹Die Anstalt unterstützt die Jugendlichen bei der Erhaltung ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit. ²Das Rauchen ist den Jugendlichen untersagt. ³Die Jugendlichen haben die notwendigen Anordnungen zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene zu befolgen.

(2) Die Jugendlichen haben sich täglich mindestens eine Stunde im Freien aufzuhalten, wenn die Witterung dies zu den festgesetzten Zeiten zulässt.

(3) ¹Jugendliche, die nicht krankenversichert sind, haben einen Anspruch auf notwendige medizinische Leistungen, die grundsätzlich nach dem Behandlungsanspruch nach der gesetzlichen Krankenversicherung zu bemessen sind. ²Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit sowie die Dauer des Vollzugs sind dabei zu berücksichtigen. ³Jugendlichen, die krankenversichert sind, können Leistungen nach Satz 1 gewährt werden, wenn dies aus vollzuglichen Gründen erforderlich ist.

Kapitel 4 Beschäftigung, Freizeit und Sport

Art. 15 Beschäftigung

¹Den Jugendlichen sind Maßnahmen zur lebenspraktischen, schulischen und beruflichen Entwicklung anzubieten. ²Im Rahmen dieser Maßnahmen können ihnen Aufgaben innerhalb der Anstalt und sonstige gemeinnützige Tätigkeiten übertragen werden.

Art. 16 Freizeit

(1) ¹Die Ausgestaltung der Freizeit orientiert sich am Vollzugsziel. ²Die Anstalt hat Angebote zur sinnvollen und angeleiteten Freizeitgestaltung vorzuhalten. ³Sie stellt insbesondere Angebote zur kulturellen Betätigung und eine angemessen ausgestattete Bibliothek zur Verfügung. ⁴Die Jugendlichen sind zur Teilnahme und Mitwirkung an Maßnahmen der Freizeitgestaltung zu motivieren und anzuleiten.

(2) ¹Die Jugendlichen erhalten Zugang zum Rundfunk. ²Eigene Hörfunk- oder Fernsehgeräte und sonstige eigene Geräte der Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungselektronik sind nicht zugelassen.

Art. 17 Sport

¹Die Anstalt fördert die Bereitschaft der Jugendlichen, sich sportlich zu betätigen. ²Art. 153 Abs. 1 BayStVollzG gilt entsprechend.

Kapitel 5 Außenkontakte

Art. 18 Schriftwechsel, Pakete

(1) ¹Die Anstalt fördert die schriftliche Kommunikation der Jugendlichen. ²Die Art. 31 bis 34 und 144 Abs. 6 und 7 BayStVollzG gelten entsprechend; an die Stelle der Anstaltsleitung tritt die Vollzugsleitung. ³Werden ausgehende Schreiben angehalten, soll eine erzieherische Aufarbeitung erfolgen.

(2) ¹Den Jugendlichen kann in begründeten Ausnahmefällen gestattet werden, Pakete zu empfangen. ²Gegenstände, die geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt zu gefährden, sowie Nahrungs- und Genussmittel dürfen nicht empfangen werden. ³Art. 36 Abs. 2 BayStVollzG gilt entsprechend. ⁴Der Versand von Paketen ist nicht zulässig.

Art. 19 Besuche, Telefongespräche

(1) Den Jugendlichen kann in dringenden Fällen gestattet werden, Besuch zu empfangen oder unter Vermittlung der Anstalt Telefongespräche zu führen, wenn dies dem Vollzugsziel dient und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt hierdurch nicht gefährdet werden.

(2) ¹Besuche dürfen abgebrochen werden, wenn das Vollzugsziel oder die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet sind oder von der besuchenden Person ein schädlicher Einfluss auf die Jugendlichen ausgeübt wird. ²Art. 27 Abs. 3, Art. 30 Abs. 1 bis 3 und 6, Art. 35 Abs. 1 Satz 2 bis 4 und Abs. 2 BayStVollzG gelten entsprechend. ³Bei der Durchsuchung von Besuchern sind die Vorgaben des Art. 91 Abs. 1 Satz 2 und 3 BayStVollzG einzuhalten.

(3) ¹Besuche von

1. Verteidigern,
2. Beiständen nach § 69 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG),
3. Betreuungshelfern nach § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 JGG,
4. Angehörigen der Gerichts- und der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe und der Aufsichtsstellen für die Führungsaufsicht,

5. bevollmächtigten Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälten und Notarinnen oder Notaren in einer die Jugendlichen betreffenden Rechtssache und
 6. den in Art. 32 Abs. 2 Satz 1 BayStVollzG genannten Stellen
- sind zu gestatten und werden nicht überwacht. ²Satz 1 gilt entsprechend für Telefongespräche. ³Art. 29 Satz 2 und 3 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 20

Aufenthalte außerhalb der Anstalt

(1) Aufenthalte außerhalb der Anstalt können Jugendlichen gestattet werden, wenn dies zur Erreichung des Vollzugsziels erforderlich ist.

(2) Aufenthalte außerhalb der Anstalt können darüber hinaus aus wichtigem Grund gestattet werden, insbesondere zur Teilnahme an gerichtlichen Terminen, zur medizinischen Behandlung sowie bei einer gegenwärtig lebensgefährlichen Erkrankung oder dem Tod naher Angehöriger.

(3) ¹Aufenthalte außerhalb der Anstalt dürfen nur gestattet werden, wenn nicht zu befürchten ist, dass die Jugendlichen diese nutzen, um sich dem Vollzug zu entziehen, oder den Aufenthalt außerhalb der Anstalt zu Straftaten missbrauchen werden. ²Den Jugendlichen können Weisungen zur Ausgestaltung der Aufenthalte außerhalb der Anstalt erteilt werden. ³So weit erforderlich, werden sie durch von der Anstalt zugelassene Personen begleitet oder von Vollzugsbediensteten beaufsichtigt.

Kapitel 6 Religionsausübung

Art. 21 Religionsausübung

Die Art. 55 bis 57 BayStVollzG gelten entsprechend.

Kapitel 7 Sicherheit und Ordnung

Art. 22 Grundsätze, entsprechende Anwendung

(1) ¹Sicherheit und Ordnung der Einrichtung bilden die Grundlage des auf die Erreichung des Vollzugsziels ausgerichteten Anstaltslebens und tragen dazu bei, dass in der Anstalt ein gewaltfreies Klima herrscht. ²Die Jugendlichen sind für das geordnete Zusammenleben in der Anstalt mitverantwortlich und müssen mit ihrem Verhalten dazu beitragen. ³Ihr Bewusstsein hierfür ist zu wecken und zu fördern.

(2) Art. 87 Abs. 2, Art. 88, 91, 93, 94, 96, 98 bis 106 und 107 Abs. 2 BayStVollzG gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend:

1. An die Stelle der Anstaltsleitung tritt die Vollzugsleitung.
2. In den Fällen des Art. 96 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 BayStVollzG sind die Jugendlichen in besonderem Maße zu betreuen.
3. Der Gebrauch von Schusswaffen gegen die Jugendlichen ist ausgeschlossen.

Art. 23 Verfehlungen

(1) Schuldhafte Verstöße der Jugendlichen gegen Pflichten, die ihnen durch oder auf Grund dieses Gesetzes auferlegt sind, sind alsbald in einem erzieherischen Gespräch zu erörtern und möglichst aufzuarbeiten.

(2) ¹Soweit ein erzieherisches Gespräch nicht ausreicht, um den Jugendlichen ihr Fehlverhalten bewusst zu machen, können darüber hinaus erzieherische Maßnahmen angeordnet werden, insbesondere

1. die Erteilung von Weisungen und Auflagen,
2. die Beschränkung der Nutzung oder der Entzug einzelner Gegenstände für die Freizeitbeschäftigung,
3. der Ausschluss von Freizeitveranstaltungen oder Gruppenangeboten bis zu drei Tagen und
4. der Verbleib im Arrestraum mit Ausnahme des Aufenthalts im Freien bis zu drei Tagen.

²Erzieherische Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 4 sollen nur wegen schwerer oder mehrfach wiederholter Verfehlungen verhängt werden. ³Auf einen möglichst engen zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang zwischen Verfehlung und erzieherischer Maßnahme ist zu achten.

(3) ¹Die Vollzugsleitung legt fest, welche Bedienstete befugt sind, erzieherische Maßnahmen anzuordnen. ²Die Jugendlichen sind vor der Anordnung anzuhören. ³Die Entscheidung ist schriftlich zu dokumentieren.

(4) ¹In geeigneten Fällen können im Wege einvernehmlicher Streitbeilegung Vereinbarungen mit den Jugendlichen getroffen werden. ²Insbesondere kommen die Wiedergutmachung des Schadens, die Entschuldigung bei Geschädigten oder die Erbringung von Leistungen für die Gemeinschaft in Betracht. ³Erfüllen die Jugendlichen die Vereinbarung, so ist von Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 abzusehen.

Kapitel 8 Entlassung, Schlussbericht

Art. 24 Vorbereitung der Entlassung, Entlassung

(1) Die Anstalt unterstützt und berät insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, freien Trä-

gern sowie bei unter Bewährungsaufsicht stehenden Jugendlichen der Bewährungshilfe die Jugendlichen bei der Einleitung von nachsorgenden Maßnahmen.

(2) Die Entlassung kann vorzeitig am Tag vor Ablauf der Arrestzeit erfolgen, wenn die Jugendlichen aus schulischen oder beruflichen Gründen hierauf angewiesen sind oder die Verkehrsverhältnisse dies erfordern.

(3) Bedürftigen Jugendlichen kann eine Entlassungsbeihilfe in Form eines Reisekostenzuschusses oder einer sonstigen Unterstützung gewährt werden.

Art. 25

Schlussbericht, Entlassungsgespräch

(1) Zum Ende des Vollzugs wird ein Schlussbericht erstellt, der insbesondere folgende Angaben enthält:

1. die Übersicht über den Vollzugsverlauf, insbesondere über die durchgeführten Maßnahmen,
2. Aussagen zur Persönlichkeit und zu den gegenwärtigen Lebensumständen der Jugendlichen sowie zu ihrer Mitwirkung an der Erreichung des Vollzugsziels,
3. die Darlegung des Hilfebedarfs der Jugendlichen sowie die Empfehlung von weiteren externen Hilfsangeboten,
4. Vorschläge zu Auflagen und Weisungen bei unter Bewährungsaufsicht stehenden Jugendlichen.

(2) Der Inhalt des Schlussberichts wird den Jugendlichen in einem Entlassungsgespräch erläutert.

(3) ¹Der Schlussbericht ist zu den Vollzugsakten zu nehmen. ²Je eine Ausfertigung des Berichts wird der Vollstreckungsleitung, der Jugendgerichtshilfe und bei unter Bewährungsaufsicht stehenden Jugendlichen der Bewährungshilfe übermittelt. ³Auf Verlangen wird den Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten eine Ausfertigung des Berichts übermittelt, falls dadurch nicht erhebliche erzieherische Nachteile drohen.

Kapitel 9 Beschwerde

Art. 26 Beschwerde

Art. 115 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und 3 BayStVollzG gilt – auch für die Vollzugsleitung – entsprechend.

Teil 3 Aufbau und Organisation der Anstalten, Aufsicht und Beiräte

Art. 27 Anstalten

(1) ¹Der Jugendarrest wird getrennt von Strafgefangenen oder Gefangenen anderer Haftarten vollzogen. ²Art. 9 Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Die Aufsichtsbehörde setzt die Belegungsfähigkeit der Anstalt so fest, dass eine angemessene Unterbringung gewährleistet ist.

(3) ¹Es sind bedarfsgerechte Räumlichkeiten für Gruppen- und Einzelmaßnahmen vorzusehen. ²Gleiches gilt für Besuche, Freizeit, Sport und Seelsorge.

Art. 28

Leitung der Anstalt und des Vollzugs

(1) Art. 177 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Abs. 2 BayStVollzG gilt mit folgenden Maßgaben entsprechend:

1. Die Anstaltsleitung kann auch einer Jugendrichterin oder einem Jugendrichter des für den Ort der Anstalt zuständigen Amtsgerichts übertragen werden.
2. Die Verantwortung der Anstaltsleitung wird durch Abs. 3 begrenzt; in diesem Rahmen vertritt sie die Anstalt nicht nach außen.

(2) ¹Die Aufsichtsbehörde bestellt eine Jugendrichterin oder einen Jugendrichter des für den Ort der Anstalt zuständigen Amtsgerichts zur Vollzugsleiterin oder zum Vollzugsleiter der Anstalt (Vollzugsleitung). ²Die Aufsichtsbehörde kann unter Beachtung der übrigen Vorgaben des Art. 177 Abs. 1 Satz 1 und 2 BayStVollzG auch eine Beamtin oder einen Beamten zur haupt- oder nebenamtlichen Vollzugsleitung bestellen. ³In den Fällen des Satzes 2 tritt, wer nach der Geschäftsverteilung des am Ort des Vollzugs zuständigen Amtsgerichts als Jugendrichterin oder Jugendrichter zuständig ist, für die Anwendung des § 85 Abs. 1 JGG an die Stelle der Jugendrichterin oder des Jugendrichters, die oder der als Vollzugsleitung zuständig ist.

(3) ¹Die Vollzugsleitung trägt die Verantwortung für die inhaltliche Vollzugsgestaltung nach den Art. 2 bis 25 und 35 bis 37 und vertritt die Anstalt insofern nach außen. ²Sie hat im Einzelfall wie im Allgemeinen auf das Erreichen des Vollzugsziels hinzuwirken.

(4) ¹Anstaltsleitung und Vollzugsleitung können einzelne Aufgabenbereiche und Befugnisse auf andere Bedienstete übertragen. ²Die Aufsichtsbehörde kann sich die Zustimmung zur Übertragung vorbehalten.

(5) Die Aufsichtsbehörde bestellt jeweils eine Stellvertretung für die Anstalts- und Vollzugsleitung.

Art. 29 Bedienstete

¹Die Bediensteten müssen für die erzieherische Gestaltung des Vollzugs geeignet und qualifiziert sein.

²Die Art. 176, 178 bis 182 BayStVollzG gelten entsprechend.

Art. 30 Hausordnung

¹Die Vollzugsleitung erlässt im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung eine Hausordnung zur Gestaltung und Organisation des Vollzugsalltags auf der Grundlage dieses Gesetzes. ²Darin sind insbesondere die Rechte und Pflichten der Jugendlichen und der Tagesablauf aufzunehmen. ³Die Hausordnung bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

Art. 31 Aufsichtsbehörde, Vollstreckungsplan

Art. 173 Abs. 1 und Art. 174 BayStVollzG gelten entsprechend.

Art. 32 Beiräte

(1) ¹Für jede Anstalt ist ein nach Art. 185 BayStVollzG gebildeter Beirat zuständig. ²Die Zuordnung erfolgt durch die Aufsichtsbehörde.

(2) Die Art. 186 bis 188 BayStVollzG gelten entsprechend.

Teil 4 Kriminologische Forschung, Akten und Datenschutz

Art. 33 Kriminologische Forschung

Art. 189 BayStVollzG gilt entsprechend.

Art. 34 Akten und Datenschutz

Art. 195 BayStVollzG über die Akten sowie die Art. 196 bis 205 BayStVollzG über den Schutz personenbezogener Daten gelten mit den folgenden Maßgaben entsprechend:

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten entsprechend Art. 197 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BayStVollzG ist auch zulässig, soweit dies für Maßnahmen der Vollstreckung des Jugendarrestes oder für Entscheidungen im Zusammenhang mit der Vollstreckung des Jugendarrestes erforderlich ist.
2. Eine Verarbeitung für andere Zwecke liegt entsprechend Art. 197 Abs. 3 BayStVollzG auch nicht vor, soweit sie dem gerichtlichen Rechtsschutz nach § 92 JGG dient.

3. Neben den in Art. 197 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 1 BayStVollzG genannten Stellen dürfen Akten mit personenbezogenen Daten auch den für jugend-arrestvollstreckungsrechtliche Entscheidungen zuständigen Stellen überlassen werden.

Teil 5 Freizeit- und Kurzarrest, Nichtbefolgungsarrest, Jugendarrest neben Jugendstrafe

Art. 35 Freizeit- und Kurzarrest

(1) ¹Für den Freizeit- und Kurzarrest nach § 16 Abs. 2 und 3 JGG gelten die Vorschriften der Teile 2 und 3, soweit es die kurze Arrestdauer zulässt. ²Maßnahmen zur erzieherischen Vollzugsgestaltung sollen angeboten werden, wenn das mit Blick auf die kurze Arrestdauer sinnvoll und möglich ist.

(2) ¹Eine ärztliche Untersuchung erfolgt nur, wenn Anhaltspunkte für eine Arrestuntauglichkeit oder für behandlungsbedürftige Erkrankungen vorliegen. ²Die Art. 7 und 24 Abs. 1 finden keine Anwendung. ³Ein Schlussbericht nach Art. 25 wird nur erstellt, wenn dies aus besonderen Gründen erforderlich ist.

Art. 36 Nichtbefolgungsarrest

(1) ¹Im Vollzug des Arrestes nach § 11 Abs. 3, § 15 Abs. 3 Satz 2, § 23 Abs. 1 Satz 4, § 29 Satz 2, § 88 Abs. 6 Satz 1 JGG und § 98 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (Nichtbefolgungsarrest) sind mit den Jugendlichen die Gründe für die Nichterfüllung der auferlegten Pflichten zu erörtern. ²Sie sollen dazu angehalten und motiviert werden, die ihnen erteilten Weisungen oder Anordnungen zu befolgen und ihre Auflagen zu erfüllen.

(2) Der Schlussbericht nach Art. 25 Abs. 1 enthält zudem Angaben über die Befolgung von Weisungen oder Anordnungen sowie die Erfüllung von Auflagen während des Vollzugs.

(3) Für den Vollzug des Nichtbefolgungsarrestes in Form eines Freizeit- oder Kurzarrestes gilt zusätzlich Art. 35.

Art. 37 Jugendarrest neben Jugendstrafe

(1) Bei der Gestaltung des Vollzugs des Jugendarrestes neben Jugendstrafe nach § 16a JGG sind insbesondere bei den Einzel- und Gruppenmaßnahmen nach Art. 3 Abs. 3 die in § 16a Abs. 1 Nr. 1 bis 3 JGG genannten Anordnungsgründe zu berücksichtigen.

(2) ¹Für den Vollzug des Jugendarrestes neben Jugendstrafe in Form eines Freizeit- oder Kurzarrestes gilt zusätzlich Art. 35. ²Ein Schlussbericht nach Art. 25 Abs. 1 soll erstellt werden.

Teil 6 Schlussvorschriften

Art. 37a Änderung weiterer Rechtsvorschriften

(1) Das **Bayerische Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz** (BaySvVollzG) vom 22. Mai 2013 (GVBl. S. 275, BayRS 312-0-J), das zuletzt durch Art. 17a Abs. 9 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 27 wird wie folgt gefasst:

„Art. 27 Überwachung des Schriftwechsels

¹Der Schriftwechsel von Sicherungsverwahrten darf ohne ihre Anwesenheit überwacht werden, soweit es aus Gründen der Behandlung oder der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erforderlich ist. ²Art. 32 Abs. 2 BayStVollzG gilt entsprechend. ³Art. 32 Abs. 4 bleibt unberührt.“

2. In Art. 29 Abs. 4 wird die Angabe „Art. 27 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 4“ durch die Wörter „den Art. 27 und 32 Abs. 4“ ersetzt.
3. Art. 39 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„§ 1 Abs. 1 und 2, §§ 2, 4 Abs. 1 bis 3 und 5 der Bayerischen Strafvollzugsvergütungsverordnung gelten entsprechend.“
4. Der bisherige Art. 105 wird Art. 104.

(2) Das **Bayerische Strafvollzugsgesetz** (BayStVollzG) vom 10. Dezember 2007 (GVBl. S. 866, BayRS 312-2-1-J), das zuletzt durch Art. 17a Abs. 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Art. 5 wird folgender Art. 5a eingefügt:

„Art. 5a Opferbezogene Vollzugsgestaltung

(1) ¹Die Belange der Opfer sind bei der Gestaltung des Vollzugs, insbesondere bei vollzugsöffnenden Maßnahmen sowie bei der Eingliederung und Entlassung der Gefangenen, zu berücksichtigen. ²Dem Schutzinteresse gefährdeter Dritter ist Rechnung zu tragen.

(2) ¹Die Einsicht der Gefangenen in ihre Verantwortung für die Tat, insbesondere für die beim Opfer verschuldeten Tatfolgen, soll geweckt werden. ²Die Gefangenen sind anzuhalten, den durch die Straftat verursachten Schaden wiedergutzumachen. ³Die Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs ist in geeigneten Fällen anzustreben.“

2. In der Überschrift zu Art. 8 werden die Wörter „ , Beteiligung der Gefangenen“ gestrichen.
3. Der Überschrift zu Art. 9 werden die Wörter „ , Beteiligung der Gefangenen“ angefügt.

4. Art. 32 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Nicht überwacht werden Schreiben der Gefangenen an

1. Volksvertretungen des Bundes und der Länder und ihre Mitglieder,
2. die Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes,
3. das Europäische Parlament und seine Mitglieder,
4. den Europäischen Gerichtshof,
5. den Europäischen Datenschutzbeauftragten,
6. den Europäischen Bürgerbeauftragten,
7. die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte,
8. die Parlamentarische Versammlung des Europarates,
9. den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte,
10. den Europäischen Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe,
11. die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz,
12. den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen,
13. die Ausschüsse der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung und für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau,
14. den Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter und den zugehörigen Unterausschuss zur Verhütung der Folter und
15. die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter,

soweit die Schreiben an die Anschrift der jeweiligen Stelle gerichtet sind und den Absender zutreffend angeben. ²Eingehende Schreiben, die an Gefangene gerichtet sind, werden nur dann nicht überwacht, sofern zweifelsfrei eine der in Satz 1 genannten Stellen Absender ist.“

- b) In Abs. 3 werden nach dem Wort „darf“ die Wörter „ohne Anwesenheit der Gefangenen“ eingefügt.

5. In Art. 49 Abs. 2 Satz 1 wird nach der Angabe „§ 17 Abs. 1“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.

6. Art. 78 wird wie folgt gefasst:

„Art. 78 Hilfe während des Vollzugs

Die Gefangenen werden in dem Bemühen unterstützt, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen.

men, insbesondere das Wahlrecht auszuüben, sowie für Unterhaltsberechtigte zu sorgen.“

7. Art. 98 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„¹Fesseln dürfen nur an den Händen oder an den Füßen, im Ausnahmefall auch an Händen und Füßen angelegt werden.“

8. Art. 108 wird wie folgt gefasst:

„Art. 108

Zwangsmaßnahmen

auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge

(1) Medizinische Untersuchung und Behandlung sowie Ernährung sind auch gegen den natürlichen Willen der Gefangenen zulässig, um

1. eine konkrete Gefahr für das Leben oder eine konkrete schwerwiegende Gefahr für die Gesundheit der betroffenen Gefangenen oder
2. eine konkrete Gefahr für das Leben oder die Gesundheit einer dritten Person

abzuwenden.

(2) Maßnahmen nach Abs. 1 dürfen nur angeordnet werden, wenn

1. ärztlich über Art, Dauer, Erfolgsaussichten und Risiken der beabsichtigten Maßnahmen aufgeklärt wurde,
2. zuvor frühzeitig, ernsthaft und ohne Druck auszuüben versucht wurde, die Zustimmung der Gefangenen zu erhalten,
3. die Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr geeignet sind,
4. mildere Mittel keinen Erfolg versprechen,
5. der zu erwartende Nutzen die zu erwartenden Beeinträchtigungen deutlich überwiegt,
6. Art und Dauer auf das zwingend erforderliche Maß beschränkt werden und
7. in den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 zusätzlich

- a) die betroffenen Gefangenen krankheitsbedingt nicht zur Einsicht in die Notwendigkeit der Maßnahme oder zum Handeln gemäß dieser Einsicht fähig sind und
- b) der nach § 1901a des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu beachtende Wille der Gefangenen nicht entgegensteht.

(3) ¹Die Maßnahmen dürfen nur auf Anordnung und unter Leitung eines Arztes oder einer Ärztin durchgeführt werden. ²Die Anordnung bedarf der Zustimmung des Anstaltsleiters oder der Anstaltsleiterin. ³Sie gilt höchstens für die Dauer von zwölf Wochen und kann wiederholt getroffen werden. ⁴Das Recht zur Leistung erster Hilfe für den Fall, dass ein Arzt oder eine Ärztin nicht rechtzeitig erreichbar und mit dem Aufschub Lebensgefahr verbunden ist, bleibt unbeschadet. ⁵Die Maßnahmen sind zu dokumentieren; dabei werden festgehalten:

1. die Gründe für ihre Anordnung,
2. ihr Zwangscharakter,
3. die Art und Weise ihrer Durchführung,
4. die vorgenommenen Kontrollen,
5. die ärztliche Überwachung der Wirksamkeit,
6. die Aufklärung nach Abs. 2 Nr. 1 und der Versuch, die Zustimmung des Gefangenen zu erhalten, nach Abs. 2 Nr. 2,
7. Erklärungen des oder der Gefangenen, die im Zusammenhang mit Zwangsmaßnahmen von Bedeutung sein können.

(4) ¹Die Anordnung der Maßnahme ist vor ihrer Durchführung schriftlich bekannt zu geben

1. dem oder der Gefangenen und
2. einem Betreuer oder einem Bevollmächtigten im Sinn des § 1896 Abs. 2 Satz 2 BGB; soweit eine solche Person nicht bekannt ist, regt die Justizvollzugsanstalt unverzüglich die Bestellung eines Betreuers bei Gericht an.

²Die Bekanntgabe ist mit der Belehrung zu verbinden, dass gegen die Anordnung bei Gericht um einstweiligen Rechtsschutz nachgesucht und Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt werden kann. ³Die Maßnahme darf erst dann vollzogen werden, wenn der oder die Gefangene und eine Person nach Satz 1 Nr. 2 die Gelegenheit hatten, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

(5) ¹Bei Gefahr in Verzug kann von den Vorgaben gemäß Abs. 2 Nr. 1, 2, Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 abgewichen werden. ²Unterbliebene Mitteilungen nach Abs. 2 Nr. 1 sowie Abs. 4 Satz 1 sind unverzüglich nachzuholen.

(6) Die zwangsweise körperliche Untersuchung zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene ist über die Abs. 1 bis 5 hinaus zulässig, wenn sie nicht mit einem körperlichen Eingriff verbunden ist.“

9. Art. 154 wird wie folgt geändert:

- a) Der Überschrift werden die Wörter „; unmittelbarer Zwang“ angefügt.
- b) Der Wortlaut wird Abs. 1.
- c) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) ¹Art. 108 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass bei minderjährigen Gefangenen die Personensorgeberechtigten an die Stelle der Personen nach Art. 108 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 treten. ²Der Durchführung von Maßnahmen nach Art. 108 Abs. 1 Nr. 1 müssen sie zustimmen. ³Bei Gefahr in Verzug kann von Satz 2 abgewichen werden.“

(3) In Art. 48a Satz 1 des **Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes** (AGGVG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 300-1-1-J) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Art. 73a Abs. 11 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 118) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 100e Abs. 1“ durch die Angabe „§ 101b Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.

Art. 38

Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes können die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Grundgesetzes, Art. 102 Abs. 1, Art. 109 der Verfassung) und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetzes, Art. 112 Abs. 1 der Verfassung) eingeschränkt werden.

Art. 39

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Franz Schindler

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Florian Streibl

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz

- BayJAVollzG) (Drs. 17/21101)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,

Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Drs. 17/21570)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

hier: Art. 5 - Einbeziehung der Personensorgeberechtigten (Drs. 17/21588)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

hier: Art. 29 - Fortbildung für Bedienstete (Drs. 17/21589)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

hier: Art. 37a - Vollzug der Jugendstrafe in freier Form (Drs. 17/21590)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut

Brunner u. a. (CSU)

(Drs. 17/21850)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u. a. (CSU)

(Drs. 17/22314)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u. a. (CSU)

(Drs. 17/22320)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erste Rednerin ist die Kollegin Guttenberger. Bitte schön, Frau Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Jugendarrestvollzugsgesetz wird eine Rechtsgrundlage in Form eines eigenen Gesetzes für den Jugendarrest geschaffen. Der Jugendarrest darf maximal einen Zeitraum von vier Wochen einnehmen. Ich betone besonders diese vier Wochen, damit dann bei der Stellungnahme zu den Änderungsanträgen klar wird, um welche Zeitspanne es geht.

Wir begrüßen diesen Gesetzentwurf deshalb ganz besonders, weil beim Jugendarrest die erzieherische Komponente in den Vordergrund gerückt wird. Ziel des Jugendarrestes ist es, dass der Jugendliche zukunftsgerichtet die Verantwortung für sein eigenes Leben übernimmt. Im Rahmen des Jugendarrests soll er sich den Defiziten, die er aufweist, stellen. Im Rahmen von Gesprächen sollen ihm der Förderbedarf klar dargelegt und die Möglichkeiten, die sich für ihn ergeben, gezeigt werden. Im Rahmen des Jugendarrests sollen Werte und Haltungen vermittelt werden. Deshalb halten wir es für

unbedingt erforderlich, dass im Gesetz eine Mitwirkungspflicht der Jugendlichen postuliert wird. Die GRÜNEN wollen mit ihrem Änderungsantrag auf diese Mitwirkungspflicht verzichten. Das halten wir für den völlig falschen Weg.

Uns ist es wichtig, dass – da möchte ich auf den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER eingehen – mit Personen, die für die Maßnahmen im Jugendarrest geeignet sind, zusammengewirkt wird. Dazu wird im Gesetz auch eine Pflicht normiert. Dies kann aber nicht dazu führen, dass wir zwingend eine Einbeziehung der Personensorgeberechtigten fordern, wie es im Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER vorgesehen ist, weil diese Einbeziehung innerhalb der Frist von vier Wochen häufig gar nicht möglich ist. Wir werden auch den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER, mit dem eine besondere Fortbildung gefordert wird, ablehnen, weil diese besondere Fortbildung bereits existiert. Wir müssen etwas, das bereits existent ist, nicht noch einmal beschließen.

Wir werden auch dem Antrag der GRÜNEN, Raucherzonen einzurichten, nicht zustimmen. Wir sind nämlich der festen Überzeugung, dass ein Jugendlicher im Jugendarrest ganz klar erkennen muss: Dies ist ein Einschnitt. Das ist keine Unterbrechung vom Spielen zu Hause mit der Playstation, sondern das ist ein wirklicher Einschnitt. Dabei soll ihm eben auch klar werden, welchen Weg er einschlägt, wenn er auf diesem Weg, den er betreten hat, weiter bleibt. Dazu gehört für uns auch, dass es in einem solchen Jugendarrest keine Möglichkeit gibt, weiterhin zu rauchen. Ich formuliere es einmal so: Wie sollte das denn auch gehen? – Wie jeder andere muss auch ein Jugendlicher in einer Haftanlage, auch in einem Arrest, seine persönlichen Gegenstände abgeben. Es funktioniert nicht, dass der Freistaat Menschen, die möglicherweise noch gar keine Zigaretten kaufen dürften, Zigaretten gibt. Das versteht sich wohl von selbst.

Wir halten auch nichts von dem Antrag

(Zuruf)

– genau –, dass die Bediensteten der Jugendarrestanstalten keine Schusswaffen und Ähnliches tragen dürfen. Auch das ist der besonderen Situation in keiner Weise angemessen.

Immer wieder kommt der Vorwurf, die Vorlage des Gesetzes erfolge relativ spät. Ich muss ehrlich sagen, das ist auch korrekt. Ein gutes Gesetz braucht aber manchmal längere Zeit. Wir sind der festen Überzeugung, das ist ein gutes Gesetz. Ich formuliere es einmal so: Es gibt Länder in Deutschland, die sich noch nicht einmal auf den Weg gemacht haben, so ein Gesetz zu schaffen, wie beispielsweise Berlin und Bremen.

In den Änderungsanträgen, die wir, die CSU-Fraktion, eingereicht haben, geht es einmal um redaktionelle Änderungen und das andere Mal um eine Folgeänderung, die sich aus den weiteren Rechtsvorschriften ergibt, die dort mit geregelt werden.

Wir werden dem Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Form zustimmen. Wir halten es für eine gute Möglichkeit, den Jugendlichen, bevor sie eine Jugendstrafe und Ähnliches bekommen, im maximal vier Wochen dauernden Jugendarrest drei Punkte aufzuzeigen: a, es gibt andere Wege; b, welche Defizite sind da; c, der Weg, den er oder sie eingeschlagen hat, ist sicher nicht der Weg, das eigene Leben erfolgreich zu gestalten. Diese Einsicht zu vermitteln, ist Ziel und Zweck des Jugendarrests. Dieses Jugendarrestgesetz dient diesem Ziel in ganz hervorragender Weise.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Guttenberger. – Nächster Redner ist Herr Kollege Schindler. Bitte schön, Herr Schindler.

Franz Schindler (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Frau Kollegin Guttenberger! Es freut mich, dass Sie einräumen, dass der Gesetzentwurf sehr spät kommt. Aber mit Verlaub, der Verweis auf andere Bundesländer war doch noch nie Maßstab für uns. Das können Sie nun wirklich nicht zur Begründung anführen.

(Beifall bei der SPD)

So diffizil und kompliziert ist die Materie schließlich nicht, dass man zwölf Jahre braucht, um einen Gesetzentwurf vorzulegen, den wir jetzt beraten. Die Föderalismusreform ist immerhin 2006 in Kraft getreten. Die entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Vollzug des Jugendarrestes einer gesetzlichen Grundlage bedarf, erging auch schon 2006. Es war also allerhöchste Zeit, dass anstelle der wenigen Vorschriften im Jugendgerichtsgesetz und in der Jugendarrestvollzugsordnung sowie der Jugendarrestgeschäftsordnung nun endlich eine gesetzliche Grundlage für den Vollzug des Jugendarrestes geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf daran erinnern, dass meine Fraktion schon vor Jahren darauf gedrängt hat, dass die Materie endlich geregelt wird. Wir haben Eckpunkte für ein Jugendarrestvollzugsgesetz vorgelegt. Nun ist es endlich so weit. Es liegt ein Gesetzentwurf vor, in dem die von uns damals formulierten Eckpunkte enthalten sind. Zum Beispiel wird die individuelle Ermittlung des Hilfebedarfs in Artikel 7 beschrieben. Die getrennte Unterbringung wird in Artikel 27 explizit genannt, ebenso die Notwendigkeit der Nachbetreuung. Allerdings werden in diesem Gesetzentwurf beiläufig auch ganz andere Fragen des Strafvollzugs und der Sicherungsverwahrung geregelt. Das reicht von der Überwachung des Schriftverkehrs über die opferbezogene Vollzugsgestaltung bis hin zur Fesselung von Gefangenen und zu Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge.

Meine Damen und Herren, worum geht es denn beim Jugendarrestvollzug? – Es geht ausdrücklich nicht um den Vollzug einer Jugendstrafe. Es geht vielmehr um den Vollzug des in § 13 Absatz 2 des Jugendgerichtsgesetzes als sogenanntes Zuchtmittel bezeichneten Jugendarrests in Form von Freizeitarrest, Kurzarrest und Dauerarrest bis zu vier Wochen, was bereits angesprochen worden ist. Der Begriff Zuchtmittel, darauf habe ich bereits in der Ersten Lesung hingewiesen, stammt aus einem dunklen

Kapitel unserer Geschichte und sollte unseres Erachtens auf Bundesebene allmählich durch eine etwas dem eigentlichen Zweck gerechter werdende Formulierung ersetzt werden.

Meine Damen und Herren, Jugendarrest ist kein Massenphänomen. Es ist allerdings so, dass bezogen auf alle in den Bundesländern nach Jugendstrafrecht Verurteilten in Bayern am häufigsten Jugendarrest verhängt wird. Diese Tendenz hat sich nach der Einführung des sogenannten Warnschussarrestes in § 16a des Jugendgerichtsgesetzes auch noch verstärkt. Derzeit haben wir in Bayern 195 Arrestplätze. Das zeigt bereits, dass es kein Massenphänomen ist. Diese Plätze werden allerdings meistens auch gebraucht. Die Plätze sind in sechs Jugendarrestanstalten, und zwar in Hof, Landau, Landshut, München, Nürnberg und Würzburg.

Die mit der Verhängung von Jugendarrest verbundenen Erwartungen, dass die Jugendlichen durch eine kurze Freiheitsentziehung dazu veranlasst werden, sich mit ihren Verfehlungen auseinanderzusetzen, und dass Hilfen zur Bewältigung deliktfördernder Umstände geleistet werden, werden nicht so richtig erfüllt. So ehrlich muss man sein. 75 % der Jugendlichen, die einen Arrest hinter sich gebracht haben, werden nämlich schon kurze Zeit später wieder rückfällig. Dafür gibt es viele Ursachen. Darüber habe ich schon in der Ersten Lesung geredet und auch in der federführenden und in der Endberatung im Rechtsausschuss. Das hat insbesondere etwas mit der kurzen Verweildauer zu tun, während der es gar nicht möglich ist, Weichen so völlig neu zu stellen, dass die Jugendlichen befähigt werden, anschließend ein ganz anderes Leben zu führen, zumal sie regelmäßig in die Verhältnisse zurückkehren, aus denen sie gekommen sind; und die haben schließlich dazu geführt, dass sie Verfehlungen begangen haben. Gerade deshalb ist es wichtig und richtig, den Vollzug erzieherisch zu gestalten und zu versuchen, die Jugendlichen zu befähigen, künftig eigenverantwortlich und ohne Straftaten zu leben. Wir sollten aber ehrlich sein, zu sagen, dass es in der kurzen Zeit eigentlich nur darum gehen kann, Impulse zu setzen. Mehr kann wegen der Kürze der Zeit nicht erreicht werden. Deshalb ist es wichtig und auch richtig, dass

es in dem Gesetzentwurf heißt, dass die Bediensteten in den Jugendarrestanstalten für diese erzieherische Gestaltung des Vollzugs geeignet und qualifiziert sein müssen und nicht mehr nur, wie es bisher in der Jugendarrestvollzugsordnung heißt, erzieherisch befähigt sein sollen. Nein, Sie müssen dafür geeignet sein.

Genauso wichtig wie die erzieherische Gestaltung ist es aber, dass nach Beendigung des Arrests für eine weitere Betreuung der Jugendlichen gesorgt wird, weil sie, wie bereits gesagt, in die gleichen Verhältnisse zurückkehren, aus denen sie kommen. Der Tag der Entlassung muss im Prinzip bereits am Tag des Beginns des Arrests geplant werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Änderungsanträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER sind nach unserer Überzeugung – ich habe das auch im Ausschuss mehrfach gesagt – zwar nicht zwingend, würden aber auch nicht schaden, weswegen wir sie mittragen, ebenso die Änderungsanträge der CSU, mit denen Vorgaben der EU bezüglich Datenschutz nachvollzogen und ansonsten redaktionelle Änderungen vorgeschlagen werden. Trotz einzelner Kritikpunkte, die wir natürlich haben und die ich auch für berechtigt halte, zum Beispiel die vielen Verweise auf das Strafvollzugsgesetz, die enthalten sind, obwohl es gerade nicht um den Vollzug einer Strafe geht, aber auch, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund überhaupt nicht in diesem Gesetz erwähnt werden, kann dem Gesetzentwurf zugestimmt werden. Das werden wir auch tun.

Meine Damen und Herren, die Aufgabe des Landtags bleibt es, dafür zu sorgen, dass in den Jugendarrestanstalten ausreichend qualifizierte Mitarbeiter als Voraussetzung für die Erreichung des Vollzugsziels zur Verfügung stehen. Da hat der Landtag noch eine große Aufgabe, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREI-EN WÄHLER erteile ich jetzt Herrn Kollegen Streibl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir begrüßen das Jugendarrestvollzugsgesetz, das nach langer Zeit jetzt endlich kommt. Wir haben das Ganze natürlich auch mit ein paar Änderungsanträgen flankiert, wo wir sagen, da könnte man vielleicht noch Verbesserungen einbringen.

Es ist schon gesagt worden: Der Jugendarrest soll eine erzieherische Maßnahme sein, die den Jugendlichen aus einem kriminellen Leben hinüberführt in ein anständiges Leben, das er selbstverantwortet ohne Straftaten führen kann. Also soll der Jugendarrest eine Brücke darstellen, über die der Jugendliche in das bürgerliche Leben hinübergeführt werden kann. Ob es dann gelingt? – Wir haben die Zahlen vorher gehört: 75 % werden rückfällig. Da muss man noch viel mehr nachsteuern.

Es handelt sich um Jugendliche, die in einem eigenen Milieu sozialisiert sind, das in eine andere Richtung weist. Hier muss man in Richtung einer normalen Lebensform Impulse setzen. Deswegen sollte man die Erziehungsberechtigten einbeziehen, auch wenn es nur eine kurze Zeit ist, und genau in dem Milieu ansetzen, aus dem der Jugendliche kommt, sodass man die Eltern mitnimmt über diese Brücke in das andere Leben, sodass man hier Anknüpfungspunkte hat. Es soll nicht so sein, dass man sagt: Der Jugendarrest ist jetzt vorbei, jetzt gehst du heim und machst weiter. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daher ist es wichtig, die Eltern mitzunehmen, damit man vielleicht auch auf die Familien ein bisschen Einfluss nehmen kann. Um das tun zu können, brauchen wir in den Arrestvollzugsanstalten Bedienstete, die dafür ausgebildet sind und adäquat für diese

Erziehungsaufgabe weitergebildet werden. Der Anspruch auf diese Weiter- und Fortbildung sollte im Gesetz niedergelegt werden.

Vor Jahren haben wir ein Vollzugsgesetz für Jugendstraffällige für einen Strafvollzug in freier Form, was wiederum etwas anderes ist als der Arrest, eingebracht. Gerade die Jugendlichen, die man für ein Leben ohne Straftaten in unserer Gesellschaft sozialisieren möchte, sind oft überhaupt noch nie irgendwie sozialisiert worden; sie brauchen erst einmal eine Grundsozialisierung in einer ganz normalen Familie. Deswegen sollte man diese Möglichkeiten eröffnen und Wege gehen, dass man aufzeigen kann, wie ein normales Leben in einer normalen Familie sein kann und dass das auch ein Wert ist. Das muss man erst einmal vermitteln. Wenn man jemanden nur im Arrest oder in der JVA sozialisiert, dann sozialisiert man ihn genau in die andere Richtung. Man muss zeigen, was der Wert ist, auf den der Betroffene zugehen soll, und verdeutlichen, was für uns wertvoll ist. Das muss man vermitteln und nicht die Stäbe vor den Fenstern. Man muss zeigen, was erreicht werden kann und was erreicht werden soll, nicht das, was die Endstation ist.

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Gesetzentwurf trotz der Mängel, die noch enthalten sind, unterstützen. Wir sind auf jeden Fall froh, dass das Gesetz kommt. Wir sind auch froh, dass der Opferbezug in das Gesetz aufgenommen ist, dass den Jugendlichen eine Empathie vermittelt wird, um sich in das Opfer hineinversetzen zu können und für sich zu entscheiden, so etwas nicht mehr zu tun, weil einem selbst so etwas auch nicht passieren soll. Das Gesetz gibt wichtige Impulse, die wir mittragen und unterstützen. – Den Antrag der GRÜNEN werden wir auch mittragen. Ich freue mich auf die Abstimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Kollegin Gote, bitte.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, spät kam es, nachdem schon seit Jahren die Landeskompetenz gegeben war, so ein Gesetz zu erlassen; aber dennoch muss man fragen: Hat es eigentlich Sinn, so ein Gesetz zu haben? Vielmehr: Hat das Mittel Jugendarrest wirklich Sinn?

Wir haben schon gehört: Die Rückfallzahlen derer, die in Jugendarrest waren, sind sehr, sehr hoch. Von daher scheint es mir nicht unbedingt das Mittel der Wahl zu sein, um unser Ziel zu erreichen und junge Menschen, die in die Straffälligkeit oder in ein Leben mit Straffälligkeit abzudriften drohen, von diesem Weg abzubringen. Wir fragen, ob der Jugendarrest überhaupt sinnvoll ist, ob er dazu geeignet ist, unsere gemeinsamen Erziehungsziele auch zu erreichen. Wir sagen eher Nein. Deshalb stellen wir auch dieses Gesetz vom Prinzip her in Frage.

Hier fehlt – und das müssten wir viel deutlicher machen –, dass wir eine gute Sozial- und Bildungspolitik mit allen Maßnahmen, Initiativen, Institutionen und Hilfen vernetzen, sodass man frühzeitig eingreifen kann, wenn man sieht, dass ein junger Mensch auf die schiefe Bahn zu geraten droht. Das bedeutet nicht, dass man irgendetwas verharmlosen oder verniedlichen soll; das können durchaus sehr restriktive und hart einschneidende Maßnahmen sein, die man zum Erreichen pädagogischer und erzieherischer Ziele einsetzen muss und kann. Wir halten aber gerade den Jugendarrest nicht unbedingt für ein geeignetes Mittel, gerade dann nicht, wenn er so ausgestaltet wird, dass er eben doch wie ein Strafvollzug aussieht. Es wurde schon gesagt: Die vielen Verweise auf den Strafvollzug sind nicht geeignet, um deutlich zu machen, dass es hier wirklich um etwas anderes geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichtsdestoweniger haben wir natürlich konstruktiv in diesem Gesetzgebungsverfahren mitgearbeitet, haben unsere Änderungsanträge eingereicht; sie wurden hier teilweise schon thematisiert und erwähnt. Leider wurden sie alle abgelehnt. Bei den Anträgen ging es uns darum, deutlich herauszustellen, dass Jugendarrest nicht

Strafvollzug ist. Deshalb brauchen wir, anders als es hier jetzt geregelt wird, eine noch deutlichere räumliche Trennung. Man kann zwar sagen, das ist eine eigene Anstalt; wenn der Vollzug aber auf demselben Gelände stattfindet, dann ist das nach außen und für den jungen Menschen kein deutliches Signal, dass es eben nicht Strafvollzug, sondern eine andere Maßnahme ist. Diese Trennung ist leider nicht verwirklicht.

Dann geht es um die Mitwirkungspflicht der Jugendlichen. Wir meinen, gerade in diesem Alter ist es nicht sehr sinnvoll und zielführend, auf Zwang und Verpflichtung zu setzen. Da müsste man sehr viel stärker mit pädagogischen Anreizen arbeiten. Da kommt mir die Pädagogik zu kurz.

Dann komme ich noch zu der kleinen Geschichte mit den Raucherecken. Ihre Kritik an unserer Forderung zeigt einfach, dass Sie nicht erkennen, dass es hier darum geht, wirklich den ganzen Jugendlichen, den ganzen Menschen in den Blick zu nehmen und seine problematischen Verhaltensweisen zu beeinflussen. Das geht eben nicht immer mit restriktiven Mitteln oder Verboten.

Ich bin ja schon dankbar, dass Sie wenigstens unserem Berichtsantrag zugestimmt haben. Wenn wir den schriftlichen Bericht zum Jugendarrest haben, werden wir darin sicher viele wertvolle Fakten, Daten, Grundlagen und vielleicht auch schon Erfahrungen mit dem neuen Gesetz vor uns liegen haben. Ich hoffe, dass wir dann in diesem Haus noch nach besseren oder verbesserten Wegen bei dieser Problematik suchen und vielleicht auch noch ein bisschen etwas an dem Jugendarrestvollzugsgesetz drehen können, damit es tatsächlich im besten Sinne ein Hilfesgesetz für die jungen Menschen, aber auch für die Gesellschaft wird; denn natürlich ist auch ganz klar: Es geht nicht nur darum, dem einen Menschen gerecht zu werden, sondern es geht auch darum, den Anspruch der Gesellschaft, in der wir zusammenleben, einzulösen, dass junge Menschen lernen, dass sie sich an Recht und Gesetz halten müssen und wie sie sich in sozialverträglicher Weise in diese Gesellschaft einbringen können.

Wir werden also das Thema weiter begleiten. Das Gesetz werden wir, nachdem unsere Anträge abgelehnt wurden und auch keine Verbesserungen der anderen Fraktionen aufgenommen wurden, leider ablehnen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Bausback ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justiz): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Den Schlussstein der bayerischen Vollzugsgesetzgebung haben Sie heute in den Händen. Nach der Schaffung des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes im Jahr 2007, des Bayerischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes im Jahr 2011 und des Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes im Jahre 2013 komplettiert der vorliegende Gesetzentwurf für ein Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz die bayerische Gesetzgebung im Bereich des Justizvollzuges. Der Gesetzentwurf modernisiert den Jugendarrestvollzug in Bayern und stellt ihn auf eine umfassende gesetzliche Grundlage. Er stellt damit sicher, dass Jugendarreste in Bayern weiterhin rechtssicher und konsequent vollzogen werden können. Dabei haben wir die erzieherische Ausgestaltung des Jugendarrestvollzuges in den Mittelpunkt gestellt und machen sie zur gesetzlichen Verpflichtung.

Kolleginnen und Kollegen, von Ihnen, Kollege Schindler, von Ihnen, Kollege Streibl, und auch von Frau Gote wurde die Rückfallproblematik angesprochen. Mit den Rückfallquoten früherer Arrestanten – ich denke, darauf beziehen Sie sich – wird auf eine bundesweite Untersuchung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz Bezug genommen. In der Tat wird darin ein hoher Wert – wenn ich richtig informiert bin, 64 % – für die Rückfallquote nach einem Jugendarrest ausgewiesen, mit dem niemand zufrieden sein kann. Er bedeutet nämlich, dass es in unserem Rechtsstaat eine Klientel an jungen Leuten gibt, die wiederholt straffällig werden und durch staatliche Erziehungsmittel schwer erreichbar sind. Allerdings, Kolleginnen und Kolle-

gen, müssen wir den statistischen Wert richtig verstehen; wir dürfen ihn auch nicht unreflektiert in der politischen Diskussion verwenden.

Erstens ist festzustellen, dass es angesichts der kriminologischen Erkenntnisse zu Normalität, Ubiquität und Episodenhaftigkeit von Jugendkriminalität angezeigt ist, lediglich die stationären Folgeentscheidungen Freiheitsstrafe und Jugendstrafe mit oder ohne Bewährung und nicht jede Form von Folgesanktionierung in den Blick zu nehmen. Hierzu gibt die Studie ein Rückfallrisiko von unter 30 % an. Mit anderen Worten: Bei den aus dem Jugendarrestvollzug entlassenen jungen Menschen erwächst in 70 % der Fälle keine Notwendigkeit für schwere Folgesanktionierungen.

Zweitens dürfen wir nicht vergessen, dass die Jugendarrestanten bereits eine Negativauslese bilden; denn für diejenigen jugendlichen Straftäterinnen und Straftäter, die bei der Beurteilung eine bessere Sozialprognose aufweisen, hätte das Gericht eine andere, weniger einschneidende Rechtsfolgeerziehungsmaßregel oder anderes gewählt. Ich sage ganz ausdrücklich: Auch die 30 % der Fälle, in denen folgeschwere Sanktionierungen notwendig sind, sind mir noch zu hoch. Aber aus diesen Zahlen, so wie ich sie sehe, ergibt sich ganz klar, dass wir den Jugendarrest als einen der vielen Bausteine brauchen, die wir in diesem Bereich haben.

Noch eines möchte ich auch sagen, weil von Ihnen, Frau Gote, so unreflektiert gesagt wurde, wir würden uns nur auf den Arrest und andere restriktive Strafen und Erziehungsmittel beziehen. Meine Damen und Herren, wir haben in Bayern eine ganze Reihe von Initiativen, Projekten und Maßnahmen, die die Jugendlichen als Persönlichkeit insgesamt in den Blick nehmen. Bayern war das erste Land der Bundesrepublik Deutschland mit Teen-Court-Projekten. Wir haben an einigen Standorten – ich kann jetzt die genaue Zahl aus dem Stegreif nicht sagen – Teen-Court-Projekte, in denen sich Jugendliche nach einer entsprechenden Schulung auf freiwilliger Basis mit Jugendkriminalität auseinandersetzen und so einen besonderen Zugang zu den Altersgenossen finden. Wir haben zwei Projekte mit virtuellen Häusern des Jugendrechtes. Wir haben eine ganze Reihe von Projekten auch der Polizeien, die ebenfalls versu-

chen, präventive Ansätze zu wählen. – Unser Ansatz sieht nicht nur die Restriktion vor, sondern es ist ein Gesamtprojekt. Dazu aber gehört, meine Damen und Herren, eben auch der Jugendarrest als ein wichtiger Baustein. Und ja, wir nutzen diesen Baustein in Bayern konsequenter, als es in vielen anderen Ländern der Fall ist.

Zurück zum Entwurf. Der Entwurf sieht in Artikel 37a auch punktuelle Änderungen der eingangs erwähnten, bereits bestehenden Vollzugsgesetze vor. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle einen Punkt, der mir persönlich sehr am Herzen liegt: Durch die Einführung eines neuen Artikels 5a in das Bayerische Strafvollzugsgesetz stärken wir den Opferschutz und machen eine opferbezogene Vollzugsgestaltung ausdrücklich zur Pflicht.

Meine Damen und Herren, in der Ersten Lesung zum vorliegenden Gesetzentwurf habe ich um eine konstruktive Beratung gebeten, und es freut mich, dass die zurückliegende Beratung in den Ausschüssen durchaus konstruktiv war. Natürlich gibt es bei einem umfangreichen Gesetzgebungsvorhaben stets einzelne Aspekte, die man je nach politischem Standpunkt anders vertreten und auch anders regeln könnte. Entsprechend haben die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN verschiedene Änderungsanträge eingebracht und zur Diskussion gestellt. Das ist natürlich ihr gutes parlamentarisches Recht. Wir haben diese Anträge geprüft und sind zu einem klaren Ergebnis gekommen: Der Gesetzentwurf wäre durch die Umsetzung der Änderungsanträge der Opposition keineswegs besser, sondern an einigen Stellen vielmehr schlechter geworden. Zu Recht wurde in den Ausschüssen daher die Ablehnung der Änderungsanträge der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN empfohlen. Zugleich wurde mit den Stimmen nicht allein der CSU, sondern auch von SPD und FREIEN WÄHLERN die Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung empfohlen.

Bevor ich zum Schluss komme, darf ich noch auf die Änderungsanträge der CSU eingehen. Die Anträge auf den Drucksachen 17/22314 und 17/22320 dienen dazu, Verweise im Bayerischen Jugendarrestvollzugsgesetz und im Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes quasi glattzu-

ziehen. Der Antrag auf Drucksache 17/21850 dient der datenschutzrechtlichen Anpassung an europäische Vorgaben und steht im engen Zusammenhang mit der entsprechenden Gesetzesinitiative der CSU zur datenschutzrechtlichen Anpassung der Bayerischen Vollzugsgesetze. Diese Änderungen sind durchwegs der Rechtstechnik geschuldet, aber natürlich nicht weniger sinnvoll. Erfreulicherweise haben diese Änderungsanträge in der Endberatung des Rechtsausschusses zuletzt eine einheitliche Zustimmung erfahren. Diese Zustimmung, Kolleginnen und Kollegen, möchte ich von Ihnen auch heute erbitten.

Meine Damen und Herren, die von mir vorhin angesprochene konstruktive Ausschussberatung hat zu dem aus meiner Sicht erfreulichen Ergebnis geführt, dass bis auf die GRÜNEN, die ein weiteres Mal Totalopposition betrieben haben, auch die SPD und die FREIEN WÄHLER den Entwurf der Staatsregierung unterstützt haben. Das freut mich besonders, weil eine breite Unterstützung in diesem Hohen Haus den bayerischen Justizvollzug, der einen enorm wichtigen Beitrag für die Sicherheit unseres Rechtsstaates leistet, insgesamt stärkt. Ich bitte Sie daher alle, auch die Kollegen der Oppositionsfraktionen, um Ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung mit den vom Rechtsausschuss empfohlenen Änderungen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/21101, der Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/21570, die Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER auf den Drucksachen 17/21588 mit 17/21590 und die Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drucksachen 17/21850, 17/22314

und 17/22320 sowie die Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen auf Drucksache 17/22680.

Vorweg ist über die vom endberatenden Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge abzustimmen. Die Fraktionen sind übereingekommen, bei den Änderungsanträgen der Fraktion FREIE WÄHLER und beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Voten des endberatenden Ausschusses abzustimmen. Der endberatende Ausschuss empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der CSU-Fraktion Zustimmung mit Änderungen. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/22680.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das die Fraktion der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. – Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Ich

bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über den Vollzug des Jugendarrestes, Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz".

Mit Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drucksachen 17/21850, 17/22314 und 17/22320 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 29.06.2018

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)